ATZE



Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 24

Januar/März 1995
2,50 DM

Deutsche Nazis aus Dänemark vertrieben

Umgruppierung der Rechten?

Staatlicher Terror in Togo

Auschwitzleugner an der Uni

Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

In der letzten Ausgabe der **Atze** berichteten wir über die Ansiedlung der Nazi-Organisation *Nationalistische Front* (NF) in Dänemark. In den seitdem vergangenen Monaten hat sich vieles getan. Es hat sich nicht nur unsere Einschätzung bestätigt, daß NF-Führer Schönborn und seine Kumpane im dänischen Kvaers einen wichtigen Auslandsstützpunkt errichten wollten; von viel größerer Bedeutung sind die seitdem errungenen Erfolge im Kampf gegen die Faschisten. Zuerst wurden die NF-ler aus Kvaers vertrieben: Hals über Kopf flüchteten sie vor den Attacken der Dorfbevölkerung. Dabei ließen sie große Teile ihrer Ausrüstung stehen und liegen.

Wenige Wochen später konnte auch im benachbarten Kollund ein Erfolg antifaschistischer Aktivitäten erzielt werden. Dort hatte sich 1986 der Alt-Nazi Thies Christophersen, einer der führenden Vertreter der internationalen Szene der Auschwitzleugner, niedergelassen. Von dort verbreitete er auch seine Nazi-Propaganda. Auch das wird in Zukunft nicht mehr so einfach möglich sein, denn im Dezember gab er seinen dortigen Wohnsitz auf und siedelte zunächst in ein Ferienhaus auf eine Nachbarinsel um.

Diese wichtigen Erfolge im Kampf gegen faschistische Hetzer können Signalwirkung haben. So wäre es zu wünschen, daß es der NPD im baden-würtembergischen Eningen nicht gelingt, das geplante Schulungszentrum in Betrieb zu nehmen. Vergessen werden sollte jedoch auch nicht, daß die bisherigen Erfolge ohne die enger werdende grenzüberschreitende Zusammenarbeit von deutschen und dänischen AntifaschistInnen so nicht denkbar gewesen wären. Dies ist - besonders angesichts der zunehmenden internationalen Vernetzung der Nazis - eine zentrale Erfahrung.

Trotz dieses Erfolges erlauben es, wie die verschiedenen Artikel dieses Heftes zeigen, staatlicher Rassismus und neofaschistische Aktivitäten nicht, die Hände in den Schoß zu legen.

Die **ATZE**-Redaktion

Atze

Antifaschistische Zeitung Kiel
Schweffelstraße 6,
24118 Kiel
Auflage: 700
Nr. 24, Januar/März 1995
V.i.S.d.P.: W. Petersen
Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder den AutorInnen.
Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20

Inhaltsverzeichnis

Vor unserer Haustür

Schönborn verjagt, Christophersen unter Druck .....S. 3

Naziterror

Waffenfunde und paramilitärische Übungen - nur die Spitze des Eisbergs bekannt .....S. 9
Zwei Antifaschisten von Neonazis erstochen .....S. 10

Repression gegen Nazis

Wiking-Jugend verboten .....S. 17
Herr beißt Hund - staatliche Repression gegen Faschisten .....S. 19
Christian Worch zu zwei Jahren Haft verurteilt .....S. 20
Neonazi Althans zu achtzehn Monaten Haft verurteilt .....S. 20

Schleswig-Holstein

Bundesparteitag der *Deutschen Liga für Volk und Heimat* .....S. 5
Rendsburger Antifaschist vor Gericht freigesprochen .....S. 6
Auschwitzleugnung an der CAU .....S. 7
Interview mit der *Jugend-Info-Gruppe* Rendsburg .....S. 8
„Nicht alle tragen Kapuzen" - ATZE-Veranstaltung .....S. 16
Meldungen .....S. 20
Schon gehört? .....S. 22
Gleiche Rechte - gleich! Interkulturelle Wochen in Kiel .....S. 29
Deutsch-Türkisches Volkshaus vor ungewisser Zukunft .....S. 30
Brief der *Antifaschistischen Initiative Gaarden* an den Sozialdezernenten der Stadt Kiel .....S. 31

Staatlicher Rassismus

Der Terror ist auf dem Vormarsch - Ein Info-Abend über Togo .....S. 26
Teutonisierung des Asylrechts .....S. 28
AsylbewerberInnen werden nur notversorgt .....S. 32

Sonstiges

Umgruppierung der Rechten? .....S. 12
Rassismus in der Bevölkerungswissenschaft .....S. 24
Buchbesprechungen .....S. 33

Antifaschistische Aktionen in Dänemark

Schönborn verjagt, Christophersen unter Druck

Ein wichtiger Teilerfolg im Kampf gegen deutsche Nazis in Dänemark wurde Ende September mit der Vertreibung der terroristischen Nationalistischen Front (NF) *um Meinolf Schönborn aus dem dänischen Kvaers erreicht. Nach einer deutsch-dänischen Großdemo war es nachts zu Auseinandersetzungen zwischen den Faschisten und DorfbewohnerInnen gekommen; am folgenden Tag floh die Nazibande Hals über Kopf....*

Großspurig hatte Schönborn noch das Titelbild seines „Berichts zur Lage 06" mit einem Foto des von ihm erworbenen Hauses in Kvaers versehen. Aus der Ankündigung „Mein neuer zweiter Wohnsitz,... jetzt geht es wieder richtig los!" wurde jedoch nichts. Denn schneller als auch wir gehofft hatten, regte sich der Protest gegen das Treiben deutscher Nazis in Dänemark. Waren es bei der Demonstration am 10. September noch 300 BewohnerInnen von Kvaers, so demonstrierten vierzehn Tage später etwa 2000 deutsche und dänische AntifaschistInnen gegen das Nazi-Zentrum. Nachdem die Polizei, die sich in Kampfmontur vor dem Nazihaus aufgebaut hatten, gegen Mitternacht abgezogen war, machten DorfbewohnerInnen ihrem Unmut noch einmal Luft. Die eingeschüchterten Faschisten zogen es daraufhin vor, am nächsten Morgen in ihr Auto zu steigen und abzuhauen. Mehrere Tage waren sie nicht gesehen. Erst später kehrten sie zurück, um einen Teil ihres zurückgelassenen Materials mitzunehmen.



Die Nazis sind weg - das Haus bleibt unbewacht zurück...

Nadelstiche erfolgreich

Einige wichtige Aspekte dieses Erfolges, den wir einer *Taktik der fortgesetzten Nadelstiche* zuschreiben, sind es wert, genannt zu werden:

1) Die Aktivitäten gegen das Nazi-Zentrum begannen kurz nach Bekanntwerden des Hauserwerbs. Die Nazis hatten also nicht viel Zeit, sich dort einzurichten und eine weitgehendere Infrastruktur aufzubauen. Bei der Bevölkerung hat es noch keinen Gewöhnungseffekt gegeben; ständig wurde das Haus kritisch beobachtet.

2) Die antifaschistischen Proteste sind breit getragen worden. An den Demonstrationen nahmen viele BewohnerInnen des Dorfes und aus der Umgebung teil; dies gilt auch für die Fälle, wo sie von auswärtigen AntifaschistInnen organisiert worden sind.

3) Schönborn wollte von Dänemark aus in aller Ruhe seine Geschäfte mit Nazi-Material betreiben. Der zunehmende Protest hat ihn jedoch dazu gezwungen, sich vor allem dem Schutz seines Nazi-Zentrums zu widmen, da er sich in dem Dorf quasi in Feindesland befand. Um auf Angriffe von der dortigen Bevölkerung vorbereitet zu sein, hätte er mehrere Leute rund um die Uhr nur für Schutzaufgaben einsetzen müssen.

Schönborn zurück in Deutschland

Schönborn ist inzwischen in sein Nazi-Zentrum nach Detmold-Pivitsheide zurückgekehrt, nachdem mehrere NF-Kader den Abtransport des verbliebenen Materials organisiert hatten. Von dort aus entfaltet er in den letzten Monaten eine rege Reisetätigkeit - nur unterbrochen von der Inhaftierung aufgrund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft Dortmund am 21.11.1994 wegen des Verdachts der Fortführung der verbotenen *Natio-nalistischen Front.* In der entsprechenden Pressemitteilung der Polizei heißt es hierzu u.a.: „Besonders erschwerend wirkte sich in diesem Zusammenhang die Ankündigung Schönborns aus, seine politischen Aktivitäten von Dänemark aus fortzusetzen." Anfang Dezember wurde der Haftbefehl jedoch ohne weitere Be-gründung außer Vollzug gesetzt.

Während die Werbeprospekte für Schönborns Vertrieb von rechtsextremen Aufnähern, T-Shirts, Fahnen und CDs im Herbst vom Greifswalder Neonazi Frank Klawitter verschickt wurden, gibt es aus der Nazi-Szene zunehmend Kritik an den Zuständen im Nazi-Zentrum in Pivitsheide. Der Nazi Maik Hampel aus Oranienburg beschwert sich über die „geistlosen Subjekte, auch Skinheads genannt", die sich dort be-soffen hätten; auch das Schlafen auf dem „nackten kalten Kellerboden" sei unzumutbar. Und von der Nazi-Gruppe *Aktion Sau-beres Deutschland* wird den Schönborn-Leuten in ihrem *Schulungsbrief* vom Mai 1994 vorgeworfen, daß es im Nazi-zentrum Pivitsheide zu fort-gesetzten Schikanen, Schlägen und Fällen sexueller Nötigung und Belästigung seitens mehrerer Bewohner gegenüber einer 17-jährigen Bewohnerin gekommen sei. Danach war das Mädchen vor allem den sexuellen Attacken des Hausbe-wohners Stefan Pielert ausgesetzt. Alles ist mit Duldung und teilweise auch mit Unterstützung des ehemaligen NF-Chefs Meinolf Schönborn geschehen. Dieser selbst hat das Mädchen, das ihre Mietschulden nicht bezahlen konnte, dazu gedrängt, sich für das Geld zu prosti-

tuieren.

Stefan Pielert, der im Nazi-Zentrum maßgeblich an der Abwicklung der Bestellungen von Nazi-Material beteiligt war, wohnt seit dem Sommer in Flensburg. Auch dies macht deutlich, wie ernsthaft und langfristig der Versuch Schönborns und seiner NF-Kumpane angelegt war, die kriminellen Nazi-Aktivitäten von Dänemark aus fortzusetzen. Ob Schönborn seine Pläne für Dänemark inzwischen völlig aufgegeben hat, ist zur Zeit ungewiß. Glaubt man seinem sechsten „Bericht zur Lage", so hat er auch in den Niederlanden die Kontakte zu Nazis ausgebaut.

Wohin geht Christophersen?

In jedem Fall bestehen weiterhin Kontakte zwischen Schönborn und dem seit Jahren in Kollund ansässigen Star der internationalen Szene der Auschwitzleugner. Von der erfolgreichen Aktion in Kvaers profitierte auch der antifaschistische Elan in Kollund. Schon im Mai 1993 hatte es dort gegen ein von Christophersen geplantes Nazi-Treffen zwei entschlossene Demonstrationen dänischer und deutscher AntifaschistInnen gegeben. Die Veranstaltung fand damals nicht statt.

Nachdem die Vertreibung der Nazis aus Kvaers wie ein Lauffeuer herumging, begaben sich die BewohnerInnen von Kollund täglich auf die Straße vor Christophersens Haus, um gemeinsam zu zeigen, daß sie diesen lieber heute als morgen verschwinden sehen möchten. Unterstützung erhielten sie dabei auch von auswärtigen AntifaschistInnen. Anfang Oktober demonstrierten zweimal über 1500 Menschen gegen die Nazi-Aktivitäten. Am 15. Oktober kamen erneut über eintausend AntifaschistInnen zusammen; ihnen folgten wenige Tage später 200 dänische WiderstandskämpferInnen ge-gen den Faschismus.

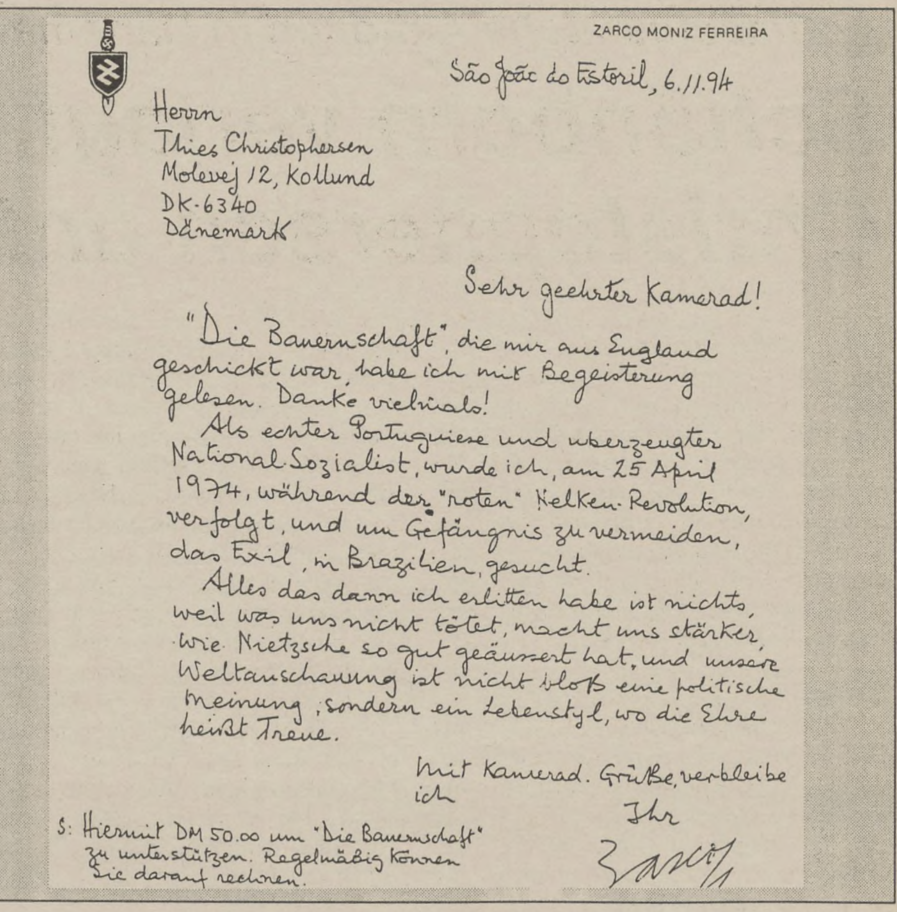
Mit den vielen Aktionen verbanden die BewohnerInnen Kollunds den dringenden Wunsch, die Regierung in Kopenhagen werde doch noch für eine Ausweisung des deutschen Altnazis sorgen. Diese Erwartung ist bisher enttäuscht worden.

Im Oktober hatte Christophersen verkündet, er werde den antifaschistischen Aktivitäten weichen und sich einem Gerichtsverfahren in Deutschland stellen, wenn ein „fairer Prozeß" garantiert sei. Nur wenige Zeitungen erläuterten ihren LeserInnen, daß der Altnazi darunter versteht, den Gerichtssaal als Bühne auschwitzleugnender Propaganda und antisemitischer Hetze zu nutzen.

Nach einem längeren Krankenhausaufenthalt hat der Altnazi im Dezember erste Schritte zur Neuorganisation seiner Aktivitäten unternommen. Aus aller Welt, u.a. Brasilien (vgl. obenstehendes Faksimile), erhält er Post und Unterstützung. Der in Kanada lebende Faschist Ernst Zündel bot ihm seine Hilfe an. Christophersen reiste Anfang November nach England, vermutlich um die weitere Verbreitung seines Nazimaterials abzusichern. Denn verschiedentlich hatten staatliche Stellen unter dem Druck der antifaschistischen Aktivitäten 3000 Exemplare der „Bauernschaft" beschlagnahmt. Zuletzt war die Nazi-Postille daher von England aus verschickt worden.

Während Christophersen Mitte Dezember sein Haus in Kollund geräumt hat und bei einem alten SS-Mann des *Kameradenwerk Korps Steiner* auf Fünen untergekrochen ist, ist der *Nordwind-Verlag* formell von Karin Petrovice übernommen worden. Diese hatte sich erst im September 1994 in Flensburg abgemeldet.

Das Verschwinden Christophersens aus Kollund ist ein weiterer Erfolg der offensiven antifaschistischen Aktivitäten im Herbst 1994. Nun gilt es, die faschistischen Aktivitäten weiterhin genau zu beobachten und im Kampf gegen die alten und neuen Nazis nicht nachzulassen. Sollte der Altnazi tatsächlich nach Belgien ausweichen, so sehen wir mit gespannter Erwartung einer Fortsetzung der Erfolge von Kvaers und Kollund entgegen...



ZARCO MONIZ FERREIRA

São João do Estoril, 6.11.94

Herrn
Thies Christophersen
Molevej 12, Kollund
DK-6340
Dänemark

Sehr geehrter Kamerad!

"Die Bauernschaft", die mir aus England geschickt war, habe ich mit Begeisterung gelesen. Danke vielmals!

Als echter Portuguiese und uberzeugter National-Sozialist, wurde ich, am 25 April 1974, während der "roten" Nelken-Revolution, verfolgt, und um Gefängnis zu vermeiden, das Exil, in Brazilien, gesucht.

Alles das dann ich erlitten habe ist nichts, weil was uns nicht tötet, macht uns stärker, wie Nietzsche so gut geäussert hat, und unsere Weltanschauung ist nicht bloß eine politische Meinung, sondern ein Lebenstyl, wo die Ehre heißt Treue.

Mit Kamerad. Grüße, verbleibe ich
Ihr
Zarco

S: Hiermit DM 50.00 um "Die Bauernschaft" zu unterstützen. Regelmäßig können Sie darauf rechnen.

30 Tage Haft

Zu dreißig Tagen Gefängnis wurde am 21. Oktober ein 39jähriger Däne verurteilt, der eine Woche vorher Thies Christophersen (70) bedroht hatte. Mit zwei Freunden war er am 14. Oktober nach Kollund gekommen, um an einer antifaschistischen Demonstration teilzunehmen. Diese fand jedoch einen Tag später statt; nach dem Genuß einiger Biere brach der Mann zu Christophersens Haus im Kollunder Molevej 12 auf, trat gegen die Tür und sah sich, als diese plötzlich aufging, dem Altnazi persönlich gegenüber. Diesen bedrohte er mit den Worten „Wie viele Menschen haben Sie in Auschwitz getötet? - Ich töte dich heute!" und geriet dabei in eine Rangelei mit Christophersen, die dessen im Haus installierte Videokamera aufzeichnete. Der 39jährige wies jedoch im Schlußwort darauf hin, daß es keineswegs seine Absicht gewesen sei, den Auschwitzleugner zu töten.

Landesparteitag der Deutschen Liga für Volk und Heimat

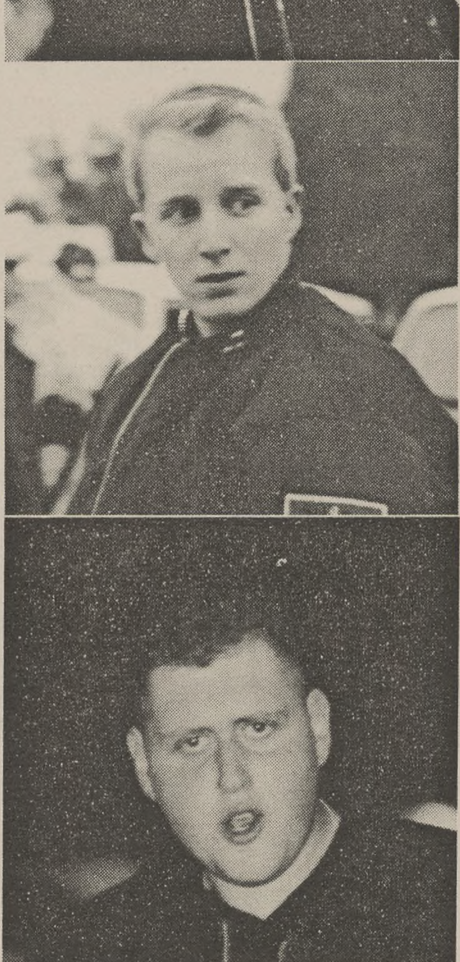
Am 17.9.1994 fand in Steinburg bei Pinneberg der Landesparteitag der rechtsextremen *Deutschen Liga für Volk und Heimat* (DLVH) statt. Hauptthema des 3. Landesparteitages war die beabsichtigte Teilnahme der DLVH an den kommenden Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag 1996. Obwohl der Termin im Gegensatz zum Veranstaltungsort in antifaschistischen Kreisen relativ früh be-kannt war, gelang es den Antifas nicht, rechtzeitig vor den FaschistInnen am Tag-ungsort zu sein. Bekannt waren lediglich gemeinsame Sammel-und Abfahrtsorte der DLVH-AnhängerInnen, und so blieb den Antifas nur die Möglichkeit hinterher zu fahren. Ziel der Rechten war der Landgasthof „Zur Steinburg" (Inhaber: Ede Martens) in Steinburg, wo schon 1992 und 1993 NPD-Treffen stattgefunden haben. Im Juni diesen Jahres ist dort der Fascho"barde" Frank Rennicke vor ca. 50 ZuschauerInnen aufgetreten. Man traf sich also in vertrauter Runde, natürlich unter dem Schutz der Polizei, die mit einem Riesenaufgebot aus ganz Schleswig-Holstein angereist war, um für einen „ungestörten" Ablauf des Parteitages zu sorgen. Unterstützt wurden die Meister für Sicherheit und Ordnung von einem parteieigenen „Sicherheitsdienst", der von dem einschlägig bekannten Nazi-Skin Timo Bartlink aus Neumünster geleitet wurde und mit mehreren Kampfhunden ausgestattet war.

Als dann schließlich gegen 17 Uhr die wenigen AntifaschistInnen (ca. 40) in Steinburg eintrafen, tagten die hervor-ragend geschützten Alt-und Neonazis bereits seit geraumer Zeit und völlig un-behelligt. Erschienen waren ca. 60 Per-sonen aus nahezu dem gesamten rechten Spektrum Schleswig-Holsteins und Hamburgs. Darunter viele bekannte Gesichter der hiesigen Naziszene wie z.B. der Rendsburger REP-ler Hugo Görtzen, die Ex-NPD-ler Achim Lege aus Lübeck und Jörn Lembke aus Stockelsdorf (DLVH-Mitglied und VFB-Lübeck-Hooligan). Oder gar Thomas Schröder aus Lübeck (Ex-REP, BGS-ler und 1. Hundertschaftsführer) vom „Arbeitskreis für deutsche Politik" (AfdP).

Der schleswig-holsteinische Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1993 bezeichnet den AfdP als „zunehmenden Kristallisationspunkt der rechtsextremistischen Szene Schleswig-Holsteins" und bestätigt die engen Kontakte zwischen der früheren DVU- und jetzigen DLVH-Fraktion im Kieler Landtag und dem Lübecker AfdP. Der Einladung des DLVH-Fraktionsvorsitzenden Ingo Sta-witz nach Steinburg waren aber ebenso einige ältere SympathisantInnen und Ewiggestrige gefolgt, wie auch etliche Jungnazis im Bomberjacken-Springer-stiefel-Glatzen-Outfit.

Teilnehmer des DLVH-Parteitages





Die DLVH, die erst im Herbst 1991 in Villingen-Schwenningen (Baden-Württemberg) mit dem Ziel gegründet worden ist, der bestehenden Spaltung der rechtsextremen Parteienlandschaft in REP, DVU und NPD eine Partei rechts von CDU/CSU entgegenzusetzen, distanziert sich sonst gerne mal von eben jenen, teils gewalttätigen, Stiefelnazis. Als Ange-hörige des Parlaments stellen sie sich mit Vorliebe in der Opferrolle einer unterdrückten politischen Minderheit dar, die mit undemokratischen Mitteln von den übrigen Parteien bekämpft werde.

Seit Oktober 1994 verbreitet die DLVH in Schleswig-Holstein nun „Wichtige Informationen aus dem Kieler Landeshaus...". Darin werden die in Zusammenhang mit parlamentarischen Anträgen im Kieler Parlament gehaltenen Reden der Faschisten veröffentlicht. Die Themen reichen von „Innere Sicherheit", „Soziales und Wirtschaft" über „Asyl", „Kultur und Schule" und „EU-Agrarpolitik" bis hin zu „Bundeswehr". Ver-sehen ist das Ganze mit entsprechenden, fragwürdigen Statistiken und Schaubildern. Beim ersten Lesen der 50-seitigen Broschüre beschleicht einen das Gefühl von Mitleid und Peinlichkeit für diese scheinbar hirnlose Horde von Schwachköpfen, doch steht dahinter auch eine klare Strategie der Rechten: sich äußerlich als absolut dem WählerInnenwillen verpflichtete, fest auf dem „Boden der Demokratie" und des Grundgesetzes stehenden Partei darzustellen, während man in Wirklichkeit um eine Einigung und Stabilisierung des gesamten rechtsextremen Spektrums bemüht ist. Wie der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Hans-Peter Bull, im November auf eine kleine An-frage im Parlament bestätigte, pflegt die DLVH rege Kontakte zur „Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP) und plant mit ihr gemeinsame Aktivitäten. Obwohl die FAP, gegen die seit einiger Zeit ein Verbotsantrag des Bundesinnen-ministeriums läuft, in Schleswig-Holstein relativ wenige Mitglieder hat, verfügt sie über etliche Kontakte in die militante Skinhead-Szene hinein. Ziele der FAP sind die Überwindung der vermeintlichen „Zersplitterung" im Rechtsextremismus, die Bündelung aktionsbereiter Potentiale sowie die Unterwanderung sich „ge-mäßigt" gebender rechtsextremer Gruppen (Bull), wie z.B. die DLVH. Dem DLVH-Fraktions- und

Landesparteichef, Ingo Stawitz, kommt bei der Zu-sammenarbeit zwischen FAP und DLVH eine Art „Schlüsselrolle“ zu. So wirbt z.B. das *Nationale Infotelefon* der FAP für Veranstaltungen und die politische Arbeit der DLVH. Diese streitet solche Pläne der Zusammenarbeit mit der neonazistischen FAP zwar ab, bestätigte jedoch in einer Pressemitteilung, daß sich Andre Goertz (Vorsitzender der FAP) mit dem DLVH-Chef Stawitz zu „Gesprächen“ getroffen hat.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein weiterer Mitarbeiter der DLVH-Fraktion: Philip Steinbeck. Schon vor Jahren tauchte er in Kühnens Adressbuch auf, und Ende der 80er Jahre war er in der später verbotenen *Nationalen Sammlung* jenes verstorbenen Michael Kühnen aktiv. Mindestens in jener Zeit hatte er auch enge Kontakte zu Christian Worch, dem Chef der militanten Hamburger *Nationalen Liste* (NL). Zweifeln an einer behaupteten „Zersplitterung“ innerhalb des faschistischen Lagers sind also mehr als angebracht und fordern von uns eine intensive Beobachtung der weiteren Entwicklung solcher „sich harmlos gebender“ (Innenminister Bull) rechtsextremistischer Parteien und Gruppiereungen. Aber wem sage ich das ???



Neue DLVH-Veröffentlichungen

Rendsburger Antifaschist vor Gericht freigesprochen

Am 17. November 1994 wurde ein Rendsburger Antifaschist vor dem dortigen Amtsgericht freigesprochen. Staatsanwalt von Rönsfeld hatte ihm vorgeworfen, gegen Auflagen verstoßen zu haben, die ihm als Leiter der Demo-nstration auferlegt worden waren und ver-langte die Zahlung einer Geldstrafe von 495 DM.

Am 18. Dezember 1993 demonstrierten in Rendsburg ca.300-400 Personen unter dem Motto: „Es ist an der Zeit etwas zu tun“, nachdem zuvor Neonazis Woche für Woche Straßenterror verübt und unter anderem das Café *Anno* gestürmt und die Diskothek *Garage* angegriffen hatten. Ein breites Bündnis von mehreren politischen und kulturellen Gruppen, wie Antifa, Kurdisches Kulturzentrum und Grünen, sowie etlichen GeschäftsbesitzerInnen rief zu der Demonstration auf. Obwohl der Demonstrationsleiter die Teilnehmer-Innen nachweislich mehrere Male per Megaphon aufgefordert hatte, nur eine Straßenseite zu benutzen und dies größtenteils auch befolgt worden war, warf der Staatsanwalt ihm Behinderung des Verkehrs und einen Verstoß gegen Auflagen des Ordnungsamts vor. In den Auflagen wurde u.a. auch verfügt, daß die Demonstration in Dreierketten (!) zu laufen habe. Ferner - so von Rönsfeld - habe der Angeklagte nicht, wie vor-geschrieben, OrdnerInnen eingesetzt. Der hierzu geladene Zeuge, ein Rendsburger Polizist, mußte vor Gericht jedoch zu-geben, die ganze Zeit 50 Meter vor dem Demonstrationszug gefahren zu sein. Ob es aber im hinteren Teil des Zuges OrdnernInnen gegeben hatte, vermochte er nicht zu sagen. Ein weiterer Vorwurf des Staatsanwalts war, daß sich ein Teil der DemonstrantInnen bei einer Kundgebung vor einem Haus des Altnazis Hugo-Görtzen, in dem sich eine WG von Jungnazis befand, vermummt hätten. Dies jedoch war mehr als verständlich, da sie fürchteten, aus dem Haus heraus fotografiert zu werden. Vor Gericht verlas der Angeklagte eine mehrseitige Prozeßerklärung, in der er die Anklage auch als Angriff auf die Versammlungsfreiheit wertete, die wie viele andere demokratische Grundrechte seit 1945 von staatlicher Seite immer stärker einge-schränkt werde. Besonders stark sei diese Entwicklung in den letzten Jahren im Zuge des Rechtsrucks zutage getreten und werde von rechtsnationalen Vordenkern wie Wolfgang Schäuble immer mehr forciert.

Der Richter Gert Küppers folgte dem Antrag der Verteidigung, den Ange-klagten freizusprechen, da ihm kein Ver-stoß gegen die Auflagen nachgewiesen werden könne. Trotz des positiven Urteils muß aber festgehalten werden, daß diese Anklage ein weiterer Versuch der Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes ist. Obwohl Rendsburg laut schleswig-holsteinischem Verfassungsschutzbericht die „Hauptstadt“ der rechten Szene in Schleswig-Holstein ist, verlaufen zahlreiche Anzeigen gegen Rechte im Sande oder werden eingestellt. Auf der anderen Seite zögern die Staatsanwälte jedoch nicht, Linke auch wegen kleinster Lappalien vor Gericht zu bringen - der ungestörte Ablauf des Samstagsverkehrs scheint einfach wichtiger zu sein als die Bekämpfung von Rechtsextremismus.

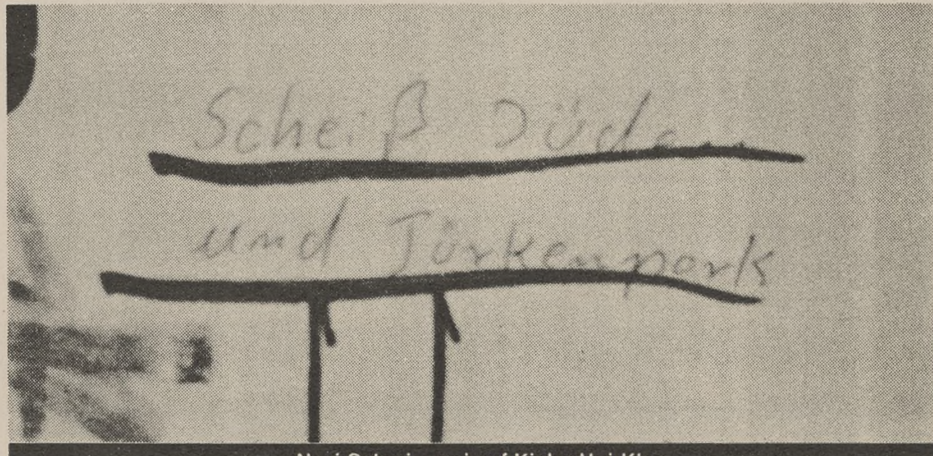
(aus: „gegengift“ Dezember 1994)

Auschwitzleugner an der CAU

Die Universitätsleitung und der Landtag betreiben derzeit mit einer Ringvorlesung über die Geschichte der CAU im Nationalsozialismus Geschichtsaufarbeitung. Ohne dabei bislang antisemitischen Schmierereien und anderen Aktivitäten der Rechten an der Uni Beachtung zu schenken.

Wir haben schon des öfteren über neurechte Umtriebe an der Kieler Universität berichtet, u. a. auch über die Veranstaltung des Asta zur Neuen Rechten vor einem Jahr. Diese war massiv durch rechte Studenten und Dozenten gestört worden (siehe ATZE Nr.22). Der Dozent Michael Hundrieser ging dabei sogar soweit, die Existenz von Gaskammern in Auschwitz zu leugnen, indem er aus dem *Leuchter Report* zitierte.

Wer sich heute auf die Männertoiletten der CAU begibt, bekommt ebensolche Hetze regelmäßig vorgesetzt. Nicht nur an einer Stelle, sondern in enormer Häufigkeit und Vielfalt sind Naziparolen zu finden. Von „DVU - man gönnt sich ja sonst nichts" bis zu ganzen Passagen aus dem „Leuchter-Report", einer pseudowissenschaftlichen Studie, die den Beweis zu führen versucht, warum in Auschwitz kein Jude vergast worden sein soll und in der BRD verboten ist, da sie den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Besonders prägnant stellt sich eine Toilette in der Mensa II dar. Praktisch jeder verfügbare Zentimeter wurde hier für eine ekelhafte Debatte vollgemalt. Dabei geht es um die widerwärtige Selbstdarstellung eines „Nationalen Sozialisten", der versucht, sein Glaubensbekenntnis möglichst provozierend vorzutragen. Das fängt an bei der Beschreibung seiner eigenen Ideologie als „befreiungsnationalistisch" und endet - wie schon dargestellt - mit einer Anhäufung von auschwitzleugnenden Pseudoargumenten. Dazwischen finden sich Bemerkungen wie „waren doch nur Juden" und andere antisemitische Beschimpfungen. Nun soll hier nicht eine einzelne Kloschmiererei zum Skandal hochgejubelt werden - dennoch bedeutet all dies mehr als auf den ersten Blick erkennbar. Um die beiden Geschehnisse, gehäuft auftretende faschistische Schmierereien und das Auftreten einer geschlossenen Gruppe offensichtlich rechtsradikaler Studierender und Dozenten auf der oben genannten Asta-Veranstaltung richtig zu bewerten, ist es sicherlich notwendig, sich noch einmal kurz ein paar andere Fakten vor Augen zu führen. In der rechtsradikalen Wochenzeitschrift „Junge Freiheit" sucht in Anzeigen regelmäßig eine „Gruppe 20" neue, national gesinnte Kameraden zur gemeinsamen Diskussion. Das angegebene Postfach in Kiel läuft auf die Adresse einer Burschenschaft am Hindenburgufer. Seit Jahren wurde diese Zeitung regelmäßig an der CAU ausgelegt. Als die Junge Freiheit dieses Jahr begann, von der Monats- zur Wochenzeitung umzustellen, gab es Verteilungsaktionen auch an der Kieler Uni. An diesen waren unter anderem Burschenschafter aus Kiel beteiligt. Die Burschenschaften *Turnerschaft Hansea-Stormaria* und die Landsmannschaften *Troglodytia* und *Slesvico-Holsatia/Cheruscia* scheinen ohnehin schon lange einen guten und engen Draht zur Jungen Freiheit zu haben. Schon 1989 tauchen sie als alte Kunden im Verteiler der JF auf. Da sind also zum einen die zumeist aus Burschenschaften stammenden, in Zirkeln organisierten Rechtsradikalen, und zum zweiten treten verstärkt nazistische Hetzparolen auf Klowände geschmiert auf. Mit dem Höhepunkt auf der besagten Toilette. Schmierereien auf Uni-Klos haben natürlich für sich alleine keinen tatsächlichen Aussagewert über die gesellschaftliche Stimmung an der Universität, allerdings ist wohl schon ein Zusammenhang zwischen einer erstarkenden Rechten und derart aggressiven Hetzparolen zu sehen. Immerhin entstanden diese Schmierereien, in denen sich auch immer wieder genervte Studenten zu Wort melden, die versuchen gegen diesen braunen Dreck anzuargumentieren (was extrem naiv ist und die Nazis zu „Diskussionspartnern" aufwertet), über einen relativ langen Zeitraum. Der Verfasser hatte wohl auch keine Furcht, dabei entdeckt zu werden. Als skandalös oder als deutsche Normalität ist dabei zu vermerken, daß die Volksverhetzung schon über Monate auf die Klowände geschmiert zu lesen ist und weder Studenten, Dozenten, noch die Hausmeister dafür gesorgt haben, daß sie verschwindet. Ist die Leugnung der Morde in Auschwitz schon so normal, daß es keinen mehr zum Handeln bringt, oder hört die Courage jetzt schon auf der Toilette auf? Jedenfalls wird hier dringender Bedarf für antifaschistische Aufklärung deutlich. Die jetzt endlich gemachten Veranstaltungen zur CAU im Nationalsozialismus reichen für eine solche Aufklärung beileibe noch nicht aus. Hier müssen AntifaschistInnen aktiv werden, denn die Uni-Leitung wird alleine kaum gegen die Auschwitzleugner vorgehen oder gar daran gehen, die rechten Strukturen an der CAU aufzuzeigen. Die Uni-Leitung sollte jetzt dazu gedrängt werden, weitere Veranstaltungen zum Beispiel zu Geschichtsrevisionismus, Antisemitismus oder rechten Strategien und Methoden durchzuführen oder von AntifaschistInnen durchführen zu lassen. Außerdem muß offensiv gegen die Verbreiter auschwitzleugnender Propaganda vorgegangen werden. Dafür ist u.a. von der Uni-Verwaltung einzufordern, daß diese darangeht, festzustellen, ob zwischen den Rechten, die auf der genannten Veranstaltung auftraten, und den die Morde in Auschwitz leugnenden Klobeschmierern ein Zusammenhang besteht. Die Rechten profitieren derzeit an der CAU von einer desinteressierten Studierendenschaft und einer Uni-Leitung, die vorgibt, nichts über die Neonazis zu wissen. Dieser Zustand muß dringend geändert werden.



Nazi-Schmiererei auf Kieler Uni-Klo

Interview mit der JIG
(Jugend-Info-Gruppe Rendsburg)

Im September veranstaltete die ATZE auf Einladung der JIG und der Antifa-RD ein Antifa-Seminar in Rendsburg; bei dieser Gelegenheit haben wir eine überaus kompetente und nette politische Jugendgruppe kennengelernt, der wir jetzt Raum für eine Selbstdarstellung geben wollen. Das Interview hat die JIG mit der Gegengift aus Rendsburg geführt.

GG: Wann und warum habt Ihr Euch gegründet ?

JIG: Gegründet haben wir uns zur Jahreswende 92/93. Zu diesem Zeitpunkt gab es an mehreren Rendsburger Schulen bereits Jugend-Antifas, die aber nicht so gut besucht waren. Deshalb wollten wir sie zu einer schulübergreifenden Gruppe zusammenfassen. Die Idee, die dahintersteckte, war auch, jüngere Antifas in die T-Stube und die dort „ansässigen" Gruppen zu integrieren, da gerade für sie eine große Hemmschwelle bestand. Zu Beginn kamen nur zwei bis drei Leute, inzwischen sind wir zwischen 15 und 20 Jugendliche im Alter von 14-18 Jahren. Die InitiatorInnen der JIG sind schon alle über 20.

GG: Wie sieht Eure Arbeit aus ?

JIG: Zum größten Teil besprechen wir Texte oder sehen Filme aus Politikbereichen, die uns interessieren und die wir selbst auswählen, z.B. Kurdistan, Nazistrukturen, Sexismus oder Umwelt. Trotzdem versuchen wir auch, praktische Aktionen durchzuführen, letztes Jahr beispielsweise haben wir eine Flugblattkampagne gegen den Rendsburger Bahnhofskiosk gestartet, der seitdem Nazizeitungen wie den „Deutschen Anzeiger" oder die „Deutsche Wochenzeitung" nicht mehr offen verkauft. Momentan bemühen wir uns auch, mit anderen antifaschistischen Jugendgruppen in Kontakt zu treten. Darüber hinaus arbeiten einige von uns inzwischen in anderen politischen Gruppen mit, etwa der Antifa, im ThePrax-Infoladen oder in der „Gegengift". Politik ist aber nicht der einzige Anlaß, zu dem wir uns treffen. Durch die JIG sind unter uns auch viele Freundschaften entstanden, Anfang dieses Jahres haben wir in der T-Stube eine große Party gegeben, zu der über 100 Leute kamen, ganz zu schweigen von zwei mittlerweile fast legendären Zelttouren.

GG: Arbeitet Ihr hauptsächlich zu jugendpolitischen Themen ?

JIG: Nein.

GG: Warum nicht ?

JIG: Wir haben uns mit Jugendpolitik schon mal beschäftigt, wollen für uns aber lieber ein breiteres Spektrum an Themen abdecken.

GG: Ihr habt am Wochenende an einem von der Antifaschistischen Zeitung Kiel (ATZE) veranstalteten Seminar im Rendsburger JUZ Pulverschuppen teilgenommen. Was wurde dort gemacht, wie hat es Euch gefallen ?

JIG: Zu Beginn wurden wir über Aufbau, Struktur und Zusammenarbeit faschistischer Organisationen und deren regionale und internationale Verbindungen zueinander informiert. In AG's wurden anschließend bestimmte Themenbereiche der antifaschistischen Arbeit erarbeitet und dann gemeinsam diskutiert: z.B. Jugendarbeit und Gewalt). Der zweite große Themenblock war die Vorgeschichte von Nazireich und zweitem Weltkrieg, also eher eine geschichtliche Auseinandersetzung. Zudem wurde die faschistische Ideologie näher beleuchtet und untersucht. Das Seminar hat uns sehr gut gefallen. Im Gegensatz zum Schulunterricht wurde uns dieses wichtige Thema informativ, ansprechend und abwechslungsreich nähergebracht. Auch die ReferentInnen waren sehr nett und freundlich (was mensch von LehrerInnen meist ja auch nicht gerade behaupten kann). Wir würden uns freuen, wenn es öfter solche Angebote für Jugendliche geben würde.

GG: Würdet Ihr es sinnvoll finden, solche Veranstaltungen z.B. an Eurer Schule zu machen?

JIG: Wir würden es auf jeden Fall sinnvoll finden, da es oftmals gerade in diesem Bereich an Aufklärung mangelt. Bei einigen von uns wurde dieses Thema innerhalb von einer Woche abgehandelt, einige haben noch gar nicht damit angefangen, oft fehlt auch der aktuelle Bezug. Daß es so viele Neonazis auch schon in unserem Alter gibt, zeigt jedoch, wie wichtig dies ist.

GG: Worin sollte Eurer Meinung nach der Schwerpunkt der antifaschistischen Arbeit liegen?

JIG: Einerseits müssen Nazistrukturen bekämpft und öffentlich gemacht werden, andererseits lassen sich aber auch Themen wie Sexismus, Internationalismus oder Rassismus der bürgerlichen Parteien nicht von der Antifaarbeit ausschließen. So ist es sicherlich kein Zufall, daß rassistische Ausschreitungen in der BRD genau in dem Moment ihren Höhepunkt fanden, als die CDU täglich verlauten ließ, wie voll doch das Boot sei und daß nun endlich das Asylrecht geändert werden müsse.

GG: Gibt es sonst noch etwas, was Ihr loswerden wollt ?

JIG: Ja: Wir treffen uns jeden Montag um 16 Uhr in der T-Stube und würden uns über alle freuen, die Lust haben, bei uns mitzumachen.

Anzumerken wäre noch, daß am 26. November die zweite JIG-Party in der randvollen T-Stube stattfand. Höhepunkte des Abends waren die Erstauftritte zweier hoffnungsvoller Rendsburger Bands aus dem JIG-Spektrum. Zum einen heizte die frisch gegründete Hardcore-Kapelle „Blind Comunity" ein und zum zweiten wurden die durch ihre Tapes „rust dust and fear" sowie „gefeit sein" schon nahezu legendären Erfinder des „Slunge", die „Paladines" von ihren AnhängerInnen frenetisch gefeiert (obwohl KritikerInnen den „new Slunge" als „scheißkommerziell" einstuften).

JIG
c/o ThePrax-Infoladen
Postfach 506
24768 Rendsburg
Fax: 04331-25887

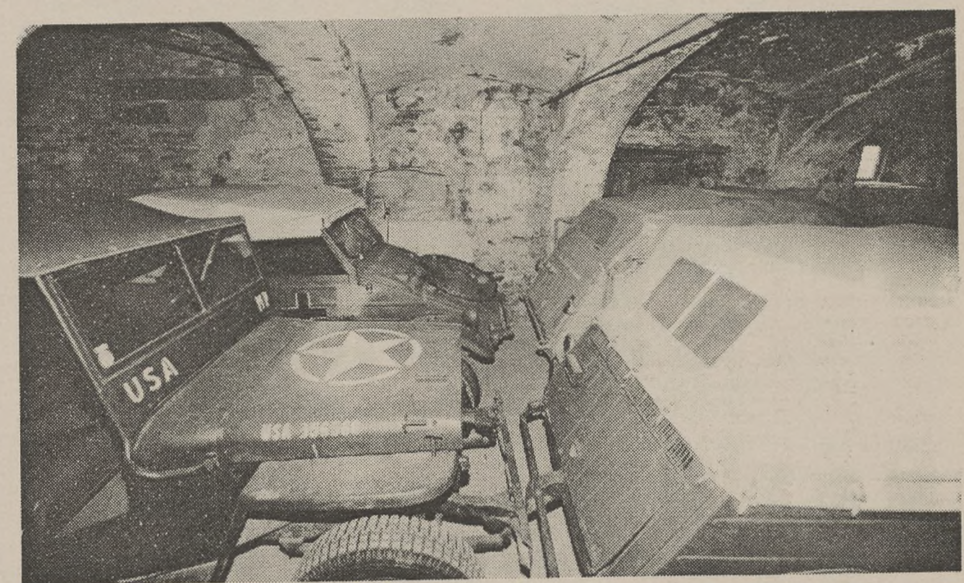
Waffenfunde und paramilitärische Übungen - nur die Spitze des Eisbergs bekannt

In den späten 70er Jahren trieben mehrere Nazi-Wehrsportgruppen in der Bundesrepublik ihr kriminelles Unwesen. Die wohl bekannteste war die Wehrsportgruppe Hoffmann, die mit Schützenpanzerwagen und Militärlastwagen ins Manöver zog und in ihrer Zeitung Kommando *von der Machtübernahme schwärmte. Mitglieder dieser WSG waren an Folterungen und Morden beteiligt; lange Zeit genoß sie jedoch den politischen Schutz des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß, der deren paramilitärische Aktionen mit dem Hinweis verharmloste: „Mein Gott, wenn jemand Spaß daran hat, am Sonntag mit einem Rucksack und im Kampfanzug mit Koppelschloß durchs Gelände zu spazieren, soll man ihn in Ruhe lassen...".*

Nachdem die paramilitärischen Aktivitäten der Nazis Mitte der 80er Jahre weniger spektakulär gewesen sind, haben mit dem Anschluß der DDR auch diese Aktivitäten an Bedeutung wieder zugenommen. Aus allen Teilen der Bundesrepublik wissen AntifaschistInnen von paramilitärischen Übungen der Faschisten zu berichten. Die in den letzten Wochen bekannt gewordenen Funde und Aktivitäten, über die wir im folgenden schlaglichtartig berichten, dürften damit nur die Spitze des Eisbergs darstellen.

Vor dem Amtsgericht Hamburg-Blankenese mußte sich im September der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, bekannt durch seine intensiven Kontakte zur rechtsextremistischen Szene, verantworten. Dabei wurde der 48jährige wegen Verwendung von verfassungswidrigen Symbolen zu einer Geldstrafe von 7.200 Mark verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte für den Vorwurf, daß Rieger Mitte April 1993 mit einem VW-Militärkübelwagen, auf dem SS-Runen und Abzeichen der 12. SS-Panzerdivision „Hitlerjugend" angebracht waren, im Raum Reinbek (Kreis Herzogtum Lauenburg) unterwegs war, 24.000 Mark Geldstrafe als angemessenes Strafmaß gefordert.

In seiner Anhörung berichtete Rieger ausführlich über die Geschichte der Panzerdivision sowie über Details von Divisionsabzeichen. Rieger erklärte, er habe die SS-Runen mit einem darübergezogenen Balken verändert. Die anklagende Behörde sah dies aber als nicht von Bedeutung an und machte klar, daß es allein auf den äußeren Eindruck ankäme. Rieger holte nach dieser Aussage zum Konter aus - ein Urteil des Bundesgerichtshofes zum Hakenkreuz-Enblem: Darin heißt es sinngemäß, so Rieger, nicht der Eindruck sei entscheidend, sondern ob tatsächlich ein verfassungswidriges Emblem dargestellt sei. Im Prozeß wurde nur am Rande gestreift, in welch illustre Gesellschaft sich der damals mit einem Kampfanzug bekleidete Rieger zur Tatzeit befand: Er fuhr in einer Wagenkolonne zusammen mit einem Opel Blitz Militärfahrzeug. Darin saß Thomas Wulff von der Nationalen Liste Hamburg. Daß es sich hierbei möglicherweise um eine Spritztour zu einer paramilitärischen Übung (Bekleidung und Fahrzeuge lassen dies durchaus vermuten) handelte, war nicht Gegenstand des Verfahrens. Die Staatsanwaltschaft kündigte gegen das aus ihrer Sicht zu milde Urteil Berufung an.



Fahnder der Polizei stellten am 17. November im Rahmen von 27 Hausdurchsuchungen in Hessen und Bayern mehr als 200 Kriegswaffen, 40 Handgranaten, acht Kilogramm Plastiksprengstoff, 100 Zünder, eine Rohrbombe sowie 22 Kisten Munition sicher. Die Waffen waren professionell versteckt, u.a. in Hohlräumen von Schränken und in einem mit Kies abgedeckten Faß. Bei acht beteiligten Männern wurden faschistisches Schrifttum, eine Reichskriegsflagge und Hitler-Büsten sichergestellt.

Bei 25 Angehörigen der faschistischen „Mitteldeutschen Hilfe", die sich nach dem Verbot in „Kameradschaft Wittenberg" umgenannt hatte, führte die Polizei im Raum Dessau und Wittenberg (Sachsen-Anhalt) Ende November Hausdurchsuchungen durch. Neben faschistischen Hetzschriften wurden dabei auch Waffen gefunden. Bereits Ende Oktober waren im südbrandenburgischen Senftenberg 15 Wohnungen durchsucht worden; neben schußfähigen Waffen und größeren Mengen Munition wurde auch dort rechtsextremes Material sichergestellt.

Schweres militärisches Gerät, darunter einen sowjetischer Kampfpanzer vom Typ T 34, sowie zehn Kübelwagen, Maschinengewehre und Sprengstoff fand die Antiterror-Einheit des österreichischen Innenministeriums Anfang Dezember in der Scheune eines Bauernhofes in Göpfritz an der Wild. Seit Jahren trafen sich dort Neonazis zu paramilitärischen Übungen; von der Existenz der Panzer wußte die örtliche Polizei seit Monaten. Da die Panzer voll gewartet und einsatzbereit waren, wird vermutet, daß auch Angehörige des österreichischen Bundesheeres zu den Faschisten gehören. Göpfritz an der Wild liegt unmittelbar am Rande des größten mitteleuropäischen Truppenübungsplatzes Allentsteig und ist die wichtigste Bahnentladestation für militärische Gerätschaften.

Zwei Antifaschisten von Neonazis erstochen

Am Sonntag, dem 6. November 1994 wurde Piotr K. im hessischen Rotenburg a. d. Fulda von einem Bundeswehrsoldaten durch Messerstiche getötet.

Piotr war mit einem Freund am Rotenburger Bahnhof aus einem Zug gestiegen. Mit ihnen stiegen auch fünf Bundeswehrsoldaten, von denen einer dem Äußeren nach als Naziskin zu erkennen war, aus. Auf dem Bahnsteig trafen die Rotenburger dann drei ihnen bekannte türkische Jugendliche. Die Soldaten gingen an ihnen vorbei, und es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf Piotr den Skinhead als „Scheiß-Nazischwein„ bezeichnete. Als die Antifas danach den Soldaten hinterhergingen flüchteten diese. Piotr folgte dem Neonazi und holte ihn auf dem Bahnhofsvorplatz ein, dort drehte sich der Soldat plötzlich um und stach gezielt auf Piotr ein. Ein Freund versuchte darauf dem tödlich verwundeten Piotr zu helfen und wurde dabei von dem Naziskin im Handgemenge schwer verletzt. Die vier anderen Soldaten fuhren mit dem Taxi in die Kaserne, während sich die türkischen Jugendlichen um ihre verwundeten Freunde kümmerten. Der 17jährige wurde in ein Krankenhaus gebracht, bei Piotr konnte dagegen nur noch der Tod festgestellt werden. Der Messerstecher war inzwischen ebenfalls in die Alheimer Kaserne geflüchtet, wo er den Vorfall meldete. Einen Tag nach der Tötung Piotrs, am 7.11.94, versammelten sich abends spontan 20-30 Jugendliche am Tatort, um eine Mahnwache für ihren Freund abzuhalten. Im Verlauf der Trauerkundgebung zertraten Polizisten Blumen, Kränze und Kerzen und kehrten diese vom Platz. Diese Übergriffe begründete die Polizei damit, daß die Kundgebung, die in einer Parkbucht vor dem Bahnhof stattfand, ihrer Meinung nach eine Einfahrt blockierte. Gegen dieses Vorgehen protestierten natürlich einige Jugendliche, denen darauf sofort mit Festnahmen gedroht wurde. Andere versuchten die Situation zu entschärfen und wiesen die Polizeibeamten daraufhin, daß an diesem Platz vor nicht einmal 24 Stunden ein Freund von ihnen getötet wurde. Die lapidare Antwort der Polizisten war: „Na und?". Die Berichterstattung in der Lokalpresse verschwieg zunächst den politischen Hintergrund der Tat und legte sie als Notwehrhandlung aus. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jedoch inzwischen, laut Hersfelder Zeitung vom 10.11.94, „in erster Linie wegen des Verdachts des Totschlags oder der Notwehrüberschreitung, aber auch wegen Körperverletzung mit Todesfolge" gegen den neonazistischen Soldaten. Die rechte Gesinnung des Bundeswehrsoldaten wird aber weiterhin sowohl von der Polizei als auch vom zuständigen Kasseler Staatsanwalt Rolf Fenner verschwiegen. Dabei ist bemerkenswert, daß der sogenannte „Soldat in Zivil" nach Zeugenaussagen eine Glatze hatte und Springerstiefel, eine Bomberjacke, sowie ein T-Shirt mit der Reichskriegsflagge als Motiv trug. Die Bundeswehr erklärte in einer offiziellen Stellungnahme, daß sie über die Tat, die ja ein bisher einmaliger Vorfall sei, sehr betroffen wäre, „zumal das Verhältnis zwischen Soldaten und Bevölkerung seit mehr als dreißig Jahren sehr gut sei" (HZ 8.11.94). Dies ist wohl zu bezweifeln, da erst knapp drei Wochen vor der Tötung Piotrs ein anderer Antifaschist von Soldaten aus derselben Kaserne absichtlich angefahren worden war, weil er verhindern wollte, daß diese volltrunken mit ihrem Auto fahren. Der Antifaschist wurde nach etwa dreißig Metern durch eine Vollbremsung von der Motorhaube des Autos der Soldaten geschleudert und blieb schwerverletzt bewußtlos auf der Straße liegen.

Am Sonntag dem 20.11.94 starb in Zittau der 18jährige Michael G. durch die Messerstiche eines Neonazis

An diesem Tag fand im Zittauer Jugendcafé „Clockwork Rosa" eine Techno-Party statt, die sowohl Michael, wie auch der Neonazi besuchten. Der Faschist fiel [i]m Café auf, indem er laut herum[p]öbelte, andere Gäste mit der Faust be[d]rohte und nach ZeugInnenangaben [N]aziparolen brüllte. Daraufhin verwie[s]en ihn die Betreiber des „Clockwork [R]osa", in dem es „den Konsens gibt, [d]aß Leute, die sich rassistisch, sex[i]stisch oder faschistisch verhalten des Hauses verwiesen werden" (junge Welt, 22.11.94), des Lokals. Den wei[t]eren Ablauf schildern AugenzeugInnen aus dem „Clockwork Rosa" folgendermaßen: Vor dem Lokal gab es zwischen dem 17jährigen Neonazi und einigen Partygästen Diskussionen. Schließlich entfernten sich drei der Jugendlichen, u.a. Michael, mit dem Neonazi. In dem Augenblick, als die zwei Begleiter Michaels den Disput abbrachen und sich abwendeten, stach der Neonazi plötzlich mit einem Messer auf Michael ein. Michael wurde tödlich verwundet in ein Krankenhaus gebracht und erlag dort eine halbe Stunde später seinen Verletzungen. Der Täter wurde noch Sonntagnacht in seinem Heimatort Waltersdorf festgenommen. Der Görlitzer Oberstaatsanwalt Martin Hinrichs ordnete am darauffolgenden Montag, dem 21.11. aber bereits die Freilassung des Neonazis an. Da Michael angeblich auf den Täter eingeschlagen habe und dieser Michael daher möglicherweise in Notwehr erstochen habe, bestand nach Meinung des Oberstaatsanwalts kein Grund für eine Untersuchungshaft des Messerstechers. Wie auch bei der Tötung Piotrs wird auch in diesem Fall der politische Hintergrund der Tat ausgeblendet. Nach Auffassung der Sonderkommission Rechtsextremismus und des Staatsanwalts hätten sich Michael und der Täter „zwar gegenseitig ihre

politischen Auffassungen vorgeworfen. Anlaß für den Messerstich sei aber gewesen, daß der eine auf den anderen eingeschlagen habe" (jW, 22.11.). Diese Ansicht vertreten Polizei und Staatsanwaltschaft in einer Situation, in der die Tötung eines Antifaschisten als Höhepunkt faschistischer Übergriffe in Zittau zu sehen ist: Am ersten Novemberwochenende überfielen ca. 20 Neonazis in einer Nacht drei Zittauer Jugendclubs und richteten dabei erheblichen Sachschaden an. Darauf zogen sie vor eine Kneipe im benachbarten Jonsdorf, wo sie faschistische Parolen brüllten. In derselben Nacht wurde ein 54jähriger Behinderter in Zittau von drei jungen Männern überfallen. Die Täter schlugen und traten auf den Mann ein und prügelten ihn mit seinen eigenen Krücken krankenhausreif. Seit diesem Wochenende fahnde die Polizei - nach Aussagen des Staatsanwalts Hinrichs - „intensiv" nach dem 17jährigen Fascho-Hooligan, der die Überfälle auf die Jugendclubs angeführt hat, und der Staatsschutz gehe jedem Hinweis nach. Der Gesuchte, in Zittau bestens als Anführer von Nazischlägern bekannt, sitzt nach Angaben von Jugendlichen, die sicher sind, ihn seit dem Wochenende mehrmals gesehen zu haben, und einem Mitarbeiter des „Clockwork Rosa" öfter - ungestört vom intensiv fahndenden Staatsschutz - im Zittauer „Boulevard-Café".

Reaktionen der Antifa-Szene

Frust & Trauer und keine Konsequenzen?

In Kiel versammelten sich, als Reaktion auf diese Tötungen, am Donnerstag, dem 24. November ca. 30-40 AntifaschistInnen zu einer Spontankundgebung in der Innenstadt. Mit einem Zug durch den Weihnachtstrubel drückten sie ihre Wut und Trauer aus und informierten die zahlreichen PassantInnen mit Flugblättern und mehreren Transparenten über die von den Medien weitgehend ignorierten Tötungen. Die Reaktion der Menschen war für die AntifaschistInnen überraschend, viele InnenstadtbesucherInnen blieben stehen, hörten den Redebeiträgen zu oder lasen interessiert die Flugblätter.

Am 10. Dezember fand in Zittau eine Demonstration zu der bundesweit mobilisiert wurde statt. Die Demonstration wurde von der Görlitzer Antifa organisiert, da in Zittau selbst keine festen Antifa-Strukturen existieren. Angesichts dieser Todesfälle wird uns die Notwendigkeit des Aufbaus antifaschistischen Strukturen gerade in Kleinstädten und auf dem Land, also dort, wo sich in der Regel Fascho-Banden ungestört ausbreiten und das gesellschaftliche Klima bestimmen, deutlich vor Augen geführt. Dies bedeutet nicht, daß Piotr oder Michael noch leben würden, es in ihren Städten Antifa-Strukturen gäbe, sondern, daß durch eine antifaschistische Gegenwehr und Öffentlichkeit das Klima auf dem Land ein anderes wäre. Wo sich Neonazis einer antifaschistischen Gegenmacht ausgesetzt sehen, können sie ihren Terror eben nicht so einfach auf einzelne AusländerInnen, Linke und Behinderte ausüben. Auch in Schleswig-Holstein besteht die Situation, daß AusländerInnen und AntifaschistInnen in vielen Kleinstädten und Dörfern ständig um ihre Gesundheit und letztlich um ihr Leben fürchten müssen, da die Faschos ungestört bei den Jugendlichen rekrutieren und gegen die, die nicht mitziehen, behindert oder ausländisch sind ihren Terror ausüben können. Es ist dringend erforderlich diese Situation nicht länger hinzunehmen und die antifaschistische Selbsthilfe „auf dem Land" zu stärken und Möglichkeiten zu ihrer Errichtung zu schaffen, und zwar von da aus, wo es Antifa-Strukturen gibt, nämlich aus den Städten. Bloße Soldiarität reicht hier nicht mehr aus.

Bella ciao!

Reise auf den Spuren der norditalienischen Resistenza

Der Verein Zeitzeichen e.V., Geschichts- und Videowerkstatt in Kiel, plant im Frühjahr eine neue Reise, mittlerweile die dritte, auf den Spuren der italienischen Resistenza - des Widerstands gegen Faschismus und deutsche Besatzung im 2. Weltkrieg. In Norditalien gibt es überraschenderweise noch heute ein enges Netz von Organisationen der ehemaligen PartisanInnen. Viele von ihnen möchten ihre Erfahrungen aus Widerstand und Krieg weitergeben. In Reggio Emilia, einer norditalienischen Stadt bei Bologna, werden die TeilnehmerInnen einige dieser ZeitzeugInnen treffen und Gelegenheit erhalten, mit ihnen neben historischen Fragen auch über aktuelle politische Entwicklungen zu diskutieren. Neben diesen Treffen stehen verschiedene Exkursionen in die landschaftlich abwechslungsreiche Umgebung Reggios auf dem Programm. Mit Fahrrad, Bus, Bahn und zu Fuß werden historische Stätten aufgesucht, die an den PartisanInnenkampf und faschistische Gewaltverbrechen erinnern. Die Reise ist als Bildungsurlaub in Schleswig-Holstein anerkannt und wird in Zusammenarbeit mit „anderes lernen" durchgeführt.

Zeit	21.4. - 1.5. 1995
Anreise	gemeinsame Bahnfahrt ab Kiel, individuelle Anreise möglich
Schlafen	Jugendherberge
Kosten	ca. 690,- DM (inklusive Anreise mit Liegewagen, Unterkunft in Jugendherberge, Dolmetscher, Fahrrad-, Bus- und Bahnfahrten vor Ort, Vorbereitungstreffen, Materialien), bei individueller Anreise 400,- DM)

Italienischkenntnisse sind nicht erforderlich, TeilnehmerInnenzahl max. 15, Anmeldung spätestens bis 15.März, Infos und Programm bei Zeitzeichen e.V., Zum Brook 9, 24143 Kiel, Tel.: 0431/74449



Reggio Emilia, PartisanInnen vor dem Dom in Reggio, 25. April 1945

Umgruppierung der Rechten ?

Noch 1993 hatten AntifaschistInnen ernsthaft damit gerechnet, daß neofaschistische Parteien im sog. Superwahljahr ihre Position in den Parlamenten ausbauen würden; nach dem erfreulich schlechten Abschneiden der REP bei den Europa- und bayerischen Landtagswahlen war dann jedoch schon absehbar, daß den REP der Einzug in den Bundestag nicht gelingen würde. Die am 16. Oktober erzielten 1,9 % der Stimmen haben dies deutlich bestätigt.

Inzwischen hat die Diskussion in den Parteien, Gruppen und Netzwerken rechts von CDU/CSU an Schwung gewonnen. Aus der FDP meldet sich offensiv eine „nationalliberale" Strömung zu Wort. Und nach dem REP-Parteitag in Sindelfingen, bei dem Rolf Schlierer zum Schönhuber-Nachfolger gewählt wurde, wird zu beobachten sein, ob damit die Krise der REP überwindbar wird und sich zwischen diesen Strömungen neue Allianzen bilden werden.

Die Krise der REP war durch das Scheitern bei den Europawahlen und den bayerischen Landtagswahlen befördert und durch das Treffen Schönhubers mit dem DVU-Chef Frey zugespitzt worden. Anders als noch Anfang der 90er Jahre war die Rechtsentwicklung der bürgerlichen Parteien im Superwahljahr zugleich von einer massiven Ausgrenzungskampagne gegen die REP begleitet worden. Frühere Diskussionen in der CDU über mögliche Koalitionen mit den REP waren verstummt; stattdessen machten immer mehr Landesverfassungsschutzämter die neofaschistische Partei zum Beobachtungsgegenstand. Kurz vor der Bundestagswahl traten führende REP-Funktionäre aus und äußerten massive Kritik der Partei; schließlich wurden immer öfter auch Beamte wegen ihrer Kandidatur für die REP (vorläufig) des Dienstes enthoben.

Parteichef Schönhuber, der lange versucht hatte, der neofaschistischen Partei ein rechtskonservatives Aussehen zu verpassen, gab dieses Vorhaben - auch für viele Mitglieder seiner Partei überraschend - auf, schickte Frey ein Solidaritätstelegramm, als diesem vom bayerischen Innenminister der Waffenschein entzogen werden sollte, und vereinbarte mit ihm schließlich ein Ende der gegenseitigen Konkurrenz bei Wahlen und eine gemeinsame Abwehr der „roten Volksfront".

Die besonders auf bürgerliche Anerkennung schielenden Teile der REP, allen voran Rolf Schlierer (REP-Fraktionsvorsitzender im Landtag Baden-Württembergs), Christian Käs (Landesvorsitzender in BaWü) und Alexander Hausmann (stellv. Parteivorsitzender) wandten sich in der Öffentlichkeit gegen Schönhuber und betrieben seinen Sturz als Parteivorsitzender. Diese Abwahl wurde jedoch von Schönhuber vor der 27. Zivilkammer des Berliner Landgerichts Mitte Oktober erfolgreich angefochten, so daß er bis zum Parteitag am 17./18. Dezember als REP-Parteivorsitzender amtieren konnte.

Im Vorfeld hatte er in der Parteizeitung eine Bilanz der Wahlen 1994 vorgelegt. Darin macht er neben dem „Vernichtungsfeldzug", an dessen Spitze er - wen wundert's - das Vorstandsmitglied des Jüdischen Zentralrats in Deutschland, Michael Friedmann, sieht, die Polarisierung zwischen SPD/Grünen und CDU/CSU, den innerparteilichen Aufstand sowie - im taktischen Bereich - eigene Fehler als Ursachen für das schlechte Abschneiden bei den Wahlen aus.

Ein großer Teil der folgenden Beiträge im Parteiblatt kommt von REPs aus den östlichen Landesverbänden. Schönhuber selbst bekräftigte noch einmal die Notwendigkeit einer Absprache mit der DVU und sprach sich gegen eine allgemeine Abgrenzung gegenüber DVU- oder NPD-Mitgliedern aus. Er forderte statt des Weges zur „bürgerlichen Mitte" eine „fundamentale Opposition"[1] von rechts, bei der sich die Partei als „Partei des kleinen Mannes" profilieren soll. Schlierer grenzte sich in derselben Zeitung von der Vorstellung einer „außerparlamentarischen Oppositions- oder Widerstandsbewegung" ab und trat für „eine Partei, die in der Gesetzgebung und Exekutive Verantwortung" übernimmt, ein. Der Aufbau einer solcher Kraft sei nur über die Kommunal- und Landesparlamente möglich. Und für die Arbeit in ihnen sei das Mitwirken von qualifizierten „Mitgliedern und vor allem der Beamten" notwendig. Aus diesem Grund müsse mit dem Kampf gegen die Ausgrenzung jetzt erst richtig begonnen werden.

Beim Parteitag selbst waren Schönhuber und seine Herausforderer insgesamt bemüht, nicht den Eindruck einer völlig gespaltenen und zerstrittenen Partei zu machen. Schönhuber bekam für seine Rede reichlich Applaus, trat jedoch nicht zur Wiederwahl als Parteivorsitzender an. Im Wettrennen um diesen Posten siegte Rolf Schlierer vor dem von der CDU zu den REP gewechselten Rudolf Krause und dem bayerischen Landesvorsitzenden Wolfgang Hüttl. Zu StellvertreterInnen Schlierers wurden Krause, Ingeborg Seifert (Berlin) und Uschi Winkelsett (NRW) gewählt.

Bereits auf dem Parteitag, bei dem der Bundesschatzmeister zugeben mußte, die Abrufung von 3,7 Mio DM Wahlkampfkostenerstattung schlicht verpennt zu haben, zeigte sich ein Teil der REP-Mitglieder als Karrieristen. Etliche, die vorher noch Schönhuber zugejubelt hatten, hängten sich gleich nach dessen Wahl an Schlierers Rockschöße. Und nicht wenige der REP-Mitglieder mit Beamtenstatus hatten bei seiner Wahl aufgeatmet, müssen sie nun doch nicht mehr so schnell mit beamtenrechtlichen Maßnahmen rechnen.

Da es in vielen Landesverbänden zu Austritten kommen wird, ist die Zukunft der REP weiterhin ungewiß. Mit Sicherheit wird der DVU-Chef Frey in seinen Blättern die Schönhuber-Gegner - wie schon bisher - massiv attackieren[2]. Die *Junge Freiheit* hatte bereits im Vorfeld ihre Einschätzung verbreitet: „Ein Comeback Schönhubers wie vor zwei Jahren in Ruhstorf... wird es nicht mehr geben. Die Mehrheit der Partei will einen Schlußstrich unter die Ära Schönhuber ziehen. Viele sehen in Schlierer die letzte Chance für einen Neubeginn."[3] Und in derselben Ausgabe konnte Schlierer in einem langen Interview unter der Überschrift „Wir werden die Nationalliberalen sammeln" seine Positionen darstellen. Dieser Artikel wurde denn auch beim Parteitag verbreitet.

Nicht zufällig hat Schlierer im Gespräch mit der *Jungen Freiheit* den Begriff *Nationalliberal* benutzt und den Österreicher Jörg Haider als Vorbild genannt; den Begriff will er besetzen und damit aus der Ecke des ausgegrenzten Extremisten herauskommen. Zugleich versucht er damit ein Potential anzusprechen, was in und neben der FDP existiert. Mit dieser Ausrichtung sollen die REP nach dem Willen Schlierers zum kommenden Mehrheitsbeschaffer für reaktionäre Koalitionen werden. Es darf gewettet werden, wann sich die ersten CDUler zu Worte melden, die erneut über eine Zusammenarbeit mit den REP nachdenken.

Rechte Mehrheiten

Noch einmal konnte die regierende Ko-

alition aus CDU/CSU und FDP bei den Bundestagswahlen am 16. Oktober ihre parlamentarische Mehrheit behaupten. Dies gelang allerdings nur dadurch, daß aus dem Spektrum der CDU-WählerInnen etliche ihre Stimme der FDP gaben, um ihr über die 5%-Marke zu helfen. So kann denn der Wiedereinzug der FDP in den Bundestag nicht über die tiefe Krise hinwegtäuschen, in der sich die Partei befindet.

Nachdem die FDP bei den letzten Landtagswahlen etliche Stühle räumen mußte, verlor sie auch bei den in Nordrhein-Westfalen parallel zur Bundestagswahl stattfindenden Kommunalwahlen stark an Boden. 620 der bis dahin insgesamt 978 FDP-Ratsmitglieder konnten ihr Mandat nicht wieder erringen; die Zahl der FDP-Bezirksvertreter schrumpfte in den Großstädten von 114 auf ganze 26. In Dortmund beispielsweise gab es gerademal 2% der Stimmen für die FDP, und selbst in der Hochburg Münster konnte die 5%-Marke nicht überschritten werden. Besonders in der ehemaligen DDR verlassen darüberhinaus viele Mitglieder die Partei, alleine 12.000 in Thüringen zwischen April 1992 und März 1993.

Die Reihe der Niederlagen bei Europa- und Landtagswahlen und zuletzt auch Kommunalwahlen wiegt schwer, weil der Partei nicht nur direkte politische Gestaltungsmöglichkeiten genommen werden, sondern auch finanzielle Mittel, Chancen zur Darstellung der eigenen Ziele und Organisationsstrukturen schwinden. Besonders letztere sind schwer zu erneuern, wenn sie einmal zusammengebrochen sind; und die Attraktivität der Partei für Freiberufliche, kleine und mittlere Unternehmer hängt nicht zuletzt davon ab, ob ihnen auf kommunaler Ebene der Zugang zu öffentlichen Aufträgen möglich ist.

Immer lauter werden in dieser krisenhaften Situation die Stimmen, die eine Profilierung der Partei einfordern. Während verschiedene Gruppen in der FDP Parteichef Kinkel für das schlechte Abschneiden bei den Wahlen zumindest mitverantwortlich machen (u.a. auch der Landesverband Schleswig-Holstein) unterbleiben nach der (vorübergehenden) Kaltstellung Möllemanns und der deutlichen Verwarnung beim Sonderparteitag in Gera bis nach den Landtagswahlen in Hessen (Februar 1995) und Nordrhein-Westfalen (Mai 1995) weitere offene Angriffe.

Der nächste ordentliche Parteitag ist für Juni 1995 angesetzt worden. Dort soll auch die programmatische Debatte fortgesetzt werden. Bereits in Gera war zum wiederholten Male beklagt worden, daß die FDP sich bei den Koalitionsverhandlungen mit den Unionsparteien nicht habe durchsetzen können. Und wo die Partei sich auf die Rolle als schlichte Mehrheitsbeschafferin für die reaktionäre Politik von CDU/CSU beschränkt, wird sie auf eine Wiederholung des Leihstimmenprinzips nicht vertrauen können. Einer Umfrage des FORSA-Instituts ist zu entnehmen, daß 64% der Befragten meinten, die CDU/CSU habe sich in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Nur 5% wollten dies von der FDP sagen. Die übrigen 31% waren unentschlossen oder befanden gleiches Durchsetzungsvermögen.[4] Glaubt man zudem einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie so gingen im November 1994 51% der Befragten davon aus, daß die FDP weiter an Bedeutung verliert (Februar 1993: 27%); nur noch 7% sehen einen Bedeutungszuwachs (14%), und die Zahl derjenigen, die eine gleichbleibende Bedeutung vermuten, sank von 51% auf 32%.[5]

Stahlhelmer in der FDP

Am spektakulärsten machte bisher eine Gruppe Berliner FDPler von sich reden. Sie veröffentlichten im Oktober 1994 ihre *Berliner Positionen einer liberalen Erneuerung.* Dort heißt es einleitend: „Das glimpfliche Abschneiden bei den Bundestagswahlen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die F.D.P. in der schwersten Krise ihrer Geschichte befindet. Sie ist noch einmal gerettet worden, weil das Bürgertum sie als Mehrheitsbeschaffer für Kanzler Kohl gewählt hat.... Als linksliberale Partei wird die F.D.P. jedoch in Zukunft keine Chancen mehr haben. Die Grünen haben sich etabliert und haben die linksliberalen Wähler absorbiert. Sie sind gebunden. Auch als Funktionspartei hat die F.D.P. ihre Rolle verloren. Sie ist nicht mehr Zünglein an der Waage." Auf der Grundlage dieser Annahmen fordern die Autoren dann die Konzentration auf folgende Zielgruppe: „Das sind diejenigen Bürger, denen die Sicherung der Freiheit wichtiger ist als die Gleichheit, die das Prinzip der Freiheit und Selbstverantwortung über das Prinzip der Gleichheit und Abhängigkeit setzen. Es sind die Leistungsträger in allen Schichten der Bevölkerung..."



Neuer REP-Chef Schlierer

Programmatisch schlägt sich diese Orientierung in folgenden Positionen nieder:

- Der Abkehr von der Verteidigung individueller Freiheitsrechte müsse eine Stärkung des Staates, z.B. durch großen Lauschangriff und Einsatz von V-Leuten, folgen.
- Unter dem Schlagwort Bekenntnis zur Marktwirtschaft wird die steuerliche Entlastung der Besserverdienenden und eine schärfere Kontrolle bei der Vergabe von Wohngeld, BAFöG, Sozialhilfe usw. gefordert.
- Die Blockade neuer Technologien, z.B. bei der Nutzung der Gentechnologie, müsse aufgehoben werden.
- Eine weitere Ausdifferenzierung der Arbeitsbedingungen und Entlohnungsformen sei erforderlich.
- Zum Zwecke der Eliteförderung sollen die „leistungsfähigen und leistungswilligen Schüler" in gesonderten Klassen zusammengefaßt werden.
- Statt eines europäischen Bundesstaates sei ein Staatenbund („Europa der Vaterländer") zu schaffen.

- Feminismus und die Idee einer multikulturellen Gesellschaft seien an die Stelle der Idee vom Sozialismus getreten. Der Feminismus sei eine neue „Apartheid“, die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft sei abzulehnen.

Diese reaktionäre Kampfansage an demokratische und soziale Grundrechte wurde in Berlin unterzeichnet von Manfred Kittlaus (Leitender Polizeibeamter), Wolfgang Mleczkowski (Mitglied des Abgeordnetenhauses und Vorsitzender der FDP Spandau), Alexander von Stahl (Generalbundesanwalt a.D.), Dr. Rainer Zitelmann und Hans-Joachim Josewski (Bankdirektor).

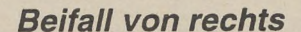
„*Vorerst* verwahrt sich die Bonner FDP-Führung gegen Vorstellungen, wie sie fünf Berliner FDP-Politiker um den ehemaligen Generalbundesanwalt von Stahl entwickelt haben. Die ‚Berliner Positionen einer liberalen Erneuerung‘ sind in der Sicht Kinkels ‚nicht geeignet für eine



Berliner Nationalliberale (v.l.n.r.): Zitelmann, Mleczkowski, Kittlaus, Stahl

Zukunftsgestaltung der FDP‘“, schreibt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in einer längeren Analyse.[6] Unterstützung für die Berliner Gruppe signalisierten öffentlich bisher der FDP-Fraktionsvorsitzende im baden-württembergischen Landtag, Walter Döring, der bildungs- und sozialpolitische Sprecher der FDP im hessischen Landtag, Heiner E. Kappel, sowie etliche Orts- und Bezirksverbände in Berlin, Bayern und Baden-Württemberg sowie Teile der Friedrich-Naumann-Stiftung. Eine positive Einstellung zu einem weiteren Rechtsschwenk der FDP signalisiert auch das rechte Kampfblatt *Die Welt* in mehreren Kommentaren nach dem Erscheinen des Berliner Papiers.[7]

Ohnehin sollten die Unterschiede innerhalb der FDP nicht zu hoch bewertet werden; von einem tatsächlich liberalen Flügel kann seit Anfang der 80er Jahre ohnehin nicht mehr die Rede sein. Ihn jetzt wieder aufzubauen, ist weder gewünscht noch kurzfristig möglich. Die Friedrich-Naumann-Stiftung tritt seit längerem für die Zerschlagung des Sozialstaats und eine Politik ein, bei der die Schwachen halt untergehen. Die neue Bundestagsfraktion wird noch konservativer auftreten als die Vorgängerin. „Da wurden in den vergangenen Wochen erzkonservative Ratschläge vorgetragen und heftig beklatscht“, sagt Michaela Blunk, die der neuen Fraktion nicht mehr angehört.[8] Auch die mit der CDU nun vereinbarte „Kinder-Staatszugehörigkeit“, die von Kinkel als Nonplusultra seiner „liberalen Handschrift“ vorgestellt wurde, ist nicht weit vom Stahl-Papier entfernt: statt eines Einbürgerungsgesetzes und der Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft können in Deutschland lebende ausländische Kinder zwar denselben Ausweis wie ihre deutschen MitschülerInnen erhalten. Dies jedoch nur, sofern ihre Eltern mindestens zehn Jahre in der BRD leben sowie Vater oder Mutter hier geboren sind. Vor Abschiebung, z.B. im Falle eines Gesetzesverstoßes seitens der Eltern, schützt dieses Papier freilich nicht. Und das Allensbacher *Institut für Demoskopie* behauptet: „Viele der Themen, die die FDP in den letzten Jahren in den Mittelpunkt ihrer Arbeit und Selbstdarstellung gerückt hat, haben nur eine geringe Bindekraft, sind kein spezifisches Anliegen ihrer potentiellen Wähler. Dazu gehören unter anderem die Verhinderung des großen Lauschangriffs, der Einsatz für eine Liberalisierung des Paragraphen 218, das Plädoyer für eine doppelte Staatsbürgerschaft oder die von der FDP verfochtene Position in der Drogenpolitik.“ Mit einer Abkehr von diesen Punkten sei zukünftig ein Erfolg der Partei wieder möglich: „Der potentielle Wählerkreis der FDP ist eine Elite und die Zukunftsfrage dieser Partei, ob sie den Ansprüchen dieser Elite gerecht wird.“[9] Die Nationalliberalen lassen grüßen.



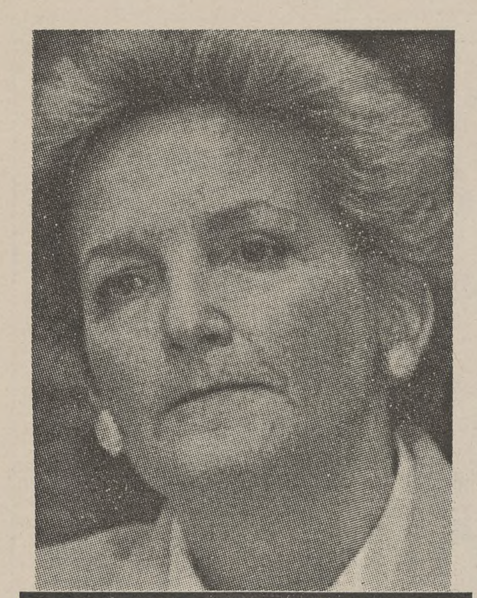
Beifall von rechts

Für diese Orientierung nach rechts gibt es - wenig überraschend - Beifall aus vielen Teilen des Spektrums rechts der CDU/CSU. Unter der Überschrift „Als linksliberale Partei ohne Chance“ fordert die neofaschistische Wochenzeitung *Junge Freiheit*: „Jetzt müssen die nationalliberalen Kräfte in ihren Reihen sichtbar werden und mutig rechtsliberale Pflöcke einschlagen...“ und verbindet dies zugleich mit einer antifeministischen und rassistischen Attacke: „Die mit furchterregenden Doppelnamen versehenen FDP-Damen, denen das Wohlergehen von Kriminellen wichtiger ist als der Unversehrtheitsanspruch des Durchschnittsbürgers und die das ‚Bleiberecht‘ der mit Heroin dealenden Kurden höher stellen als das Zusammenwachsen von west- und mitteldeutschen Landsleuten, stellen hingegen einen Ballast dar, der abgeworfen werden muß, bevor die rasende Talfahrt der Partei gestoppt werden kann.“[10]

Das *Ostpreußenblatt* druckte das Berliner Papier in vollständiger Länge ab[11]. Zugleich erinnerte Helmut Kamphausen an den „größten Bundestagswahlerfolg“ der FDP 1961 mit Erich Mende[12], und Peter Fischer resümierte: „Wie auch immer, die ‚Berliner Positionen der liberalen Erneuerung‘ dürften innerparteilich nur um den Preis des eigenen Untergangs mißachtet werden.“[13]

Vorbild Haider ?!

Die augenblickliche Situation der FDP ist nicht nur Ausdruck einer Krise der Organisation, sondern auch Spiegelbild einer Such- und Formierungsbewegung eines Potentials an Intellektuellen, die z.B. mit der herrschenden Europapolitik nicht einverstanden sind und stattdessen eine noch stärkere Betonung des Nationalstaates und „nationaler Interessen“ einfordern. Das um die Achse Berlin-Wien-(Prag-Budapest) gruppierte Mitteleuropa soll seine Vormachtstellung in Europa aus der Beherrschung des Balkan und Mittelosteuropas beziehen. Zur Erreichung ihres Ziel, dem Aufbau einer politischen Kraft rechts von CDU/CSU, die den Unionsparteien die parlamentarischen Mehrheiten sichert und nicht als „rechtsextrem“ ausgegrenzt



Carola von Braun (F.D.P.):"Alles was denen noch fehlt, ist so einer wie Haider. Dann marschieren die ..."

werden kann, versuchen sie mit ihrer nationalistischen und rassistischen Propaganda vor allem an die durch die herrschende Europapolitik entstandenen Befürchtungen vieler Menschen anzuknüpfen.

Ein Versuch zur organisatorischen Formierung dieses Potentials ist 1994 der *Bund freier Bürger* von Manfred Brunner gewesen, der ein knallhartes neoliberales Wirtschaftsprogramm mit neurechten Gesellschafts- und Politikentwürfen kombiniert hat. Nicht zufällig hatte sich Ex-FDPler Brunner beim Europawahlkampf der Unterstützung von Jörg Haider versichert; inhaltliche Übereinstimmung in wesentlichen politischen Fragen war gegeben, und den in rechten Kreisen guten Ruf des Österreichers galt es zu nutzen, um rasch bekannt zu werden.[14]

Daß der BfB aus der Sicht der Gründer bisher bei Wahlen schlecht abgeschnitten hat und in seiner gegenwärtigen Entwicklung als Organisation stagniert (Austritte z.B. in Schleswig-Holstein, Gründung eines Kreisverbandes in Stuttgart), bedeutet noch keineswegs ein Scheitern des dahinterstehenden Konzepts. Mit Blick auf die Krise der FDP schreibt BfB-Gründungsmitglied Karl-Peter Schlor: „Erst wenn die Union begriffen hat, daß sie wegen des Dahinsiechens der FDP einen neuen Koalitionspartner braucht, um an der Macht zu bleiben, wird sie statt Verurteilung des BFB zum ‚Ermittlungsstadium' zurückkehren und plötzlich zur ‚Einstellung des Verfahrens' kommen, um einen neuen Koalitionspartner präsentieren zu können."[15]

Auch einige der Autoren des Berliner Papiers, wie z.B. von Stahl und Riner Zitelmann, haben Kontakte zu Haider. Dieser hatte Mitte November in einem längeren Interview im *Rheinischen Merkur* zum Sturz der gegenwärtigen FDP-Parteispitze aufgerufen und einen programmatischen Rechtsschwenk gefordert: „Es fehlt aber in Deutschland eine politische Kraft rechts von der Mitte, die bundesweit existiert und die wichtige Aufgaben besorgt, so wie die FPÖ es in Österreich tut."[16]

Je weiter die FDP nach rechts rückt, desto weniger Chancen werden ein eigenständiges Modell a la BfB oder die Schlierer-REP haben; sollte eine deutliche nationalliberale Profilierung allerdings ausbleiben, dann könnte das bisher in der FDP organisierte Potential auch nach einer neuen Form suchen. Möglicherweise formiert sich so im kommenden Jahr ein neues rechtes Parteiprojekt, in dem der BfB, nationalliberale Teile der FDP, der jetzige Schlierer-Flügel der REP und weitere kleine Parteien und Gruppierungen, wie z.B. DSU und FBU[17], aufgehen.

Zusammenarbeit als Erfolgsrezept ?

Seit der Bürgerschaftswahl in Hamburg, bei der weder REP noch DVU über die 5%-Marke kamen, wirbt der DVU-Chef Gerhard Frey für die „Einheit der Rechten". Seit seinem Treffen mit dem REP-Chef werden in der *Deutschen Wochen-Zeitung* und der *Deutschen National-Zeitung* unter solchen Überschriften wie „Rechte: Stark durch Einheit", „rechte Einheit jetzt?" oder „Rechte Einheit als Zukunfts-Chance" Leserzuschriften veröffentlicht, die eine Kooperation von DVU und REP befürworten.

Die entsprechende Ausrichtung der DVU-Propaganda dürfte jedoch vor allem taktischer Natur sein; Frey hat die Zeichen der Zeit, die zum parlamentarischen Scheitern der REP geführt haben, früh erkannt, ist mit der DVU nicht mehr zu Wahlen angetreten und hat mit seiner „Rechte Einheit" vermeiden wollen, daß die Rückschläge der REP wegen fehlender Unterstützung auch ihm zur Last gelegt würden. Nun, wo die Krise der REP unübersehbar ausgebrochen ist, trachtet er danach, möglichst viele Mitglieder oder AnhängerInnen an die DVU zu binden. Eine echte Kooperation ist hingegen nicht vorgesehen: die Entscheidung zum Wahlantritt der DVU in Bremen im September 1995 ist ohne jede Verabredung mit den REP getroffen worden.

Während die DVU also trotz gewisser Vereinbarungen mit Schönhuber nicht in ein gemeinsames neofaschistisches Projekt aufgehen wird, beginnt in den Zeitschriften dieses Spektrums eine intensive Debatte über die politische Perspektive. So heißt es im Vorwort zu neuesten Ausgabe von *Nation + Europa* u.a.: „Wer und was künftig beim Neuaufbau einer ernstzunehmenden Rechten in der Bundesrepublik dabei sein will, wird sich an der Fähigkeit zum Kompromiß, zur Zusammenarbeit, zum Zurückstecken persönlicher Eitelkeiten messen lassen müssen."[18] Und Harald Neubauer, einstmals enger Mitarbeiter von Frey, später auch von Schönhuber, resümiert: „Die zur Neuformierung fähigen Kräfte sind vorhanden. Sie müssen nur zusammengeführt und gebündelt werden. Ohne Eitelkeit und Berührungsangst. Für mehrere oder auch nur zwei rechte Varianten reicht der Raum zum Überleben nicht. Eine Trennung nach Vergangenheiten und Mentalitäten, nach ‚bürgerlich' und ‚proletarisch', nach ‚radikal' und ‚extremistisch', nach Eintragungen in dubiosen Verfassungsschutzberichten und Zensuren in den Medien - eine solche Trennung liefe auf jenes ‚Trenne und herrsche' hinaus, das sich in den jüngsten Zerfallserscheinungen so wirkungsvoll offenbart hat."[19]

vf, 22.12.1994

[1] vgl. *Der Republkianer* 11/1994

[2] z.B. in den Artikeln „Schafft es Schönhuber doch noch?" (DNZ 42/1994); „Das Rep-Gemetzel geht weiter" (DNZ 43/1994)

[3] vgl. *Junge Freiheit* 46/1994 vom 11.11.1994

[4] vgl. *Die Woche* 46/1994 vom 11.11.1994, S. 5

[5] vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. November 1994, S. 5

[6] vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. November 1994, S. 1/2 (Hervorhebung von uns)

[7] vgl. *Die Welt* vom 28.10.1994 (Helmut Breuer), 29.10.1994 (Martina Fietz), und 31.10.1994 (Herbert Kremp)

[8] vgl. *Die Zeit* 44/1994 vom 28.10.1994, S. 5

[9] vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. November 1994, S. 5

[10] vgl. *Junge Freiheit* 45/1994, S. 2

[11] vgl. *Ostpreußenblatt* 45/94 vom 12.11.1994, S. 3

[12] Erich Mende wechselte 1970 von der FDP zur CDU. Er ist gelegentlich Autor im *Ostpreußenblatt* und gehört der *Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger* der Nazi-Wehrmacht an.

[13] vgl. *Ostpreußenblatt* 44/1994, S.1/2

[14] Im BfB finden zur Zeit heftige Diskussionen darüber statt, ob dies ein richtiges Vorgehen war oder zum schlechten Abschneiden der Partei bei den Wahlen beigetragen hat. Wegen der Nähe zu Haider sind inzwischen mehrere Vorstandsmitglied des BfB ausgetreten. Hierzu gehören auch die Professoren Starbatty und Schachtschneider.

[15] vgl. *Junge Freiheit* 45/1994, vom 4.11.1994

[16] vgl. *Rheinischer Merkur* 45/1994 vom 11.11.1994

[17] Zu einem Treffen von BfB, der *Freie Bürger-Union* des früheren CSU-Bundestagsabgeordneten Ortwin Lowack , der DSU und der REP-Abspaltung *Demokratische Erneuerung* war Mitte November nach Bad Kissingen eingeladen worden.

[18] vgl. *Nation & Europa* 11-12/1994, S. 4

[19] vgl. *Nation & Europa* 11-12/1994, S. 9/10

Veranstaltung

Nicht alle tragen Kapuzen...

Antifaschistische Aktivitäten bei den Landwirten im Mittleren Westen der USA

Antifaschistische Arbeit bei den Landwirten begann in den frühen 80er Jahren, als die bäuerlichen Familienbetriebe im mittleren Westen der USA durch die Agrarkrise radikalisiert wurden. Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Organisationen starteten eine abgestimmte Organisierungskampagne nach den ersten öffentlichen Protesten. Antifaschistische Arbeit war die Antwort auf diese Kampagne der extremen Rechten.

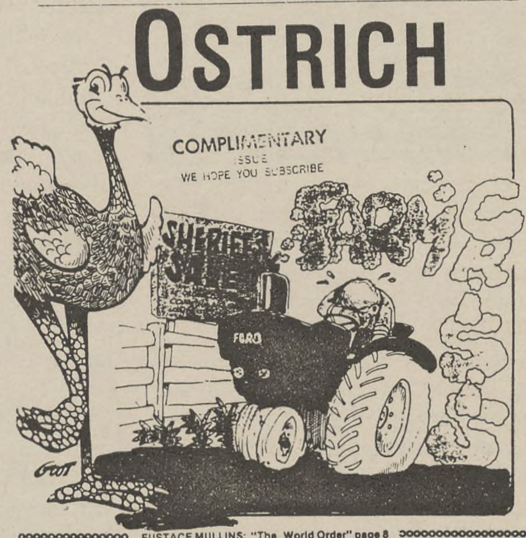
Multinationale Agrarkonzerne, die vom Anbau bis zur Vermarktung von landwirtschaftlichen Waren tätig sind - beherrschen die Frucht-, Gemüse- und Geflügelproduktion in den USA. Die meisten der WanderarbeiterInnen aus Mexico und der Karibik sind in diesem Sektor beschäftigt. Obwohl multinationale Konzerne sich immer mehr ausbreiten, produzieren die bäuerlichen Familienbetriebe noch immer den Großteil des Viehs, der Mastschweine und des Getreides. Im Vergleich zu europäischen Größenordnungen haben auch die Familienbetriebe große Höfe; Weizenbauern in Kansas zum Beispiel verfügen oft über mehr als 400 Hektar Anbaufläche.

Die bäuerlichen Familienbetriebe sind eingequetscht zwischen den hohen Kosten für Kredite, die sie zum Kauf von Saatgut, Dünger, Land und Maschinen benötigen, und den niedrigen Preisen, die sie für ihre Waren erzielen. Im Ergebnis wurden so Zehntausende in den Bankrott getrieben und mußten ihre Höfe verlassen. Eine weitere Konsequenz war das Veröden kleinerer Städte, die als Handelspunkte überlebt hatten.

Obwohl traditionelle faschistische Organisationen, wie z.B. der *Ku Klux Klan*, einige Appelle an die Landwirte richteten, waren die neuen Gruppen am erfolgreichsten, die ihre Botschaft auf die Landwirte und die Landbevölkerung zuschnitten. Zu diesen Organisationen gehörten die *Liberty Lobby* und zahlreiche kleinere Gruppen der *Christian Identity*. Sie machten für die Agrarkrise u.a. die „internationalen jüdischen Bankiers" verantwortlich.

Um die Rechten zu bekämpfen, entwickelten sich zwei verschiedene antifaschistische Richtungen. Eine Tendenz argumentierte, daß es die beste Methode im Kampf gegen die Rechten sei, organisiert für eine fortschrittliche Lösung der ökonomischen Krise zu kämpfen, indem eine Allianz mit anderen fortschrittlichen Bewegungen, insbesondere den Bewegungen der Schwarzen, gebildet würde. Die Kampagne, mit der 1984 und 1988 Jesse Jacksons Präsidentschaftskandidatur unterstützt wurde, war Teil dieser Strategie. Mit ihr sollten einzelne Landwirte, die durch die Krise radikalisiert wurden, dem rechten Flügel abgeworben und für fortschrittliche Bauernorganisationen gewonnen werden. Die Stärke dieser Vorgehensweise war die Betonung der Entwicklung von Landwirten zu progressiver, sogar revolutionärer Politik.

Eine zweite Strategie versuchte eine stärker auf Erziehung ausgerichtete Kampagne gegen Antisemitismus und Rassismus zu kombinieren mit dem Wachrütteln moderater kirchlicher und fortschrittlicher Vertretungsorgane der Landwirte. Dabei sollten dann Gewerkschaften, jüdische, schwarze und Bürgerrechtsorganisationen zur Unterstützung der bäuerlichen Interessen gewonnen werden. Im Laufe der Jahre sind diese beiden Straegien verschmolzen und bilden die Grundlage für eine dauerhafte Organisierung fortschrittlicher Landwirte. Roger Alison und das *Missouri Rural Crisis Center* waren die Schrittmacher auf diesem Gebiet.



Zeitschrift des rechtsextremen POSSE COMITATUS

They don´t all wear sheets...
Infoveranstaltung mit Leonard Zeskind, ehemaliger Forschungsdirektor des Center for Democratic Renewal (USA) und einem Vertreter der antifaschistischen Farmerbewegung
24.Februar 20 Uhr Pumpe, Haßstraße, Kiel

Wiking-Jugend verboten



Mit der Überreichung der Verbotsverfügung an *Wiking-Jugend*-Bundesführer Wolfgang Nahrathh und die stellvertretende Vorsitzende, die „Bundesmädelführerin" Susan Gestrich, am 10.11.1994 erlangte das Verbot der neofaschistischen Organisation Gültigkeit. Kurze Zeit später, ab 6 Uhr 15 wurden in zehn Bundesländern Wohnungen und Büros führender WJ-Aktivisten sowie ein Trainingslager durchsucht. Beschlagnahmt wurden einige Kampfmesser und andere Waffen, Adressenlisten, umfangreiches Propagandamaterial sowie Bankkonten der Organisation. Im Gegensatz zu anderen Verboten von Nazi-Organisationen in den letzten Jahren waren diesmal keine öffentlichen Spekulationen über ein Verbot im voraus verkündet worden. Allerdings meldet das internationale Informationsbulletin „Germany Alert", den Anführern der WJ sei 24 Stunden vor dem Verbot eine telefonische Warnung zugegangen. Daß bei den Durchsuchungen der Polizei keine größeren Mengen an Waffen und ähnliches in die Hände fielen, ist nicht sehr verwunderlich - obwohl sie eine militante Nazi-Gruppierung darstellt, diente sie im wesentlichen als Bindeglied zwischen den verschiedenen Teilen der militanten Nazi-Szene.

Bundesinnenminister Kanther begründete das Verbot damit, daß die WJ paramilitärische Ausbildung und Übungen für junge Menschen organisiere, mit Nazi-Ideologie trainiere und als Durchlauferhitzer der rechten Szene diene. Diese Erkenntnisse sind nicht neu: seit drei Jahrzehnten arbeiten AntifaschistInnen aus diesen Gründen gegen die Wiking-Jugend. Seit drei Jahrzehnten versuchen sie die Hetze dieser Organisation zu unterbinden, ihre Trainingslager zu verhindern - und sehr oft, z.B. bei den alljährlichen Pfingsttreffen der WJ im Niedersächsischen Hetendorf bei Celle, wurden sie dabei nicht nur von den Faschisten, sondern auch von der Polizei angegriffen. Wenn also heute der ultrarechte Innenminister Kanther sich mit einem WJ-Verbot profiliert, dann kommt dies durchaus überraschend.

Die WJ ist die älteste neofaschistische Jugendorganisation in der BRD. Ihr Ursprung liegt im Jahr 1952: aus der Reichsjugend, der Jugendorganisation der 1952 als NSDAP-Nachfolgeorganisation verbotenen *Sozialistischen Reichspartei* sowie aus Teilen der *Deutschen Unitarier Jugend* und des *Vaterländischen Jugendbundes* entsteht die *Wiking Jugend.* Erster Bundesführer ist der ehemalige Funktionär der *Hitler-Jugend* und Gründer der *Reichsjugend* Walter Matthäi. Dieser floh 1954 wegen NS-Kriegsverbrechen ins faschistische Spanien und gründete dort die *Juventud Vikinga*, eine der wichtigsten internationalen Schwesterorganisationen der WJ. In den achtziger Jahren tritt Matthäi als Vermittler zwischen den zerstrittenen Flügeln der Kühnen-Bewegung auf. Nach Matthäi übernahm der Familienclan Nahrath zunächst unter Führung Wolfgangs später unter der seines Sohnes Wolframs die WJ.

Jugendorganisation der NSDAP. Sie ist analog zur Hitlerjugend streng hierarchisch in Bund und Gaue, Horste, Fähnlein und Mädelringe gegliedert. Für die Mitglieder gilt eine „Bekleidungsempfehlung" als Alternative zum seit 1962 verbotenen Uniformzwang. Wie die alten NSDAP-Kader organisierte sie sich schnell international: nach dem selben Prinzip aufgebaute Schwesterorganisationen finden sich bis heute neben der *Juventud Vikinga* in Spanien, in den Niederlanden, Frankreich, Großbritanien, Norwegen, Australien, Neuseeland und der Schweiz. Folgerichtig gab es auch von Anfang an eine intensive Beziehung zu Altnazis - insbesondere den SS- Kameradschaftsverbänden der *HIAG-Waffen-SS* (Hilfsorganisation auf Gegenseitigkeit), dem *Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes* sowie dem *Verband der Soldaten.* Diese Beziehungen wurden vor allem unter Federführung von Wolfgang Nahrath vertieft.

Auch inhaltlich setzt die *Wiking-Jugend* die Arbeit der *Hitlerjugend* fort. Eingetragener Vereinsname ist „Wiking-Jugend, volkstreue nordländische Jugendbewegung Deutschland e.V.", „Das Symbol der Wiking-Jugend der aus der Sonne aufsteigende Adler. Daneben trägt die Wiking-Jugend als Symbol der Einordnung die Odalrune." (Alle Zitate Bundessatzung). Mitglieder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr müssen sich der „Wiking-Probe" unterwerfen, die neben abenteuerspielerischer „Mutprobe" und „Wochenendfahrt" die „Kenntnis der Nationalhymne, ... des Fahnenliedes der Wiking-Jugend ... Kenntnis der gewaltsam abgetrennten Teile des Deutschen Reiches ..." beinhaltet. Dem „Leitwort" steht, entsprechend der SS-Losung „Unsere Ehre heißt Treue" der Spruch „Auf der Treue steht die Ehre - Aus Treue und Ehre wächst Vertrauen" voran. Im „Leitwort" wird die Verpflichtung zum „Volkstums- und Reichsgedanken", zur „Lebensgemeinschaft auf völkischer Grundlage", zu „Kameradschaft und Soldatentum" zu „gesundem politischen Denken" beschworen.

Auch ohne weiter Ausführungen (in ihrer Zeitung „Wikinger" wird noch viel deutlicher gesagt, wessen Geistes Kind man ist) kann gesagt werden: die Wiking-Jugend verstand sich von Anfang an als Nachfolgeorganisation der Hitler-Jugend, sie verbreitete völkisch-rassistische Ideologie, Herrenrasse-Gedanke und offenen Antisemitismus. Durch ihre paramilitärische Organisation und Praxis entwickelte sie zielgerichtet einen militanten Charakter.

Mit ihren 1992 600 Mitgliedern war die WJ mehr als die größte Nazi-Jugendorganisation der BRD. Zehntausende von Jugendlichen sind durch ihre Trainingslager gegangen. Praktisch jede/r der heuti-


17. September 1994, NPD-Kundgebung in Bonn
v.l.n.r.: Uwe Rohwer, Michael Petri (Deutsche Nationalisten), Kai Dalek (FAP)

gen Nazi-Kader aus der bisherigen BRD, hat irgendwann einmal zur Wiking-Jugend Verbindungen gehabt, und ehemalige Mitglieder der WJ finden sich in jedem Teil der heutigen Nazi-Szene. Neben ehemaligen Mitgliedern, die in der NPD, der DVU, den *Republikanern* oder der *Deutschen Liga* einen Platz gefunden haben, finden und fanden sich sehr viele „Wikinger“ in terroristischen Nazi-Gruppen wieder. Uwe Rohwer - damals Gauführer Nordmark - trainierte Ende der siebziger Jahre zusammen mit der *Aktionsfront Nationale Aktivisten* Michael Kühnens auf seinem „Wiking-Hof“ in Dörpstedt (Schleswig-Holstein). Nach Überfällen auf Niederländische Soldaten, bei denen Waffen erbeutet wurden, und anderen Taten geht Rohwer neun Jahre hinter Gitter. Nach seiner Entlassung übernahm er wieder seine Position als Gauführer. Der ehemalige „Gauführer Schwaben“ der WJ, Ottfried Hepp, Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann, wurde 1987 wegen versuchten Mordes, Sprengstoffanschlägen und anderem zu über zehn Jahren Knast verurteilt. Bei dem WJ- und FAP-Mitglied Bernd Kostrach wird 1984 ein Liter hochbrisanter, professionell hergestellter Flüssigsprengstoff beschlagnahmt.

Seit 1992 geriet die WJ in verstärktem Maße in den Blick der Öffentlichkeit. 1992 nahmen uniformierte WJ-Mitglieder in militärischem Aufzug zum wiederholten Male an einem Aufzug zum „Heldengedenken“ am Volkstrauertag, diesmal im brandenburgischen Halbe, teil. Die Halbe-Demonstration geriet deshalb ins Schlaglicht der Presse, weil der Marsch, an dem neben der WJ auch fast das gesamte übrige militante Nazi-Spektrum (FAP, NF, etc.) teilnahm, in direktem Anschluß an ein Bundeswehr-Heldengedenken stattfand. Die Bundeswehr hatte offensichtlich keinerlei bedenken gegen die traute Einheit. AntifaschistInnen und Journalisten hatten allerdings das ganze Geschehen sorgfältig dokumentiert. Zuletzt gab die WJ zu Pfingsten 1994 einen Auftritt, der erneut Rufe nach einem Verbot laut werden ließ und - zumindest nach offizieller Begründung - das Faß zum Überlaufen brachte. Bei ihrem traditionellen Pfingstlager in Hetendorf marschierte die WJ unter Polizeischutz und griff massiv die anwesenden Journalisten an.

Insgesamt bleibt festzustellen, daß seit Gründung der WJ mehr als genug Verbotsgründe vorlagen.

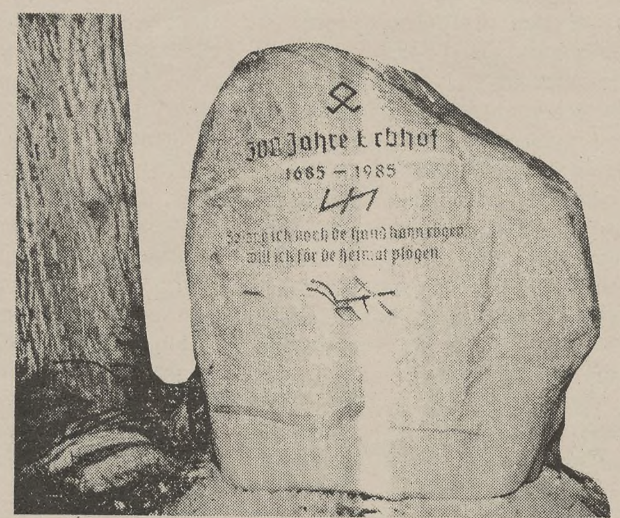
Die WJ ist heute, nach über dreißigjährigem Bestehen, dermaßen mit dem gesamten Nazi-Spektrum verwachsen und verwoben, daß es überhaupt fraglich ist, ob ein Verbot tatsächlich viel verändern wird. So mag das Verbot ausreichen, die formalen Organisationsstrukturen zu zerschlagen, die Verbindungen und Aktivitäten werden aber höchstwahrscheinlich auch so weitergepflegt und ausgebaut werden. Dementsprechend war es auch keine Überraschung, daß Mitte Dezember die Wiking Jugend neben ihrem *Odal-Kalender 1995* auch Einladungen zum Winterlager verschickte. Diesmal kam die Post aus Belgien. vom dortigen WJ-Ableger *Viking Jeugd Nederland.*

Fantomas

WJ-Verbot in Schleswig-Holstein

Nachdem die lange in Wattenbek (S-H) ansässige WJ-Beschaffungsstelle mit Jan Knust ins bayerische Veitshöchheim (bei Würzburg) abgewandert ist, traf die im Zusammenhang mit dem WJ-Verbot durchgeführte Hausdurchsuchung nur den Lübecker WJ-Aktivisten Reinhard Leichert. Der 52-jährige arbeitet seit mehreren Jahren beim Lübecker Amt für Denkmalpflege; auf diese Weise hatte er auch Zugang zur denkmalgeschützten Lübecker Synagoge, auf die im März 1994 ein Brandanschlag verübt worden war.

Sein Anwesen in Lübeck-Steinrade nutzte Leichert in den vergangenen Jahren mehrfach zur Durchführung von kleineren Zeltlagern. Dabei wurden neben Waldwanderungen auch wehrsportliche Übungen durchgeführt. Im Hof des Gehöfts steht unter anderem ein militärfarbener BW-Kübelwagen, ein weiteres Auto trägt einen DVU-Aufkleber am Heck. Ob Leichert auch Mitglied dieser neofaschistischen Organisation ist, muß zur Zeit offen bleiben.



Findling mit Odalsrune und verbotener Wolfsangel auf dem Anwesen von Reinhard Leichert

Herr beißt Hund

Saatliche Repression gegen Faschisten

Verbot, Verbot, Verbot; es scheint als habe der bundesdeutsche Staatsapparat die Nazis entdeckt. Seit zwei Jahren wird verboten, verhindert, verurteilt. Diesen Eindruck jedenfalls könnten die hektischen Aktivitäten des Bundesinnenministers in den letzten zwei Jahren erwecken. Verboten wurden - mit oder ohne vernünftige Rechtsgrundlage - nach dem Vereinsgesetz, die Nationalistische Front (NF), die Deutsche Alternative (DA), die Nationale Offensive (NO), der Deutsche Kameradschaftsbund (DKB), der Nationale Block (NB), die Heimattreue Vereinigung Deutschland (HVD) und vor ein paar Wochen die Wiking Jugend (WJ). Ein Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht wurde gegen die FAP gestellt - mit einem Verbot ist in den nächsten zwei Jahren zu rechnen. Christian Worch (NL-Hamburg) und Ewald Althans, und andere wurden zu Gefängnis verurteilt. Man versucht harte Entschlossenheit zu signalisieren,. Was zu weit geht, geht zu weit - bis hierher und nicht weiter! Das scheint die Botschaft zu sein, die aus den Urteilen deutscher Gerichte und den Statements deutscher Politiker in die Welt hinaus schallt. Abgesehen davon, daß es eines Höchstmaßes an Zynismus bedarf, um Ende 1994 ein lautes „Es reicht, nun nicht mehr weiter!" in die Welt hinauszurufen, nachdem mehr als mehr als fünf Wohnhäuser von Deutschen Neonazis in Krematorien verwandelt wurden und etliche Menschen tot auf der Straße liegen blieben, muß man schon zu verstehen suchen, woher diese plötzliche Entschlossenheit kommt. Denn, auch wenn klar sein muß, daß die erfolgten Verbote, öffentlich vorangekündigt, wochenlang zu erwarten und im übrigen kaum auf das Privateigentum der Organisationskader ausgedehnt, nur eine mimimale Wirkung zeigen können - das erreichte Maß an Repression gegen neonationalsozialistische Gruppen ist so hoch wie nie zuvor.

Was ist geschehen?

Bis vor wenigen Jahren mußten Nazi Gruppen schon mindestens wild in der Gegend herumballern oder Serien von Überfällen begehen, damit die staatlichen Behörden überhaupt Kenntnis von Ihnen zeigten. Und selbst dann wurde mit größter Entschlossenheit darauf beharrt, es handle sich nur um einige Einzeltäter. Ob schwer bewaffnete Gruppen wie die Wehrsportgruppe Hoffmann, die Terrorgruppe von Manfred Roeder, die schon Anfang der achtziger Jahre Flüchtlingslager anzündete und dabei Menschen umbrachte, oder andere Nazi-Vereinigungen: Samthandschuhe waren das mindeste, was bei der Behandlung dieser Verbrecher angezogen wurde. Allerdings hatten diese Gruppen auch eine konkrete Funktion innerhalb eines Staates, der sich im Focus des Ost-West-Konfliktes befand. Aggressiver Antikommunismus gepaart mit einer gehörigen Portion völkischem Nationalismus - das verband Ende der siebziger, Anfang der achziger Jahre die Vertreter konservativen und reaktionären Denkens mit den offen faschistisch agierenden Gruppen. (Die Wurzeln dieser Allianz sind allerdings nicht alleine in der "geistig-moralischen Wende" zu sehen, die die CDU/CSU zu dieser Zeit anpeilte und durch ihre Regierungsübernahme auch umsetzen konnte.) Die Wahlsiege der Republikaner in Berlin und der DVU-Liste D (damals ein Wahlbündnis der DVU mit der NPD) in Bremen Ende der achziger Jahre, die einigermaßen unerwartet kamen, obwohl deren Programmatik seit Jahren in den Feuilletons bürgerlicher Zeitungen nachzulesen waren, verschoben allerdings die Situation. Die Volksparteien herkömmlichen Schnittmusters sahen sich in Zugzwang, sich von denjenigen abzugrenzen, deren Programme sie teilweise zu übernehmen gedachten. Die Lösung des Problems gelang leicht: unter dem Vorwand „rechtsextremistische" Parteien auszugrenzen, dabei jedoch die „Protestwähler" in ihren „Ängsten und Nöten" ernst zu nehmen, wurde rassistisch-nationalistische Politik in einem vorher nicht zu erwartenden Tempo durchsetzbar.

Im Klartext: faschistische Wahlerfolge, und - einhergehend mit der Annexion der DDR - ganze Serien von Brandanschlägen, pogromartigen Angriffen und Attacken dienten den Regierungsparteien sowie der in diesen Fragen keineswegs oppositionellen SPD dazu, die Abschaffung des Rechts auf Asyl, die Abschottung Deutschlands/Europas sowie die Entwicklung aggressiver deutscher Außenpolitik zu rechtfertigen. Letzteres, die Entwicklung einer bundesdeutschen Politik im Großraum Europa, die ganz den Interessen der bundesdeutschen Wirtschaft entspricht, ohne kleinliche Rücksichtnahmen auf historische „Empfindlichkeiten" der Nachbarländer (eigene scheinen schon lange nicht mehr vorhanden), als ein Staat unter vielen, scheint ohnehin in den Jahren nach der „Wiedervereinigung" erstmals seit 1945, in greifbare Nähe gerückt zu sein. Einhergehend mit den rasanten Erfolgen, die die Volksparteien auf diese Weise bei der inneren Umgestaltung der BRD verbuchen konnten, wurde allerdings das äußere Erscheinungsbild Deutschlands getrübt. Nunmehr entstand die Gefahr, sich dadurch die Erreichung außenpolitischer Ziele zu erschweren. Ein Deutschland in dem, ähnlich wie vor zwei Jahren in Fulda, tausende von offen auftretenden Nationalsozialisten durch die Straßen marschieren, kann nicht so ohne weiteres die politische Führung Europas übernehmen, kann, jedenfalls heute noch, nur mit schwerwiegenden Reputationsverlusten serbische Stellungen bombardieren, wird sich schwer tun den wirtschaftlichen bzw. territorialen Anschluß des „deutschstämmig besiedelten" Königsbergs zu realisieren. Die Losung der Stunde heißt deshalb: „Den Schaden, den das deutsche Ansehen im Ausland genommen hat" (Kinkel) zu beheben. „Solingen, es reicht!" (so die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein , Simonis , anläßlich der Demonstration nach den Morden von Solingen) bedeutet also tatsächlich das was es aussagt: „es reicht, mehr ist zuviel des Guten, ab jetzt gibts auf die Pfoten" (daß auch dieses „auf die Pfoten" einer gewissen Übung bedarf, sieht man unter anderem am Hick-Hack um das Deckert-Urteil). Es steht also fest: den offen neonationalsozialistisch auftretenden Gruppen wird ein kräftiges Lüftchen um die Nase wehen. Einige werden dabei auf der Strecke bleiben, andere hörbar verstummen und die Zeit der Besinnung dazu nutzen, klandestine Kleingruppen aufzubauen, wieder andere werden versuchen, eine Partei rechts der CDU, die dieser als Mehrheitsbeschaffer dienen kann, ohne dabei den Geruch verbrannten Menschenfleisches zu verströmen, aufzubauen (noch ganz andere versuchen dies in der „Mitte" des Parteienspektrums). Sie werden sich dabei vieleicht eine tüchtige Erkältung holen, weggefegt, dessen können wir sicher sein, werden sie nicht. Ihre Zukunft werden auf jeden Fall diejenigen behalten, die sich bislang schon im Schatten der Volksparteien, in der Braunzone am Rande der Macht, bewegt haben. Die revisionistischen und revanchistischen Gruppen am äußersten rechten Rand der Republik werden sich auch bei diesem Sturm im Wasserglas nicht einmal einen Schnupfen holen. *fantomas / sol*

Christian Worch zu 2 Jahren Haft verurteilt

Mitte Oktober begann vor der 23. Staatsschutzkammer am Landgericht Frankfurt ein Prozeß gegen den Führer der Nationalen Liste, Christian Worch. Ihm wurde vorgeworfen, seit 1986 die durch Beschluß des damaligen Innenministers Zimmermann verbotene „Aktionsfront Nationaler Sozialisten - Nationale Aktivisten" (ANS/NA) als „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) fortgeführt zu haben.

In der Tat gehört Worch mit der in Hamburg ansässigen Nationalen Liste zu den Anführern der bundesdeutschen Nazi-Szene. Bereits seit Mitte der 70er Jahre war der Notargehilfe in den Nazi-Kreisen um Michael Kühnen aktiv; dort galt er eher als „Ideologe" und weniger als „Schläger". Unter seiner Leitung wurde in der ehemaligen DDR eine neonazistische Infrastruktur aufgebaut; bei den jährlichen „Rudolf Heß-Gedenkmärschen" spielt Worch eine ebenso führende Rolle wie bei der Organisierung der Anti-Antifa. Zu dieser Hetz- und Terrorkampagne gegen AntifaschistInnen hatte die Zeitung der Nationalen Liste, der INDEX, im Sommer 1992 einen programmatischen Aufruf verbreitet und Adressen von linken Treffs, alternativen Begegnungsstätten und antifaschistischen Initiativen aufgelistet. Zuletzt rief


Neonazi-Worch

die NL bei den Bundestagswahlen aus taktischen Gründen zur Wahl der REP auf.

In Frankfurt sollte ursprünglich auch gegen die Neonazis Thomas Brehl und Edgar Schultheiß verhandelt werden; beide - und damit auch der Nazi-Anwalt Rieger - sind inzwischen jedoch aus dem Verfahren raus, so daß Worch seine Verteidigung selbst übernahm. Mit abwegigen Beweisanträgen und Dauerreden versuchte er zwar, den Prozeß in die Länge zu ziehen und zum Platzen zu bringen. Ende November wurde er jedoch wegen Fortführung der verbotenen ANS/NA zu zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt. Die Staatsanwaltschaft, die dreieinhalb Jahre gefordert hatte, legte ebenso wie der Neonazi Revision ein.

Parallel zum Verfahren in Frankfurt stand Worch auch in Hamburg vor Gericht. Dort ging es um den Verstoß gegen Bewährungsauflagen: Im Anschluß an die Verbüßung einer Haftstrafe von 1980 wurde für Christian Worch 1983 Führungsaufsicht angeordnet, d.h. die regelmäßige persönliche Meldung bei einer Behörde. Dem kam er nicht nach, so daß 1984 Anklage erhoben wurde. Seitdem geht das Verfahren durch verschiedene Instanzen. Nun wurde erneut vor dem Hamburger Landgericht verhandelt. Worch, der von Nazi-Anwalt Rieger verteidigt wurde, versuchte, das Strafverfahren als politischen Prozeß darzustellen und konnte dafür den Beifall der im Gerichtssaal anwesenden Alt- und Neonazis einheimsen. Angesichts einer vom Gericht durchgeführten Vermögensschätzung in Höhe von 1,6 Mio. DM und einer denkbaren Höchststrafe von 12 Monaten sowie einem Dutzend Verstößen gegen die Führungsaufsicht nimmt sich die schließlich vom Gericht verhängte Geldstrafe in Höhe von 7.500.- DM lächerlich aus. Die wird Worch aus der Portokasse bezahlen können.

Neonazi Ewald Althans zu achtzehn Monaten Haft verurteilt

Seit Anfang November mußte sich der Münchner Faschist Ewald Bela Althans vor dem dortigen Landgericht wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Verwendung von Kennzeichen verbotener Organisationen und Aufstachelung zum Rassenhaß verantworten. Laut Anklage hielt Althans von Mitte 1988 bis September 1991 „Schriftenmaterial und Videokassetten, deren Inhalt vor allem aus nationalsozialistischem Gedankengut besteht und auf Schulung und Umerziehung abzielt, vorrätig und stellte diese Propagandamittel mit Hilfe seiner technischen Anlagen zum Teil selbst her". Zentrales Thema dieses Materials, bei dessen Verbreitung er auf eine mehrere tausend Personen umfassende Adressenkartei zurückgreifen kann, war die Leugnung der systematischen Vernichtung der europäischen Juden durch die Nazis.

Massive finanzielle und logistische Unterstützung bekam er dabei von dem in Kanada lebenden Neonazi Ernst Zündel, als dessen „Arm in Deutschland" er das von ihm geleitete „Deutsche Jugendbildungswerk" bezeichnete. In München selbst betrieb Althans mehrere Jahre lang das „Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit" (AVÖ), dessen Büro im Herbst 1992 wegen finanzieller und organisatorischer Probleme weitgehend eingestellt wurde. Der Versuch eines Nachfolgeprojektes in Form eines Nazi-Buchladens scheiterte schließlich an behördlichen Auflagen.

Im Prozeß leugnet der Faschist nicht, sich als Auschwitz-Leugner betätigt zu haben. Dreist behauptet er allerdings, die von ihm verbreiteten neonazistischen Videofilme enthielten „grundsätzliches Wissen" zur Aufklärung der Bevölkerung. Titel wie „Hitler kommt", „Vergasungsöfen?!" oder „40 Jahre nur belogen" konnte er jahrelang ungestört und gewinnbringend verkaufen; erst nach den Schlagzeilen um den Film „Beruf: Neonazi" wurde er nun vor Gericht zur Rechenschaft gezogen.

Im Prozeß stellte sich Althans als Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse dar, die ihm eine andere Entwicklung gar nicht erlaubt hätten. Ausgiebig werden im Gerichtssaal Nazi-Hetzfilme vorgeführt; Althans - in Nazi-Kreisen inzwischen als Ewald Prahlhans verschrien - konnte dort Lügen und Geschmacklosigkeiten verbreiten. Seit dem 9. November saß er in Untersuchungshaft, weil aufgrund eines weiteren Verfahrens in Berlin wegen Volksverhetzung und Verbreitung von Nazi-Schriften Fluchtgefahr bestand.

Der Prozeß endete mit einer achtzehnmonatigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Der Staatsanwalt hatte vierundzwanzig Monate Haft gefordert. Allerdings wurde Althans positiv zugute gehalten er habe „teilweise Schuldeinsicht" gezeigt, und im übrigen auch nicht zu Gewalt aufgerufen.

Meldungen

Antisemitisches vom Mieterverein - Bubis über Brief befremdet

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, hat dem Münchner Mieterverein „subtilen Antisemitismus" vorgeworfen. Er bezog sich dabei auf ein Schreiben des Vereinsvorsitzenden Kurt Mühlhäuser (SPD), der Bubis gebeten hatte, auf die Kreditgewährung an einen jüdischen Immobilienbesitzer bei Banken einzuwirken, „die maßgeblich von Juden beeinflußt sind". Der Immobilienbesitzer soll in München Wuchermieten eintreiben und Umwandlungsspekulationen betreiben.Bubis reagierte auf diesen Wunsch mit Befremden.

In einem Schreiben teilte er Mühlhäuser mit, der Zentralrat der Juden mische sich genau so wenig in die Geschäfte von jüdischen Bürgern ein, wie es etwa das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken bei katholischen Bürgern tue. Sollte der Immobilienbesitzer ungesetzlich gehandelt haben, solle der Mieterbund Anzeige erstatten ohne Rücksicht darauf, ob der Unternehmer Jude, Moslem, katholischer oder evangelischer Christ sei.

Mühlhäuser wies den Vorwurf des Antisemitismus zurück. Man habe Bubis lediglich um Hilfe gegen den Wohnungsbesitzer gebeten. Wäre der Mann ein „deutscher Staatsbürger", dann hätte der Verband dessen üble Geschäfte längst in der Öffentlichkeit angeprangert. Da er aber Jude sei, würde „eine öffentliche Anprangerung seines Geschäftsgebahrens die leider zunehmenden antisemitischen Stimmungen verstärken." (AJW 22/1994 vom 3.11.1994)

Rassistischer Ex-Boxer

Weil er den rassistischen Kneipensprüchen eines 52-jährigen Ex-Boxers widersprach, verlor ein Kieler Bankkaufmann Ende September 1994 drei Zähne. Jener hatte im Lokal eines türkischen Gastwirts diesen nicht nur als „Kanaken" beschimpft, sondern sich auch darüber ausgelassen, daß im Stadtteil Gaarden die Kneipen jetzt alle in „türkischer Hand" seien: „Das hat es früher in Gaarden nicht gegeben, für so etwas hatte man früher ein KZ." Der Bankkaufmann war dann von dem Rassisten angegriffen worden. Der Schläger, ein Kieler Kupferschmied, wurde Anfang Dezember vom Kieler Amtsgericht wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 2000 Mark verurteilt.

Bewährungsstrafe für Rechten Skinhead

Wegen Beihilfe zur „versuchten" schweren Brandstiftung und gemeinschädlicher Sachbeschädigung wurde im September ein 24jähriger Mann vom Rendsburger Schöffengericht mit zwei Jahren Haft auf Bewährung belohnt. Wie wir bereits berichteten (Atze Nr.21), hatten in der Nacht vom 10. auf den 11. Oktober 1992 ca. 30 bis 40 Naziskins einen Brandanschlag auf eine Obdachlosenunterkunft in Borgstedt bei Rendsburg verübt. Per Zufall wurde bei dem Anschlag auf die Reetdachkate niemand verletzt; „lediglich" zwei der insgesamt ca. 20 Brandbomben trafen das Dach des Hauses. Das Feuer konnte von den BewohnerInnen schnell gelöscht und 18 Täter noch in der selben Nacht festgenommen werden. Im Dezember 1993 wurden dann neun der 16 bis 25 jährigen Täter, die alle der rechtsextremen Szene angehören, von der Jugendkammer des Kieler Landgerichtes zu Haftstrafen von bis zu 3 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Die meisten Haftstrafen wurden allerdings aufgrund des Alters der Angeklagten bzw. wegen deren angeblichen Reuebekundungen vor Gericht zur Bewährung ausgesetzt. Im vergangenen September wurde nun ein weiterer Angeklagter zu zwei Jahren Haft - selbstverständlich auf Bewährung - verurteilt. In seiner Wohnung hatten sich an jenem Abend im Oktober 1992 rund ein Dutzend Neonazis versammelt, um naziliedergröhlenderweise die Molotowcocktails für den Anschlag zu basteln. Das Gericht konnte dem 24jährigen allerdings keine konkrete Beteiligung (wieviel konkreter muß so etwas eigentlich noch sein ???) an dem Brandanschlag nachweisen, bei dem es nur zufällig keine Toten gegeben hatte.

Obwohl der mehrfach vorbestrafte Skinhead zur Tatzeit bereits unter Bewährung stand, wurden ihm vom Gericht seine Ach-so-schwere Jugend (als „Heimzögling") sowie seine Alkoholprobleme zu Gute gehalten. Daß seine Betreuer und Ausbilder ihm im Zeugenstand „seit Jahresbeginn einen großen Sprung nach vorne" attestierten, bewertete der Richter als Erfolg des „Konzeptes (welches ? d. Verf.), einzelne aus der Rechtsradikalen- Szene zu isolieren." Des weiteren müsse „die Gesellschaft ein gewisses Risiko eingehen." Was dieses „gewisse Risiko" jedoch bedeuten kann, dürfte hinreichend bekannt sein....!

Schon gehört?



Fast genau drei Jahre war **Peter-Michael Jensen** aus Itzehoe als REP-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein tätig. Auf diesen Posten war er beim Parteitag am 10. November 1991 in Husum gewählt worden; 1992 war er in dieser Funktion dann auch im Bundesvorstand vertreten. Nun ist er im Zusammenhang mit den Kämpfen um die Vorherrschaft bei den REP ausgetreten. Die REP sind im Norden jetzt wieder über ein Postfach in Kiel zu erreichen.



Am 14. März 1994 lieferten sich nahe Pretoria (Südafrika) drei Faschisten aus Deutschland ein wildes Feuergefecht mit der südafrikanischen Polizei. **Thomas Kunst** aus Itzehoe wurde dabei erschossen, der Hamburger Stephan Rays kurz darauf verhaftet. Mit dem Anführer, dem 57jährigen Horst Klenz, wurde schließlich auf einer in der Nähe gelegenen Farm auch **Alexander Neidlein** verhaftet. Bereits vorher hatte er als Nazi-Söldner in Kroatien gekämpft. Am 30. Dezember 1993 beraubte er in Lübeck eine Post und erbeutete dabei 8.500 DM. Dafür wurde er Anfang November vom Jugendschöffengericht Lübeck zu zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt.



Aus dem schleswig-holsteinischen Reinfeld kommt die Nazi-Skin-Kapelle *Freikorps*. In der neuesten Ausgabe der vom ehemaligen (?) FAP-Mitglied Andreas Zehnsdorf herausgegebenen Musikzeitung *Moderne Zeiten* geben sie ein umfangreiches Interview. Darin bedauern sie unter anderem, wegen einer drohenden Strafverfolgung ihre Texte nicht offen faschistischer bzw. gewalttätiger machen zu können.



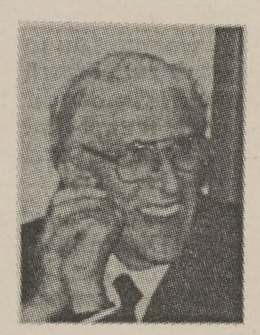
Die Anfang Dezember in Flensburg zu Ende gegangenen Anne-Frank-Wochen wurden auch von der *Deutschen Bank* und dem CDU-Bundestagsabgeordneten **Wolfgang Börnsen** unterstützt. Beide spendeten jeweils großzügig 50.- DM. Gegen diese Unterstützung hat sich nun ein Teil der an der umfangreichen Veranstaltungsreihe beteiligten Gruppen gewandt. In einem Flugblatt verdeutlichen sie die umfangreiche Zusammenarbeit der *Deutschen Bank* mit den Nazis und erinnern daran, daß Börnsen im Bundestag nicht nur für die Abschaffung des Asylrechts gestimmt hat, sondern bereits 1974 in der Käte-Lassen-Schule für die Freilassung des Kriegsverbrechers Rudolf Heß Werbung machte.



Erstmals wurde die letzte der ursprünglich sechs DVU- Landtagsabgeordneten, **Renate Köhler**, im November aus dem Landtag gewiesen. Zu diesem längst überfälligen Schritt kam es, nachdem sie in der Debatte um das *Institut für Zeit- und Regionalgeschichte* u.a. ausgeführt hatte: „Warum bleibt unerwähnt, daß die totalitären Weltanschauungen dieses Jahrhunderts aus der Sozialdemokratie entstanden sind?... Mussolini war ursprünglich Sozialdemokrat, ebenso wie Lenin und Stalin. Ulbricht, Pieck und Grotewohl, die das rotfaschistische SED-Terrorsystem aufbauten, waren ursprünglich Sozialdemokraten."



Dem Kieler Aktivisten der revanchistischen *Landsmannschaft der Ostpreußen*, **Horst Mertineit**, wurde im Oktober die goldene Ehrennadel des Bismarckbundes verliehen. Mertineit ist seit 1982 als 1. Vorsitzender der sog. *Stadtgemeinschaft Tilsit* (russ. Name: Sowjetsk) tätig und organisierte in dieser Eigenschaft bisher sechs große Revanchistentreffen in Kiel. In seiner Dankesrede forderte er dazu auf, der Stadt ihren deutschen Namen zurückzugeben und betonte erneut die Ansprüche auf das russische Gebiet: „Dies Land ist deutsch!"



Schon gehört?

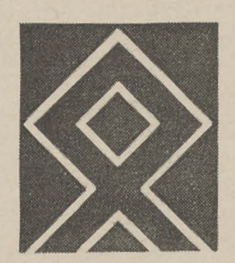
Von fortschreitenden faschistischen Aktivitäten weiß **Dietmar Munier** im Rundschreiben 3/1994 seiner *Aktion „Deutsches Königsberg"* zu berichten. Stolz wird über den Fortgang beim Aufbau eines deutschen Dorfes in Rußland berichtet. Die Aktion erfreut sich weiterhin reger Unterstützung verschiedener deutscher FaschistInnen: „Unser führender Mitarbeiter Helge Redeker (34) erhält in diesem Jahr den ‚Tiroler Ehren- und Wanderkrug für Volkstumsarbeit' des ‚Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes'."

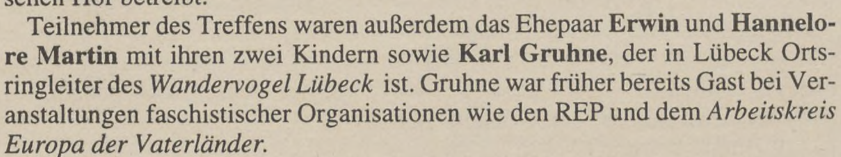
An einer *Erntedank*-Veranstaltung der NPD Schleswig-Holstein nahmen am 23.10.1994 neben dem Landesvorsitzenden **Uwe Schäfer** auch der stellv. NPD-Landeschef **Reimer Diercks** und der Vorsitzende des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Harry Piel, teil. Die TeilnehmerInnen wurden begrüßt von **Heino Förster**, der an der Planung von Mordanschlägen auf Flüchtlinge beteiligt war.

Die Auflösung der regionalen Strukturen in Hamburg und im Raum Pinneberg hat Anfang Dezember 1994 die FAP verkündet. Die FAP-Mitglieder haben nach eigenen Angaben die neofaschistische Partei verlassen und sich anderen Parteien angeschlossen. Die Brüder **Glenn** und **André Goertz** aus Halstenbek (Kreis Pinneberg) sind damit nicht mehr Bundesgeschäftsführer bzw. Vorsitzender des FAP-Landesverbandes Hamburg. Die Bundesgeschäftsstelle wird nach Berlin verlegt.

Glenn Goertz

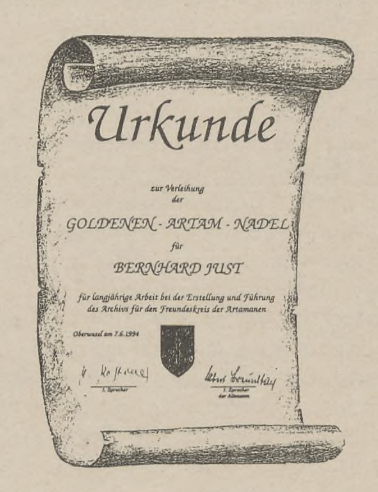
Auf Einladung von **Gernot Jacob** trafen sich am 21. Dezember 1994 etwa ein Dutzend Personen auf dem in der Nähe von Lübeck gelegenen Öko-Hof *Gut Rothenhausen.* Die Odals-Rune auf ihren Pfadfinderhemden wies sie als Angehörige des *Freibund - Bund Heimattreuer Jugend* aus. Jacob selbst stammt aus Quernheim bei Lemförde in der Nähe von Bremen, wo sein Vater **Gerhard Jacob** - auch er steht dem *Freibund* nahe - einen biologisch-organischen Hof betreibt.





Teilnehmer des Treffens waren außerdem das Ehepaar **Erwin** und **Hannelore Martin** mit ihren zwei Kindern sowie **Karl Gruhne**, der in Lübeck Ortsringleiter des *Wandervogel Lübeck* ist. Gruhne war früher bereits Gast bei Veranstaltungen faschistischer Organisationen wie den REP und dem *Arbeitskreis Europa der Vaterländer.*

Mit der Goldenen *Artam-Nadel* „für langjährige Arbeit bei der Erstellung und Führung des Archivs für den Freundeskreis der Artamanen" wurde am 17. August in Kiel **Bernhard Just** von seinen Gesinnungskameraden ausgezeichnet. Just, der zeitweise Gauführer der *Artamanen* in Sachsen war, gehört dieser Bewegung seit 1927 an. In letzter Zeit gewinnt die Vorstellung der Artamanen über eine völkische Siedlungsbewegung bei einigen Teilen des früheren *Bundes Heimattreuer Jugend* an Attraktivität.



Urkunde

zur Verleihung der

GOLDENEN-ARTAM-NADEL

für

BERNHARD JUST

für langjährige Arbeit bei der Erstellung und Führung des Archivs für den Freundeskreis der Artamanen

Rassismus in der Bevölkerungswissenschaft

„Es ist leider statistisch nachweisbar. Ich weiß zwar, daß man das heutzutage nicht mehr sagen darf. Das ist eigentlich sehr schade.“

Was ist nachweisbar?

„Daß es zum Beispiel Unterschiede in der Intelligenzverteilung gibt. Das kann man vielleicht ohne das Wort höher- oder minderwertig verbreiten, aber selbst das darf man ja heute nicht mehr. Was ich mit einer gewissen Bekümmernis nicht nur hierzulande, sondern noch viel stärker in den USA beobachte, ist diese Art von Denkverboten, die überall verteilt werden. Das ist unwissenschaftlich, entschuldigen Sie!“

Was meinen Sie mit Denkverboten?

„Zum Beispiel, daß man sagt, daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist als die anderer. Selbst das Wort Rasse darf man ja nicht mehr in den Mund nehmen.“

Charlotte Höhn, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, fiel in dem oben zitierten Interview[1] nicht zum ersten Mal durch mangelnde Distanz zu faschistischer Ideologie auf. Im Vorwort einer 1990 von ihrem Institut herausgegebenen Bibliographie - Höhn bezeichnete sie als *„dankenswertes Werk“* - wird die nationalsozialistische Bevölkerungswissenschaft als „eine ernst zu nehmende Wissenschaft“ gewertet. „Das zeigt auch die erstaunliche Kontinuität von Fragestellungen, die zum Teil auch über 1945 hinaus anhielten.“

Über 1945 hinaus hielt so manches an. In dem zitierten Interview stellte Höhn auch die rhetorische Frage: *„Ist es erstrebenswert, daß sich Menschen, die krank sind, vermehren? Ist das vielleicht gut?“* Höhn ist auch Mitglied der Kommission für Internationale Bevölkerungsfragen der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) und war Leiterin der deutschen Delegation bei der „Weltbevölkerungskonferenz“ in Kairo.

Es spricht für sich, daß fast alle deutschen Delegationsmitglieder sich nicht öffentlich distanziert haben. Und auch die Bundesregierung blieb bei ihrer Unterstützung für Höhn, trotz der Proteste der Internationalen Liga für Menschenrechte, des Zentralrates der Juden, von Seiten afrikanischer Delegierter und anderer. Das Bundesinnenministerium distanzierte sich weder von der Person noch von den Thesen Höhns, von einer Entschuldigung gegenüber den AfrikanerInnen ganz zu schweigen. Ausdrücklich lobte es die langjährige Zusammenarbeit mit ihr.

Die wurde offenbar auch von Skandalen wie dem von 1990 nicht getrübt.[2] Als Höhn dann vorzeitig aus Kairo zurückkehrte, war das offiziell ihre eigene Entscheidung. Mittlerweile wurde sie „vorläufig von ihren Dienstpflichten entbunden und ein Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet[3]. An der Uni Gießen, wo Höhn auch noch lehrt, wurden sowohl ihr Lehrauftrag als auch ihre geplante Ernennung zur Honorarprofessorin ausgesetzt[4].

„Asozialität“ und andere „biologische Probleme“

Der „Fall“ Höhn ist keine Überraschung; er dokumentiert die faschistische Kontinuität in der Bevölkerungswissenschaft der BRD, und das von Höhn geleitete Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaft (BfB) ist das beste Beispiel dafür. Ludger Weß schreibt dazu: „Die Gründung des Instituts - übrigens war es der sozialliberale Innenminister Hans-Dietrich Genscher, der den Gründungserlaß 1973 unterzeichnete - war ein Sieg einer verschwiegenen, aber hartnäckigen Lobby. Sie bestand aus einschlägig vorbelasteten Bevölkerungswissenschaftlern, Soziologen, Anthropologen und Statistikern des NS-Regimes: Der Rassenhygieniker Otmar von Verschuer gehörte ebenso zu diesem Kreis wie der Asozialenforscher Siegfried Koller, der an der statistischen Erfassung der Juden beteiligte Bevölkerungswissenschaftler Friedrich Burgdörfer und der in Zwangssterilisationen verwickelte Sozialhygieniker Hans Harmsen. Diese illustre Gruppe gründete Anfang der fünfziger Jahre zwei Vereinigungen, die als Auffangbecken und Netzwerk der führenden Köpfe der NS-Rassen- und Bevölkerungsbiologie dienten: die Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und die Deutsche Akademie für Bevölkerungsforschung“.

Hans Wilhelm Jürgens (Jahrgang 1932), der erste Direktor des BfB (1974-1979), entstammt diesem Netzwerk. Seine Habilitation trägt den Titel „Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem“ (1961) und besteht, so Weß, *„zu großen Teilen aus der Übernahme ganzer Passagen einschlägiger NS-Standardwerke“*. Jürgens knüpft damit offen an die nationalsozialistische „Rassenhygiene“ an und tritt sogar für die Sterilisierung der „Asozialen“ ein. Jürgens fordert eine nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Bevölkerungspolitik, d.h. eugenische Selektion. Die geringe Fortpflanzungsrate der Oberschicht machte ihm ebenso Sorgen wie die *„Überfremdung“* durch überproportionale Vermehrung der *„Gastarbeiter“*. Seit 1978 ist Jürgens Mitherausgeber der rassistischen und antisemitischen Zeitschrift *Mankind Quarterly*.

Modelle der Ausgrenzung

Als Aufgaben des BfB nannte Jürgens 1975 folgende Themenbereiche: „Probleme des nationalen Geburtenrückgangs, Migration in Europa und die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern auf dem Bevölkerungssektor“.

Damit sind die Ziele der herrschenden Bevölkerungspolitik umschrieben, die auch Grundlage der Kairoer Bevölkerungskonferenz waren und dort fortgeschrieben wurden. Anfang der 80er Jahre gab das Institut, von der Bundesregierung gefördert, Festschriften heraus, in denen Nazi-Experten wie Harmsen und Koller geehrt wurden.

Harmsen gehörte schon in den 20er Jahren zu den Protagonisten der NS-Bevölkerungspolitik und war dann aktiv

an der Euthanasie beteiligt; die von ihm mitbegründete „Pro Familia" setzte ihn deshalb schon vor Jahren als Ehrenpräsident ab. Koller trat im „Dritten Reich" mit einem Programm zur Ausrottung der Asozialen hervor; in seiner Forschungstätigkeit hat er erwiesenermaßen mit Manipulation gearbeitet.

Die Bibliographie von 1990, in der auf die Kontinuität zum Faschismus so großer wert gelegt wurde, ist also wahrlich kein Einzelfall; sie führte damals zu Protesten und mußte zurückgezogen werden, Charlotte Höhn wurde mit einem Beförderungsstopp belegt.

Daß die Bonner Politik aus dem offenbar von rassistischer, eugenischer und nazistischer Ideologie geprägten Bundesinstitut manch wertvolle Anregung erhalten hat, können wir uns leicht vorstellen: *„Mal wurden dort geburtenfördernde Maßnahmen wie das ‚Berufsmutter-Modell' entwickelt (ausgewählte deutsche Frauen sollten sich zur Aufzucht von vier bis fünf Kindern verpflichten und dafür den Beamtenstatus erhalten), mal stellte man Modelle zur Ausgrenzung und Ausgliederung ausländischer Arbeiter zur Diskussion oder berechnete die ‚Altlastquote', das heißt die Belastung der Gesellschaft durch den zukünftigen ‚Rentnerberg'. Die Publikationen des Instituts beschäftigen sich ganz ‚wertfrei' auch schon mal mit der Frage, welche bevölkerungspolitischen Auswirkungen die Einführung von Zwangssterilisationen oder die Förderung der ‚Sterbehilfe' haben würden."* (Ludger Weß)

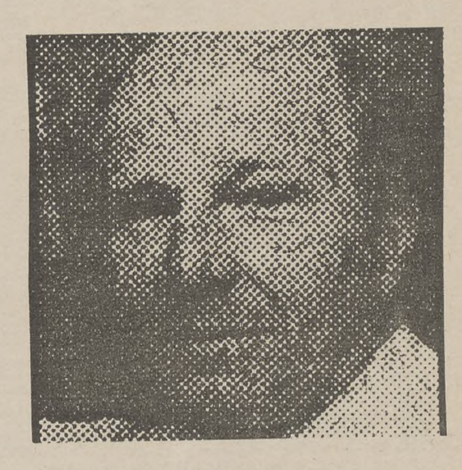
Angesichts der Tatsache, daß das BfB in den letzten Jahren sehr viel über die Einwanderung von Nichtdeutschen geforscht und die Bundesregierung beraten hat, sieht Ludger Weß in Wiesbaden einen wichtigen Schlüssel zur Entstehung des gegenwärtigen Rassismus.

Liberale Vernichtungsphantasien

Zu Recht bezeichnet Weß die Forderung nach Absetzung von Charlotte Höhn als unzureichend: „Eine Auflösung dieses Instituts und ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß sind die einzig angemessene Lösung." Allerdings können nicht nur Personen ausgewechselt, sondern auch Institute neu gegründet werden. Die Kritik sollte sich weder auf Höhn noch auf das Bundesinstitut beschränken. Gefragt ist vielmehr grundsätzliche Kritik an der Bevölkerungswissenschaft und ihren ideologischen Grundlagen. Sie ist eine Herrschaftswissenschaft, die Möglichkeiten und Techniken der Kontrolle über



Charlotte Höhn



Hans Willhelm Jürgens

Bevölkerung(sentwicklung) und Reproduktion zu erforschen hat. Für eine solche Wissenschaft und die zugehörige Politik darf es keine Akzeptanz geben.

Die Kairoer Konferenz war zweifellos ein großer Propagandaerfolg für die Bevölkerungspolitik. Im Kontrast zum Papst und den Islamisten als Gegenspielern der „Moderne" konnten sich die Bevölkerungsplaner als fortschrittlich und frauenfreundlich profilieren. Die gesamte Medienberichterstattung über Kairo war von diesem Schema beherrscht, und die Beteiligung einiger feministischer Gruppen, die Bevölkerungspolitik nicht mehr ablehnen, sondern eine „neue Bevölkerungspolitik"[5] fordern, tat ihr Übriges zur Akzeptanzförderung.[6]

In der liberalen Öffentlichkeit gehört es längst zum guten Ton, die katholische Kirche und ihren Chef als angebliche Verursacher der „Bevölkerungsexplosion" und anderer Apokalypsen zu geißeln - und nicht etwa, oder nur am Rande, als Gegner von Selbstbestimmung und Emanzipation. Die Befürwortung technokratischer Bevölkerungspolitik und Reproduktionsmedizin als falscher Alternative zu reaktionärer Religionsmoral erscheint aus dieser Perspektive nur logisch.

Wer sich dieser Logik von Teufel und Beelzebub entzieht und reproduktive Selbstbestimmung fordert, muß damit rechnen, als mit dem Papst im Bunde diffamiert zu werden (im Zusammenhang mit dem Rio-Gipfel 1992 war in der Taz einmal vom Bündnis aus Feministinnen, Papst und Drittwelt-Diktatoren die Rede, die die Lösung des „Bevölkerungsproblems" verhinderten.)

Nach KritikerInnen, die nicht an die Mär vom Bevölkerungswachstum als Ursache der Umweltzerstörung glauben und die einer Politik mißtrauen, die „Frauenrechte" überhaupt nur als Mittel zum Zweck der Geburtenverringerung zum Thema macht, mußte mensch in der Kairo-Diskussion lange suchen. Alle „wissen" eben, daß es „zu viele" Menschen auf der Erde gibt.

„Alle" wissen aber auch, welche Menschen zu viel sind. Während in Kairo ein Aktionsplan zur Senkung der Geburtenrate im Trikont beschlossen wurde, im Umfang von drei Dollar pro Erdenmensch, planen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Einführung einer Geburtenprämie von 1.500 DM. Damit möchte Sozialminister Klaus Gollert (FDP) „die jungen Menschen motivieren..., eine Familie zu gründen und sich natürlich auch Kinder anzuschaffen"[7] Die Interviewerin hat leider nicht gefragt, ob auch die Geburt nichtdeutscher Babies prämiert werden soll.

Wer „zu viel" ist, daran lassen auch die PropagandistInnen der angeblich „neuen" und „humanen" Bevölkerungspolitik keinen Zweifel. Die Zeit erbrachte mühelos den Beweis, daß recht verstandene Liberalität und rassistische Vernichtungsphantasien einander keineswegs ausschließen müssen. Ihr Sonderheft „Weltbevölkerung" [8] fragt gleich auf der Titelseite: „Wird der Mensch zur Plage?" Das Titelbild zeigt ein überfülltes Fahrzeug. Die Menschen darauf haben alle dunkle Haut.

(aus: ÖkoLinX Nr. 17, Dezember 1994)

[1] Taz vom 3.9.94; das Interview führten Susanne Heim und Ulrike Schaz

[2] vgl. Frankfurter Rundschau und Neues Deutschland vom 10.9.1994, Taz vom 7.,10., 14.9.1994

[3] Spiegel 38/94

[4] junge Welt vom 15.9.94

[5] Adrienne Germaine im Greenpeace Magazin 2/94

[6] zur Diskussion um „feministische Bevölkerungspolitik" vgl. Lateinamerikanachrichten, Sept./Okt. 1993; Susanne Heim in GID 95, S. 28; Conny Schlebusch in ÖkoLinX 16; Susanne Schultz in Die Beute 2/94

[7] junge Welt vom 15.9.1994

[8] Zeit-Punkte Nr. 4/94

Der Terror ist auf dem Vormarsch

Ein Info-Abend über Togo

Während in Togo die „Sicherheitsorgane" nach wie vor willkürlich und ungestraft foltern und morden, der Demokratisierungsprozeß denunziert wurde und der langjährige Diktator, General Gnassingbe Eyadéma, faktisch weiterhin an der Macht ist, unterhält die BRD normale Beziehungen zur vermeintlich demokratisch gewählten Regierung Togos und schiebt demgemäß immer mehr Flüchtlinge nach Togo ab. Angesichts dieser Situation sehen sich TogoerInnen gezwungen, auch weiterhin entschlossen für ihre Rechte zu kämpfen.

Am 10.Nov.,94 fand in der Hansastr.48 ein Info-Abend über Togo statt. Vertreter des FRTA e.V. (Front togoischer Flüchtlinge in Deutschland) und der URTA (Union togoischer Staatsangehöriger in Deutschland) berichteten im ersten Teil über die politische Entwicklung und die aktuellen Machtverhältnisse in Togo, im zweiten über die deutsche Asylpraxis. Die anwesenden TogoerInnen nutzten den Abend für eine kritische Auseinandersetzung über die Lage der togoischen Opposition, außerdem wurden mögliche Schritte diskutiert, wie der Kampf um Demokratie für Togo auch von hier aus zu unterstützen wäre und wie ihr Recht auf Asyl in der BRD durchgesetzt werden könnte.

Im folgenden werden Teile der zweisprachigen (französisch/deutsch) Vorträge und Diskussionen wiedergegeben.

Wofür steht Togo?

Togo heißt ein schmaler Landstreifen in Westafrika seit deutsche Kolonialherren im sog. Protektoratsabkommen 1884 ihm diesen Namen gaben. Nach dem 1.Weltkrieg wurde Togo unter Frankreich und England aufgeteilt. 1920 schloß England „seinen Teil", das Volta-Gebiet im Westen, der Einfachheit halber dem ebenfalls unter ihrem imperialistischen Diktat stehenden benachbarten Ghana an. Die französische Regierung entließ „ihren Teil", das heutige Togo, 1956 in die interne „Autonomie". 1960 erlangte Togo seine „Unabhängigkeit" und wird seit dem 13.1.1967 von General (seinerzeit Oberleutnant) Gnassingbe Eyadéma diktatorisch regiert. Er stützt sich dabei auf eine Armee, die weniger zur Landesverteidigung als vielmehr zur Sicherung seiner Macht aufgebaut wurde. Die Armee zählt heute 13.000 Soldaten. Togo ist ein kleines Land mit nur 3,6 Mio EinwohnerInnen. (Mittlerweile befinden sich ca. 20% im Exil.) Damit besitzt Eyadéma die in Relation zur Bevölkerung größte Armee Afrikas. Als zuverlässige Stützen seiner Macht erweisen sich nach wie vor die ehemaligen Kolonialmächte, Frankreich und Deutschland. Seinen Machtapperat kontrolliert Eyadéma durch geziehlt geschürten Tribalismus, indem er seiner eigenen Volksgruppe, den aus dem Norden des Landes stammenden Kabye, weitreichende Privilegien und eine Vormachtstellung einreumt. Unter ihnen rekrutierte er ca.70% seiner Armee und schuf sich damit eine Präsidialgarde. Auch in der Verwaltung, der Politik und bei den „Sicherheitsorganen" wurden Kabye bevorzugt eingestellt.

Volksaufstand und „Demokratisierungsprozeß"

Der Damm des Schweigens ist gebrochen

Der erste bewaffnete Aufstand gegen Eyadéma 1986 zeigte der togoischen Bevölkerung, daß das bis dahin als quasi allmächtig empfundene Terror-Regime nicht unverwundbar ist. Doch erst vier Jahre später, am 5.10.1990, anläßlich eines politischen Schauprozesses (5 bis 10 Jahre Haft wegen regierungsfeindlicher Flugblätter), war der Bann gebrochen. Folgende Forderungen wurden aufgestellt:

- Ahndung von Staatsterror und Verurteilung der Verantwortlichen,
- Auflösung der Einheits- und Staatspartei RPT,
- Aufhebung der Pressezensur und Zulassung unabhängiger Medien,
- Zulassung anderer Parteien,
- Einberufung einer souveränen Nationalkonferenz sowie
- Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Nachdruck verliehen sie ihren Forderungen, denen sich mittlerweile auch ausländische Regierungen (darunter Frankreich, die USA und Deutschland) angeschlossen hatten, durch tägliche Protestaktionen, Demonstrationen und Streiks. Eyadéma antwortete darauf mit massivem Terror, sah sich jedoch letztlich gezwungen, die Einberufung einer nationalen Konferenz aller politischen Kräfte, Berufs- und Interessensgruppen zuzulassen. Die Nationalkonferenz, die am 8.7.1991 eröffnet wurde, erlaubte eine offene und öffentliche Auseinandersetzung u.a. über die Menschenrechtsverletzungen und die politische Verfolgung im Land. Sie setzte die Verfassung von 1979 außer Kraft, wählte eine Übergangsregierung und ein Übergangsparlament, den Hohen Rat der Republik (HCR), und beauftragte diese, binnen eines Jahres eine neue Verfassung auszuarbeiten sowie faire und transparente Wahlen vorzubereiten. Premierminister wurde der Rechtsanwalt Joseph K. Koffigoh. Eyadéma mußte das Verteidigungsministerium abgeben und schien somit entmachtet zu sein.

Der „Putsch auf Raten"

Die einjährige Übergangsperiode war jedoch gekennzeichnet durch zahlreiche Mordanschläge auf Oppositionsführer sowie einer Reihe von Putschversuchen. Am 1.10.91 starteten Eyadéma-treue Militärs ihren „Putsch auf Raten", der bürgerkriegsähnliche Zustände auslöste. Obgleich die Putschversuche nachweislich von engen Familienangehörigen Eyadémas und einigen berüchtigten Offizieren der Präsidialgarde organisiert und durchgeführt worden waren, spielte sich Eyadéma, angeblich unbeteiligt, als „Vermittler" auf. Noch im Dezember.1991 einigten sich Eyadéma und Koffigoh auf die Bildung einer „Regierung der nationalen Versöhnung", wodurch Eyadéma die Ressorts Inneres und Verteidigung wieder unter seine Kontrolle bringen konnte und ihm die Beteiligung an den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen ermöglicht wurde. In der Folgezeit setzte er jedoch seinen gesamten Terrorapparat ein, die Wahlen zu verhindern. Angesichts der Entmachtung des HCR radikalisierte sich die Opposition und bildete am 18.7.92 ein neues Bündnis, COD2, unter der Führung von Tavio Amorin, der eine Woche später ermordet wurde.

Trotz des Terrors und massiver Sabotageversuche wurde im September 1992 die neue Verfassung per Referendum mit 98% der gültigen Stimmen angenommen und die Übergangsperiode des HCR verlängert. Als kurz darauf Soldaten das Parlament besetzten und die Abgeordneten 25 Stunden als Geiseln nahmen, rief die gesamte Opposition, mit der Forderung nach Eyadémas Rücktritt, zu einem unbegrenzten Generalstreik auf, dem sich sogar die Arbeitgeberverbände anschloßen und den die TogoerInnen 10 (!) Monate lang durchhielten. Eyadéma und die RPT zogen die Schraube der Gewalt weiter an. Immer mehr Menschen wurden zum Zielobjekt ihrer Vernichtungsstrategie.

„Neue Demokraten" für Europas weiße Weste

Eyadéma behauptete wärenddessen weiterhin, daß er den politischen Pluralismus begrüße. Und so mühten sich die Parteibonzen der ehemaligen Einheits- und Staatspartei in Zusammenarbeit mit der Regierung durch eine blutige Terrorkampagne, Staats- und Justizorgane neu zu besetzen. Zwei Vermittlungsversuche Frankreichs und Deutschlands blieben ohne Erfolg. Bei einem dritten Vermittlungsversuch in Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso, waren zwölf Oppositionsparteien vertreten. Der Großteil der Opposition verließ die „Verhandlungen", da sie sich als sinnlos herausstellten und rief zum Boykott der unmittelbar bevorstehenden Wahlen auf. Vier Parteien, darunter die CAR (Vorsitzender: Yao Agboygbor) und die UTD (Vorsitzender: Edem Kodjo) blieben und unterzeichneten zusammen mit der RPT das „Abkommen von Ouagadougou". Dieses Abkommen schaltete das Übergangsparlament, den HCR, ersatzlos aus und beseitigte die Verfassung.

Eyadéma richtete es ein, daß in einer etwas ungewöhnlichen Reihenfolge am 25.8.93 zunächst die nicht als solche zu bezeichnende „Präsidentschaftswahl" stattfand, zu der der Oppositionsführer G. Olmypio, der 1992 ein Attentat überlebte, gar nicht erst zugelassen worden war und erst später, im Februar.1994, die Parlamentswahlen. Amerikanische und deutsche Beobachter der „Präsidentschaftswahl", aus der Eyadéma als Sieger hervorging, kritisierten und verurteilten die Begleitumstände und zogen sich zurück.

Nachdem aufgrund der Tatsache, daß die gesamte Opposition die Wahl boykottiert hatte, die Maskerade der Präsidentschaftswahl, eine reale Wahlbeteiligung von ca. 15% hervorgebracht hatte, stellten sich nur zwei Oppositionsparteien (die CAR und die UTD) den Parlamentswahlen. Die CDPK zog ihre Kandidatur zwei Tage vor den Wahlen zurück, als sie erfuhr, daß Koffigoh (Der Premier der Übergangsregierung) eine halbe Million gefälschter Wahlscheine verteilt hatte. Das machten 33% der Gesamtwählerschaft aus. Eyadéma mußte jedoch feststellen, daß er trotz massiver Wahlmanipulationen, Terror und Morde inbegriffen, nicht einmal gegen eine vorsortierte Opposition gewinnen konnte. Mit 36 Mandaten für die CAR und 7 Mandaten für die UTD erhielten die Oppositionsparteien bei einem Vorsprung von 5 Sitzen die Mehrheit im Parlament.



Demo am 24.11.94 in Kiel gegen die Abschiebung nach Togo. In der Hoffnung auf einen vorerst schnellen, wenn auch notdürftigen, Schutz beteiligen sich TogoerInnen an einer Abschiebestoppkampagne. Sie fordern aber auch: „Keine Unterstützung für Diktaturen", „Stoppt die Diktatur in Togo jetzt - Rwanda darf sich nicht wiederholen".

Als erste Reaktion auf das Wahlergebnis schmiedete Eyadéma neue Mordpläne gegen gewählte Abgeordnete, in der Hoffnung so Neuwahlen erzwingen zu können. Vorzeitiges Bekanntwerden durch einen Parteibonzen der RPT, der die Presse informierte, durchkreuzte diese Pläne jedoch zunächst. Wegen „Gewaltausschreitungen" (durch Anhänger der RPT!) in einigen Wahlbezirken wurden dann zwei Mandate der CAR und eines der UTD durch das Oberste Gericht annulliert. Dadurch war die gemeinsame Mehrheit der „oppositionellen" Parteien zwar nicht aufgehoben, jedoch wechselte kurzdarauf die UTD, mit Edem Kodjo als selbst- bzw. durch Eyadéma ernannten Premierminister, die Alianz und verhalf damit der RPT zu einer neuen parlamentarischen Mehrheit. Sie ermöglichte dadurch die Fortsetzung der alten Diktatur. Sämtliche Schlüsselpositionen in der Regierung und im Parlament sowie die Armee werden von den alten Kräften und Seilschaften der RPT kontrolliert, denen in der „neuen" Regierung 14 von 18 Ministerien unterstehen, darunter die Ressorts Innere Sicherheit, Verteidigung und Auswertiges. Repression und Morde bestimmen weiterhin den Alltag.

Widerstand organisieren - Die togoische Opposition - ihre Analyse und Perspektive

Die togoische Opposition ist in gemäßigte und radikale Teile gespalten, wird aber nichts desto trotz gleichermaßen verfolgt. Die „gemäßigte Opposition", zu der unter anderem die CAR (Aktionskommitee für die Erneuerung) und (angeblich) die UTD (Union Togoischer Demokraten) gehören, die sich trotz des Boykotts sämtlicher anderer Oppositionsparteien an den Scheinwahlen beteiligt hatten,„vertritt die Ansicht, daß auch innerhalb einer faktischen Diktatur ein demokratisches System aufgebaut werden könnte. Demgegenüber geht die „radikale Opposition" davon aus, daß zunächst die diktatorischen Strukturen vollständig aufgelöst werden müssen, ehe ein Demokratisierungsprozess eingeleitet werden kann.

Diese Einschätzung fand mittlerweile Bestätigung dadurch, daß es den alten diktatorischen Kräften immer wieder gelungen war, die gemäßigte Opposition für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und sich

sogar die veränderten politischen Verhältnisse zu Nutze machen konnte. So wurde in Deutschland (wie auch in Frankreich) die Parlamentswahl als „insgesamt akzeptabel" und das Resultat daraus bis heute als Demokratie dargestellt. Dies obgleich es noch nicht einmal eine reguläre Wahlbeobachtung gegeben hatte. Andere Regierungen lavierten geschickt, sie würden die Wahlen so lange nicht anerkennen, bis das togoische Parlament dies tue, was aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse problemlos erfolgte. Daß sich die alte Diktatur nun dem Ausland als Demokratie präsentieren kann, verdanken Eyadéma und seine RPT-Parteibonzen nicht zuletzt der Beteiligung der CAR und der UTD an den Wahlen sowie an den parlamentarischen bzw. Regierungsgeschäften. Was für eine Demokratie? Die tatsächliche Opposition befindet sich im Exil. Eine Tatsache, die die Herrschaften in Togo und Frankreich (!) leugnen, indem alle Exil-TogoerInnen (ca. 20% der togoischen Bevölkerung) als Terroristen dargestellt werden. Eyadémas Macht ist gefestigt durch Kodjos Kollaboration und wird unterstützt durch das Verhalten der CAR, die durch ihre fragwürdige Anwesenheit im Parlament den Schein einer Demokratie weiter aufrecht erhalten, statt ihn durch demonstratives Fernbleiben zu demaskieren. Ebenso fragwürdig erscheint es, daß Agboyibor, der Jurist ist, das „Abkommen von Ouagadougou", obgleich eindeutig verfassungswidrig, mit unterzeichnet hatte. Kodjo war Mitbegründer der RPT und wurde Anfang der 80er Jahre als damaliger RPT-Außenminister, bevor er in Eyadémas Ungnaden fiel, durch dessen Vermittlung Präsident der AOU. Es ist unbegreiflich, wie TogoerInnen trotz Kenntnis seiner Geschichte ihm ihre Stimmen geben konnten. Togo wird heute wieder von der Armee und der RPT regiert. Die Justiz ist besetzt mit RPT-treuen Richtern. Den Medien, Menschenrechtsorganisationen und der freien Presse wird mittels massiver Repression ein Maulkorb aufgesetzt, und Eyadémas Schergen morden weiter. So hieß es auf der Veranstaltung denn auch: „Es ist ein Denkfehler, wenn wir von Eyadéma erwarten, daß er Demokratie zuläßt." und „Wir müssen uns gemeinsam und konsequent selbst für unsere Ziele einsetzen, statt Erwartungen an irgendwelche Führungen zu stellen."

KEINE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIKTATUREN

Wi(e)der die Mär von den Stammesfehden

Allein schon die Tatsache, daß sich mehr und mehr Angehörige der Armee, aus dem Süden wie aus dem Norden, und andere Privilegierte (s. Kasten) der Opposition anschloßen und anschließen, beweist, daß es sich um einen politischen Konflikt handelt, und entlarvt den vermeindlich „ethnischen Konflikt" als gezieltes Konstrukt. Seit der Druck des Demokratisierungsprozesses stärker wurde, fürchten Angehörige der privilegierten Schicht den Unmut der unterdrückten Bevölkerung. Um sich auch weiterhin deren Rückendeckung zu sichern, schürt Eyadéma diese Ängste mit Hilfe ethnischer Hetzkampagne gezielt weiter.

Togo befindet sich heute in einer Situation, in der jederzeit ein Bürgerkrieg ausbrechen könnte, mit dem möglichen Ausmaß eines zweiten Rwandas. Die europäischen Regierungen ignorieren diese Gefahr völlig. Der Kommentar eines Togoers hierzu::

„Es wäre mehr nötig und mehr möglich; Allein die Entwicklungshilfe einzustellen genügt nicht!"

(Im November 1991 stellte dieBRD-Regierung mit Unterbrechung von Februar bis Mai 1992 ihre Entwicklungshilfe ein)

Teutonisierung des Asylrechts

Die Bundesregierung will nach Informationen von amnesty international und Pro Asyl das Asylrecht in Europa deutlich einschränken. Auf der Innenministerkonferenz der EU, die Anfang Dezember 1994 in Brüssel stattfand, legte Bundesinnenminister Kanther einen Entwurf für die „Harmonisierung des Asylrechts" vor, der am deutschen Asylrecht orientiert ist und damit die Lage der Flüchtlinge in vielen anderen EU-Staaten spürbar verschlechtert. Einen ersten Entwurf zur Harmonisierung des Asylrechts hatte die EU-Kommission im Frühjahr 1994 vorgelegt. Weil er den zuständigen Ministern zu liberal erschien, übernahm Kanther die Aufgabe, ihn zu überarbeiten.

„Die Bundesregierung hat zuerst die Abschaffung des deutschen Asylrechts mit dem Hinweis auf den Zwang zu einer europäischen Einigung betrieben - jetzt wird die restriktive deutsche Praxis zum Maßstab für die Europäische Union", kritisierte Claudia Roth, die Vorsitzende der Grünen im Europaparlament. Charakteristisch ist die strikte Geheimhaltung, mit der die bevorstehende Verschärfung betrieben wird: Den Mitgliedern des Innenauschusses des Europa-Parlaments wurde bisher trotz mehrmaliger Bitten weder der Kanthersche Entwurf noch die vollständige Tagesordnung des Innen- und Justizministertreffens mitgeteilt. Auch offizielle Nachfragen von Agenturen und Zeitungen bezüglich der Konferenz wurden nicht beantwortet.

Die Menschenrechtsorganisation ai, der offensichtlich ein Exemplar des Entwurfs zugespielt wurde, kritisierte in einer Stellungnahme, daß die geplanten Harmonisierungs-Richtlinien in einigen Punkten die in internationalen Verträgen festgelegten Minimal-Standards eindeutig nicht erfüllen. Besonders problematisch erscheint, daß bei „offensichtlich unbegründeten" Asylanträgen Flüchtlinge künftig keine Möglichkeit mehr haben sollen, einen rechtswirksamen Widerspruch einzulegen. Dies ist sogar eine nachhaltige Verschlechterung der gegenwärtigen deutschen Regelung. Das wiegt um so schwerer, als heute etwa dreißig Prozent aller Flüchtlinge, die Widerspruch gegen einen solchen Ablehnungsbescheid eingelegt haben, in der nächsten Instanz Recht bekommen. Bei Flüchtlingen, deren Asylantrag aus anderen Gründen abgelehnt wird, soll ein Widerspruch künftig nicht mehr zwangsläufig die Abschiebung hinauszögern. Europaweit einheitlich soll dann auch die Regelung sein, daß Flüchtlinge, die aus einem sog. „sicheren Drittstaat" kommen, sofort dorthin abgeschoben werden können. Ein rechtliches Anhörungsverfahren soll dafür nicht notwendig sein.

Außerdem sind die EU-Staaten nicht verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Flüchtlinge in dem „sicheren Drittstaat" überhaupt ein ordnungsgemäßes Asylverfahren erhalten können. Nach dem Kanther-Entwurf ist nicht gewährleistet, daß Flüchtlinge überhaupt irgendwo ein Asylverfahren erhalten, wie es das internationale Recht vorsieht. Auch die Möglichkeiten für internationale Organisationen wie den Hohen Flüchtlingskommissar der

Fortsetzung nächste Seite

Gleiche Rechte - gleich!

Interkulturelle Wochen in Kiel

An den Kieler Interkulturellen Wochen, die am Tage der Bundestagswahl zu Ende gingen und unter dem Motto „Gleiche Rechte!" standen, haben sich an die 70 Vereine und Verbände mit Mitgliedern unterschiedlichster Nationalitäten beteiligt und etwa 80 Veranstaltungen durchgeführt. In ihren Reden auf der Eröffnungsveranstaltung im Kieler Rathaus haben sich die Vertreterinnen von Stadt und Land - Silke Reyer und Ute Erdsiek-Rave - ausdrücklich zu diesem Motto als politischer Forderung bekannt.

Bleibt die Frage: Was ist durch die vielfältigen Aktivitäten und Bekundungen wirklich erreicht oder in Gang gesetzt worden?

Für den Kreis der an den gemeinsamen Vorbereitungstreffen beteiligten Menschen unterschiedlichster nationaler und sozialer Herkunft und unterschiedlichen politischen Standpunktes war schon die Diskussion um das Motto wichtig. Schließlich sprach sich niemand gegen das Motto „Gleiche Rechte" als Klammer für alle Einzelaktivitäten aus, wenn auch hier schon deutlich wurde, was sich später aus dem Veranstaltungsprogramm ablesen ließ: Politische Veranstaltungen, die die Forderung nach Gleichberechtigung wirklich in den Mittelpunkt stellen würden, wollten nur wenige durchführen. Bei allen Aktivitäten aber blieb diese Forderung sichtbar. Sie wurde damit auch in erheblich stärkerem Maße, als es sonst bei uns üblich ist, öffentlich in die Diskussion gebracht. Daß das vielleicht noch nicht allzuviel heißt, liegt an der unerfreulichen politischen Situation in diesem Land und dieser Stadt, diskreditiert aber sicher nicht das Bemühen der OrganisatorInnen dieser Aktionen.

Es war also sinnvoll, für die Annahme des genannten Mottos zu kämpfen. Und damit dafür zu sorgen, daß nicht etwa die der politischen Situation unangemessene unverbindliche Losung der bundesweiten „Woche des ausländischen Mitbürgers" übernommen wurde, die lautete: „Ja zu einem Miteinander ohne Gewalt".

Der eine oder andere Verein, der dem ganzen Plan der Interkulturellen Wochen zunächst eher ablehnend gegenüberstand, weil von gemeinsamen Aktionen mit dem Ausländerreferat der Stadt sowieso nichts zu erwarten sei, hat sich erfreulicherweise im Laufe der Zeit noch eingeklinkt. Vielleicht kann man daraus unter anderem lernen, daß es schon sinnvoll ist, sich von Anfang an und offensiv in solche politischen Diskussionen einzuschalten. Das würde es denen leichter machen, die sich dazu bereitfinden, und natürlich auch mehr Möglichkeiten eröffnen.

Nicht nur Probleme mit der wirklich offensiven Aufnahme des Mottos, sondern grundsätzliche Gegnerschaft zu einer damit gegebenen Politisierung der Interkulturellen Wochen meldete als einziger Verband ausgerechnet das Bündnis türkischer Vereine, vertreten durch den Chef des Elternbundes, an. Dieses Bündnis steht unter dem beherrschenden Einfluß von Vereinen, die dem türkischen Staat ergeben sind (oder sich inzwischen ergeben haben), und islamischen (Moschee-) Vereinen. Hier hat sich etwas entwickelt, was uns in Zukunft noch einige Sorgen bereiten dürfte. Hätte sich nicht der Verein türkischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kiel und Umgebung der Einbindung in dieses Bündnis widersetzt, stünde womöglich inzwischen auch das Deutsch-Türkische Volkshaus in Gaarden unter der Verwaltung dieser Leute, denn der - sozialdemokratische - Progressive türkische Arbeitnehmerverein gehört dazu. (Man ist allerdings selbst als deutsche/r Antifaschist/in nicht dazu verurteilt, dem ohnmächtig zuzuschauen und die Hände in den Schoß zu legen, aber das ist ein anderes Thema.) Da der Verein türkischer ArbeitnehmerInnen sich um die Interkulturellen Wochen zunächst gar nicht kümmerte und später, unter anderem von der Gaardener Antifa-Initiative darauf angesprochen, zwar grundsätzliche Bereitschaft bekundete, aber nichts zustande bekam, waren ausgerechnet die Einwohner türkischer Nationalität an den Wochen nur sehr gering beteiligt. Die Wochen liefen zwar nicht ohne aktive Beteiligung von Türkinnen und Türken; dazu sind zu viele in anderen Initiativen aktiv und z.B in der IG Metall. Dennoch war dies ein großer Mangel.

Was die Bekundungen von PolitikerInnen wert sind, zeigt sich wie immer daran, was für politische Initiativen sie in ihrem Wirkungsbereich ergreifen. Deutlich besteht die Gefahr, daß die Forderung nach sofortiger Zuerkennung gleicher Rechte als Motto des Jahres 1994 im nächsten Jahr schlicht durch ein beliebiges anderes ersetzt wird. Es muß aber nicht so sein. Und ich denke, es lohnt sich weiter, auch in diesem Rahmen auf Diskussionen und politische Entwicklung Einfluß zu nehmen.

Die Vorbereitung der Interkulturellen Wochen '95 beginnt frühzeitig - zu einem ersten Treffen soll im Januar eingeladen werden.

D.L.

Fortsetzung von Seite 28

Vereinten Nationen, sich in laufende Asylverfahren einzuschalten, sollen gegenüber dem bislang in den meisten Ländern geltenden nationalen Recht durch die EU-Vorschriften drastisch beschnitten werden. Damit soll verhindert werden, daß sich Verfahren dadurch „verzögern". „Das bedeutet eine Aushöhlung der Genfer Flüchtlingskonvention" kritisiert die deutsche Organisation Pro Asyl. Das Brüsseler Büro von amnesty international befürchtet, daß das Asylrecht in Europa, wenn diese Regelungen akzeptiert werden, auf dem niedrigsten gemeinsamen Standard harmonisiert wird und weiteren Einschränkungen des Asylrechts Tür und Tor geöffnet werden.

Deutsch-Türkisches Volkshaus vor ungewisser Zukunft

„Ich dachte, da geht man nicht mehr hin..."

Für weite Teile der antifaschistischen Szene in Kiel ist das Deutsch-Türkische Volkshaus in Gaarden seit langem nur noch ein Begriff, um den die wildesten Gerüchte ranken bzw. gehegt werden, aber kein Gegenstand praktischer politischer Auseinandersetzung mehr und schon gar kein Ort, zu dem man hingeht. Daß „man" da nicht mehr hingeht, ist in einem Maße ins Bewußtsein so vieler Leute geraten, die dafür gar keine Gründe angeben können, daß es geradezu erheiternd wäre, wenn nicht das Volkshaus für Türkinnen und Türken und für diejenigen Menschen deutscher und anderer Nationalität, die in Gaarden zu dieser Bevölkerungsgruppe Kontakt halten und gemeinsam auch politisch tätig sein wollen, eine durchaus reale Bedeutung und einige Wichtigkeit besäße.

Auseinandersetzungen mit den beiden türkischen Vereinen, die das Volkshaus seit einigen Jahren verwalten, hat es immer gegeben. Solche Auseinandersetzungen haben nicht zuletzt auch Mitglieder der Antifaschistischen Initiative Gaarden geführt. Unter anderem ging es dabei immer wieder um die Haltung zur kurdischen Bevölkerungsgruppe und um das Verhältnis zum türkischen Staat. Unterschiedlichste persönliche Spannungen kamen dazu. Abkürzend kann man sagen, daß von unserer Seite aus diese Auseinandersetzungen immer mit dem Ziel geführt wurden, diejenigen Mitglieder in den Vereinen zu bestärken, die für die Rechte des kurdischen Volkes einzutreten bereit waren und den Mut aufbrachten, offen gegen die Politik des türkischen Regimes und seine AnhängerInnen in Deutschland zu opponieren. Darüber hinaus war es unser Anliegen, das Volkshaus als eine Begegnungsstätte von demokratisch gesinnten und politisch links stehenden Menschen gleich welcher Nationalität zu erhalten bzw. den entsprechenden Raum immer neu zu erstreiten sowie zu verhindern, daß sich dort reaktionäre oder gar faschistisch gesinnte TürkInnen breitmachten.

Wir haben immer versucht, andere - z.B. Kurden, auch Mitglieder der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft - im Anspruch, ungestört und natürlich ungefährdet das Volkshaus mit nutzen zu können, zu unterstützen und ihnen gleichzeitig geraten, nicht zu früh und damit unnötigerweise selbst auf diesen Anspruch zu verzichten.

Schon vor der unpassenden „Freundschaftsreisen"-Aktion mit ostdeutschen Skins (zu deren vollständiger Beurteilung allerdings ein paar Worte mehr gesagt werden müßten) kursierte aber in Kiel das vernichtende Urteil, das Volkshaus sei in der Hand der Grauen Wölfe und ähnlicher Unsinn. An der Verbreitung dieser Gerüchte beteiligten sich schon Menschen, die von den Zuständen in Gaarden keine Ahnung hatten. Auf diese Weise kann man natürlich notwendigen Auseinandersetzungen mit den wirklich beteiligten Menschen aus dem Weg gehen und sich gleichzeitig bescheinigen, politisch sauber und korrekt zu sein. Diese Position hat bis heute vielen ausgereicht.

Ab April 1994 bestand nun tatsächlich die Gefahr, daß sich regierungstreue TürkInnen, auch Graue Wölfe, im Volkshaus einnisteten. Das hängt zusammen mit dem weitgehend erfolgreichen Bemühen türkischer Regierungskreise, in Kiel die türkischen Vereine zu einer Art Türkeilobby zusammenzuführen. Unter dem Druck des türkischen Konsulats standen sie alle schon immer, - die verschiedenen Erpressungsmethoden, bei denen es z.B. um die Möglichkeit geht, die Familie in der Türkei im Urlaub zu besuchen, sind bekannt. Am 11.4.94 nun gab es ein Treffen des türkischen Botschafters Öymen, der zu einem Antrittsbesuch bei Ministerpräsidentin Simonis nach Kiel gekommen war, mit Vertretern türkischer Vereine. Bald darauf erfuhr man von der Bildung eines Bündnisses türkischer Vereine in Kiel, dem auch der Progressive türkische Arbeitnehmerverein angehört. Verschiedene türkische Vereine in der BRD schalteten etwas später eine große Zeitungsanzeige, in der die Kritik an der türkischen Regierung wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen zurückgewiesen wird. Die Verantwortlichen übernahmen die offizielle Position der türkischen Regierung auch zur „Kurdenfrage". Trotz massiven Drucks und Vereinnahmungsversuchen widersetzte sich der Verein türkischer ArbeitnehmerInnen dieser Politik. Wir haben sofort deutlich gemacht, daß wir ihn dabei trotz der bisher auch nicht unproblematischen Zusammenarbeit nach Kräften unterstützen.

Die genannte Entwicklung ist auch die wesentliche Erklärung für den Bruch zwischen den beiden das Volkshaus tragenden Vereinen. Daß uns die Zukunft des Volkshauses nicht gleichgültig sein kann, versteht sich von selbst. Wir versuchen zur Zeit, ganz im Sinne unserer bisherigen Bemühungen darauf Einfluß zu nehmen. Näheres dazu ist dem in dieser Ausgabe der „Atze" abgedruckten Brief an die zuständige städtische Behörde zu entnehmen.

D.L.

Wir dokumentieren das Schreiben der Antifaschistischen Initiative Gaarden an den Sozialdezernenten der Stadt Kiel, Herrn Schrödter:

„Sehr geehrter Herr Schrödter,

wir wenden uns mit diesem Schreiben an Sie als eine Gruppe, die seit nunmehr sechs Jahren im Deutsch-Türkischen Volkshaus arbeitet und dort zahlreiche Aktivitäten entfaltet hat, die nicht nur Veranstaltungen zu Themen wie Neofaschismus in Schleswig-Holstein, Jahrestag der Judenpogrome und kommunales Wahlrecht für Einwanderinnen und Einwanderer organisiert, sondern in Zusammenarbeit mit dem Verein türkischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den Mitarbeitern des Hauses auch eine ganze Reihe von Nachbarschaftsfesten ausgerichtet hat.

Nun müssen wir jedoch sehen, daß nach dem Zerwürfnis der beiden Vereine die weitere Arbeit im Volkshaus ernsthaft gefährdet ist, und befürchten, daß die Stadt ihr Interesse am Volkshaus verliert. Wir halten diese Entwicklung für fatal und sind uns mit dem Verein türkischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darin einig, daß das Volkshaus auch in Zukunft als Begegnungsstätte der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und als ein kulturelles Zentrum der in Gaarden lebenden Einwanderinnen und Einwanderer erhalten bleiben muß.

Die Notwendigkeit einer solchen Institution dürfte auf der Hand liegen. Viele Gaardener sind als Arbeitsimmigranten oder Flüchtlinge nach Kiel gekommen, zumeist aus der Türkei. Diese Menschen sind in unserer Gesellschaft mit besonderen Problemen wie Diskriminierung, Ausgrenzung und kulturellen Konflikten konfrontiert und haben daher spezifische kulturelle und soziale Bedürfnisse, die ein Zentrum wie das Volkshaus befriedigen kann.Dort können Deutschkurse organisiert und Räume für Musik-, Tanz- und Theatergruppen zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus bietet es u.a. mit der Teestube Platz für zwanglose Treffen und türkischen Frauen und Mädchen mit speziellen Angeboten wie dem Frauentag eine seltene Gelegenheit ungestörter öffentlicher Zusammenkünfte.

Besonders wichtig finden wir, daß in Zukunft auch der Alawitische Kulturverein im Volkshaus arbeiten kann, der bisher über keinerlei Räume verfügt und eine doppelt diskriminierte Minderheit vertritt.

Des weiteren gibt es in Gaarden einen erheblichen Mangel an Treffs für Jugendliche, die zumeist der zweiten und dritten Generation der Einwanderer angehören. Auch hier bietet das Volkshaus mit dem Jugendcafe und kulturellen Angeboten einige Möglichkeiten, die nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden sollten.

Schließlich darf auch die Funktion des Volkshauses als Begegnungsstätte der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen nicht unterschätzt werden. Es gibt in Kiel nur wenige Orte, an denen Einwanderinnen und Einwanderer auf der einen und Deutsche auf der anderen Seite zu Veranstaltungen und Festen zusammenkommen. Das Volkshaus ist einer davon. Bitte sorgen Sie dafür, daß dies auch in Zukunft so bleibt.

Wir haben beeits mit dem Verein türkischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie dem Alewitischen Kulturverein Gespräche über ein künftiges Volkshauskonzept geführt und werden dies in nächster Zeit vorlegen. Darüber hinaus bemühen wir uns, weitere Gruppen für eine Mitarbeit am Volkshaus zu interessieren.

Wir verbleiben mit der Hoffnung auf eine gute Zusammenarbeit und darauf, daß Entscheidungen über die Zukunft des Volkshauses nicht ohne Rücksprache mit den im Haus arbeitenden Gruppen getroffen werden."

Zweiklassenmedizin

AsylbewerberInnen werden nur notversorgt

Nach heftigen Protesten im In- und Ausland stoppte ein Gereicht im US-Bundesstaat Kalifornien Anfang Dezember das mit großer Mehrheit verabschiedete Referendum, mit dem illegale EinwanderInnen nur noch in Notfällen das staatliche Gesundheitswesen hätten in Anspruch nehmen dürfen. In Deutschland gilt seit über einem Jahr jenes Asylbewerberleistungsgesetz (AsylblG), das nicht nur zur Verteilung ungenießbarer Freßpakete an Flüchtlinge führt, sondern - von der Öffentlichkeit kaum beachtet - auch die medizinische Versorgung von Flüchtlingen einschränkt. Laut § 4 AsylblG darf der Umfang ärztlicher und zahnärztlicher Leistungen für Asylbewerber im ersten Aufenthaltsjahr nur noch eine Behandlung „akuter Erkrankungen und Schmerzzustände“ umfassen. Bei allen Krankheiten, die nicht eindeutig einer medizinisch indizierten Behandlung bedürfen, die wegen der voraussichtlichen Kürze des Aufenthalts nicht abgeschlossen werden könnten, sind die Sozialämter nicht mehr zur Zahlung verpflichtet.

Im April war M. nach Deutschland geflohen, nachdem ihn das irakische Militär mißhandelt und ins Gefängnis geworfen hatte. Trotz eines angebrochenen Rückenwirbels schickten ihn die Asylbehörden von Berlin auf eine Odyssee durch verschiedene Sammelunterkünfte, bis der 35jährige Schneider schließlich in Lippendorf bei Leipzig landete. Der Arzt, den das zuständige Sozialamt zweimal in der Woche schickte, verteilte Tabletten gegen die Schmerzen. Eine Krankengymnastin, die in unmittelbarer Nähe der Sammelunterkunft eine Praxis unterhält, lehnte eine Betreuung der Flüchtlinge ab. Die Abrechnung mit dem Sozialamt war ihr zu bürokratisch. Die Fahrkosten zu einem anderen Therapeuten mochte wiederum das Sozialamt nicht bezahlen. Eingesprungen ist schließlich das Leipziger Integrationsprojekt „Felsenblume“; es organisierte einen Fahrdienst und zahlt die 23 DM pro Behandlung aus privater Tasche.

Seelische wie körperliche Folterschäden gelten nach dem Gesetz ausdrücklich nicht als akute Erkrankungen. Reine Ermessenssache ist, ob und in welchem Umfang die Behörden der medizinischen Versorgung eines Asylbewerbers zustimmen, wenn diese über die Verhinderung akut lebensbedrohlicher Zustände und das Verabreichen von Schmerztabletten hinausgeht. Doch das Gesetz ist großzügig. Es erlaubt Ärzten, therapeutisch über das aus dem Leistungsrecht des §4 AsylblG gegebene Maß hinaus tätig zu werden, wenn sie dabei auf Teile des ärztlichen Honorars verzichten.

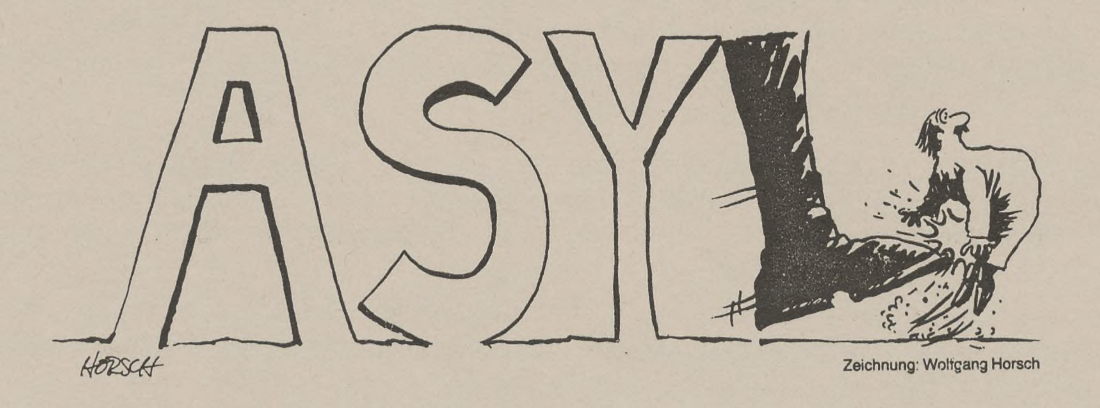
Im Fall eines Nierensteinpatienten hätten Freiburger Ärzte für die Zertrümmerung der Steine 10000 DM aufbringen müssen. Wegen unerträglicher, anfallartiger Schmerzen im Rücken hatte der Asylbewerber im Frühjahr die Ambulanz der Freiburger Uniklinik aufgesucht. Nach zwei Monaten Bedenkzeit begründete das Freiburger Sozialamt seine Leistungsverweigerung damit, daß eine Steinzertrümmerung zwar die richtige Therapie sei, im Falle eines Asylbewerbers aber die Notfallversorgung durch Schmerzmittel ausreiche.

Seit dieser Fall im Frühjahr dieses Jahres öffentlich wurde, versucht die „Freiburger Ärzteinitiative für Flüchtlinge“ ihre MedizinerkollegInnen gegen das Asylbewerberleistungsgesetz zu mobilisieren. „Der Paragraph 4 im Asylbewerberleistungsgesetz verstößt“, so der Freiburger Mediziner Hennes Haller, „nicht nur gegen Menschenrechte, sondern auch gegen unser Standesrecht.“ Es sei eine Pervertierung der Medizin, wenn Leistungsansprüche der Zivilcourage und Mildtätigkeit einzelner Ärzte ausgeliefert seien.

Doch selbst der Protest des Deutschen Ärztetages konnte den Gesetzgeber in Bonn nicht bewegen, das medizinische Zweiklassenrecht zurückzunehmen.

Immer häufiger kann erst öffentlicher Druck die Behörden bei AsylbewerberInnen zur Kostenübernahme zwingen.

(Freitag 50/1994 vom 9.12.1994)



Zeichnung: Wolfgang Horsch

Bücher Bücher Bücher

Kiel im Nationalsozialismus

Kiel im Nationalsozialismus Materialien und Dokumente Arbeitskreis Asche-Prozeß 20 DM

Die antifaschistischen Stadtrundfahrten des Arbeitskreis Asche-Prozeß sind seit Jahren zu einem festen Bestandteil der antifaschistischen Arbeit geworden. Anschaulich und nachvollziehbar wird ein besonderes Stück Kieler Stadtgeschichte ganz konkret erlebbar gemacht. Häufig wird die Beschäftigung mit dem Thema Faschismus, vor allem von jungen Menschen, als Beschäftigung mit einem Thema aus unendlich weit entfernten Zeiten erlebt - der Zugang zur Aktualität des Themas bleibt verschlossen. Die Konfrontation mit der Geschichte von Plätzen und Gebäuden, die wir in unserem alltäglichen Leben betreten, oder ganz einfach in unser Bild der Stadt Kiel aufgenommen haben, kann da Abhilfe schaffen. Jetzt hat der AK-Asche-Prozeß einen Reader erstellt, der als Dokumentensammlung die Möglichkeit gibt, sich über das Aufkommen und die Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in der Stadt Kiel zu informieren.

Daß in dem Reader nicht alle Aspekte der NS-Herrschaft in Kiel angesprochen werden, liegt am schlechten Forschungsstand zu diesem Bereich „Heimatgeschichte". Gerade deshalb ist die Materialsammlung ein wichtiger Schritt auf dem Weg, konkret und erlebbar darzustellen, wohin Faschismus führt, wenn er an die Macht gekommen ist.

Kampf der FAP

Kampf der FAP Dem organisierten Neofaschismus entgegentreten Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation 8 .- DM

Eine Broschüre zur Freiheitlichen Arbeiterpartei Deutschlands (FAP) hat die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation veröffentlicht. Angekündigt und erwartet war diese Broschüre schon länger. Durch die Angriffe von Polizei und Staatsanwaltschaft einerseits, sowie aufgrund technischer Probleme hat sich die Veröffentlichung allerdings erheblich verzögert. Herausgekommen ist eine Broschüre, die zwar keine bisher völlig unbekannten Informationen enthält, jedoch durchaus einen geschlossenen Eindruck der zur Zeit wohl stärksten militant-neonationalsozialistischen Partei vermittelt. In einem Einleitungsteil wird versucht, Rolle und Bedeutung der FAP innerhalb der faschistischen Bewegung zu verorten. Dem folgt eine Darstellung regionaler Aktivitäten, Biographien bedeutender FAP-Kader, eine Darstellung antifaschistischer Aktivitäten sowie ein Literaturverzeichnis und ein Register. Warum neben Parteichef Friedhelm Busse und Parteigründer Martin Pape lediglich Arndt-Heinz Marx in einer Biographie vorgestellt wird mag mit Platzgründen allein nicht ausreichend zu begründen sein. Es gibt genügend andere FAP-ler, deren Lebensläufe für das Verständnis dieser Partei wichtig wären. Vielleicht kann man ja einfach nicht alles haben. Platzmäßig hätte sicherlich eher auf den Abdruck eines Teiles der Erklärungen zu Angriffen auf FAP-Parteitage, Räumlichkeiten und Kader verzichtet werden können. Warum darüber hinaus die Erklärung zum Überfall auf Christian Worch 1989, der ja kein FAP-Mitglied ist dokumentiert wurde, ist unklar. Dieser Überfall war zwar ziemlich professionell gemacht, das damals anscheinend „beschlagnahmte" Material wurde leider nicht veröffentlicht. Beabsichtigt ist mit dem Abdruck dieser Erklärungen sicherlich, klarzumachen, daß militante Aktionen gegen Faschisten ein wichtiger und legitimer Bestandteil antifaschistischer Arbeit sind. Vor allem im Zusammenhang mit dem an manchen Stellen etwas peinlich wirkenden „autonomen" Lay-Out - behelmte Kämpfer wo immer sie inhaltlich noch unterzubringen sind - wirkt dieser Teil der Broschüre etwas aufgesetzt.

Davon abgesehen ist die Gestaltung des Heftes, AA/BO-typisch sehr gelungen. 84 Seiten stark stellt es sicherlich eine gelungene Darstellung der FAP als eine Partei, die sich im Bewußtsein des in ein oder zwei Jahren kommenden Verbotes mehr und mehr abschottet, dar.

Günter Deckert Biedermann und geistiger Brandstifter

Günter Deckert Biedermann und geistiger Brandstifter Antifaschistisches Aktionsbündnis Weinheim 2. erweiterte Auflage 1994 Bestelladresse: Pumuckl, L 14, 6 68161 Mannheim; 3 DM

Günter Deckert, durch das Hickhack um das Urteil gegen ihn zu trauriger Berühmtheit gelangter Faschist, ist Chef der NPD und Multifunktionär innerhalb der braunen Bewegung. Dem Antifaschistischen Aktionsbündnis Weinheim ist eine gründliche Darstellung seiner Person und vor allem seiner politischen Arbeit in seinem Wohnort gelungen. In zweiter, aktualisierter Auflage präsentiert sie nun ihre Broschüre. Konzipiert als Hilfe zur antifaschistischen Arbeit ist eine komprimierte Darstellung Deckerts entstanden.

Bücher Bücher Bücher

Der Multimillionär Frey und die DVU

Der Multimillionär Frey und die DVU
Autonome Infogruppe Kiel
Klartext Verlag
224 Seiten, 16,80 DM

Als Buch erschienen ist nun eine völlig überarbeitete Fassung der schon in zwei Auflagen publizierten DVU-Broschüre aus Kiel. Das Buch porträtiert Gerhard Frey und seine politische und wirtschaftliche Karriere, informiert über die Politik der DVU, ihre parlamentarischen Bestrebungen und schildert das braune Netzwerk, in dem die DVU ihre nicht unbedeutende Rolle spielt. Mag die DVU auch momentan mit ihrer Strategie, als Wahlpartei das rechte Lager um sich zu scharen, gescheitert sein, so darf der Wirkungsgrad dieser, nach wie vor mitgliederstärksten faschistischen Organisation nicht unterschätzt werden. Schon bei der Erarbeitung der ersten Broschüre war klar geworden, wie sehr die DVU über lange Zeit in der antifaschistischen Arbeit vernachläsigt wurde. Das Personen- und Sachregister erhöht die Benutzerfreundlichkeit. Damit ist schon jetzt sicher, daß „Der Multimillionär Frey und die DVU“ einen festen Platz in den Bücherregalen von AntifaschistInnen finden wird.

„Deutschtum erwache!“

„Deutschtum erwache!“
Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus
Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow
Dietz Verlag Berlin, 1994

Eine eingehendere Besprechung verdient ein Buch, das unter dem Titel „Deutschtum erwache!“ erschienen ist. In dem 540seitigem Werk mit dem Untertitel „Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus“ wird beschrieben, mit welchen Mitteln deutsche Regierungskreise die zukünftige Ausdehnung Deutschlandes, vor allem seine Expansion in Richtung Osteuropa, betreiben.

Mittel dieser Bestrebungen sind heute erneut die deutschstämmigen Minderheiten im Ausland. Beispielsweise als „Rußlandhilfe“ getarnt werden territotiale deutsche Exklaven, und damit jederzeit handhabbare Instrumente nationalistischer Spannungspolitik geschaffen. Bei dieser Entwicklung, die mit der inneren Formierung des deutschen Staates einhergeht, spielt der *Verein für das Deutschtum im Ausland* (VDA) eine zentrale Rolle.

Dieser Verein, der quasi in Personalunion mit dem Auswärtigen Amt besteht, geriet schon Mitte 1993 in die Schlaglichter: in einem Buch des Berliner Vereins „Lupe“ wurde offengelegt, in welchem Ausmaß innerhalb dieses Vereins rechtsradikale Personen in Zusammenarbeit mit Politikern aus dem Auswärtigen Amt für Russlanddeutsche bestimmte Gelder zweckentfremdeten.

Im vorliegenden Buch werden diese Vorgänge in einen gesamtpolitischen Zusammenhang gestellt. Die historische Entwicklung des VDA in der Nazi-Zeit und die kontinuierliche Weiterführung seiner Arbeit in der Bundesrepublik werden ausführlich dargestellt. Die Darstellung der subversiv anmutenden Zusammenarbeit von Auswärtigem Amt und VDA mit ihren historischen Parallelen verdeutlicht die ungebrochene Kontinuität deutscher Herrschaftsaggression, die sich offensichtlich seit neuestem auch gegen den Westen richtet.


AUTONOMES MÄDCHENHAUS
Kiel
TREFFPUNKT
UND
BERATUNG
KAISERSTR. 58, 23 KIEL 14
TEL.: 0431 - 73 37 75
MO 12 - 14 h
DI 14 - 16 h
DO 10 - 12 h
und nach Vereinbarung
ZUFLUCHT
TEL.: 0431 - 64 20 69
FÜR MÄDCHEN UND
JUNGE FRAUEN
IN NOT
AB 14 J.
Mädchennotruf
73 10 00


BAMBULE
KNEIPENRESTAURANT
BAMBULE
KNEIPENRESTAURANT
Täglich wechselndes Stammessen
Unser Biergarten ist bei schönem Wetter geöffnet
Verschiedene vegetarische Gerichte
Ostufer
Iltisstraße 49
Ostufer
Tel.: 731637


VINETA
Minicar
7 70 70
MC Minicar Kiel
GmbH · Vinetaplatz 5
2300 Kiel 14
6 20 20


Antifaschistisches


INFO

Abgebaut - Verpackt -Vergessen.

Unter diesem Titel findet vom 27.1. bis 23.2.95 eine Veranstaltungsreihe von *anderes lernen e. V.* zum derzeitigen Umgang mit KZ-Gedenkstätten statt. Sie gliedert sich in fünf wöchentlich aufeinander folgende Einzeltermine, die mit Ausnahme der Auftaktveranstaltung (Freitag, 27.1.95) immer donnerstags, und zwar um 20 Uhr in der Pumpe, Haßstr. 22, Kiel, sind.

Schwerpunkt und Ziel der Reihe ist es, Aufklärung und Diskussionsmöglichkeiten bereitzustellen über die sich seit der Annektion der DDR vollziehende Umgestaltung und Demontage der dortigen KZ-Gedenkstätten. Vielfach wird hierin zu Recht der Versuch einer „Abwicklung des Antifaschismus" beziehungsweise die praktische Umsetzung von Historikerstreit und Geschichtsrevisionismus gesehen. Auch deshalb gilt es, den 50. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager dafür zu nutzen, die Erinnerung an die Täter, Nutznießer und Mitläufer des Nationalsozialismus wachzuhalten und sich gegen die Relativierung der NS-Verbrechen und die Verniemandung der Gegner und Opfer des Faschismus zur Wehr zu setzen.

Konkret sind folgende Einzelveranstaltungen vorgesehen:

FR. 27.1. : Zum **50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz** hat die autonome Gruppe KAGON eine kulturelle „Ge- und Nachdenkveranstaltung" organisiert. Nach einem kurzen Vortrag zur Bedeutung des Gedenkens an den 27.1.1945 werden verschiedene Künstler aus Hamburg (Stefan Goreiski und Michael Grill) und Kiel (u. a. Volker Staudt) Gedichte und Texte aus und zu Auschwitz vortragen, Stefan Goreiski spielt Akkordeon und singt jüdische Lieder. Der Eintritt wird voraussichtlich 7.-/ erm. 5.-DM betragen.

DO. 2.2.: Das *Kommunale Kino* zeigt unter dem Titel ***Abwicklung des Antifaschismus?*** zwei Dokumentarfilme zur aktuellen Auseinandersetzung um die Gedenkstätten Sachsenhausen und Buchenwald:

- ***Sachsenhausen*** (1993), von Wolfgang Krieg und Dieter Vervuurt, 105 Min, und
- ***Emil Carlebach in Buchenwald*** (1994), von Katja Leyrer, Peter Kleinert und Dog-Film Berlin, 20 Min.

DO. 9.2.: Lesung von und Diskussion mit **Emil Carlebach**, ehemaliges Mitglied der illegalen Lagergemeinschaft Buchenwald und Vizepräsident des Internationalen Buchenwald-Komitees. Carlebach wird aus seinem soeben erschienenen zweiten Band seiner Memoiren, der die Zeit von 1936 bis 1945 - also seine Häftlingszeit in Dachau und Buchenwald - beinhaltet. In der anschliessenden Diskussion werden mit Sicherheit auch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte Buchenwald eine große Rolle spielen.

DO. 16.2.: Unter dem Titel ***Von Auschwitz nach Holstein. - Die Todesmärsche 1944/45*** werden **Hartmut Wegner** (Sachsen-Anhalt) und **Gerhard Hoch** (Schleswig-Holstein) zu

(Dia-)Vortrag und Diskussion nach Kiel kommen. Im Mittelpunkt des Vortrags von Wegner über das KZ Mittelbau-Dora und seine Nebenlager wird das Aussenlager in Blankenburg stehen. Während laut Auskunft des Gedenkstättenverbandes 80% der kleineren KZ-Gedenkstätten der Ex-DDR geschlossen werden sollen, kann Wegner von einer erfreulichen Ausnahme, dem derzeitigen Ausbau der Gedenkstätte in Blankenburg berichten. Hoch hat in seinem bekannten Buch *Von Auschwitz nach Holstein* auch den Todesmarsch der Blankenburger Häftlinge beschrieben; er wird sich in seinen Ausführungen mit Wegner ergänzen und vor allem das Ende der Todesmärsche in Holstein sowie die Art des lokalen Gedenkens behandeln.

DO. 23.2.: Höhepunkt der Reihe dürfte die Podiumsdiskussion unter dem Titel *„Neukonzeption" oder „Demontage" - KZ-Gedenkstätten in den neuen Bundesländern* bilden. Nach einem kurzen Dia-Vortrag zur Veranschaulichung des Themas werden folgende Leute mehr oder weniger kontrovers miteinander diskutieren:

- **Katja Leyrer**, freie Journalistin (u. a. bei Konkret und ak) und Mitglied des Auschwitz-Komitees,
- **Heinz Junge**, Vorsitzender des Nationalen Sachsenhausen-Komitees,
- **Wolfgang Wippermann**, Mitglied der Historikerkommission zur Neuorientierung der Gedenkstätte Buchenwald, Professor an der FU Berlin,
- **Bernd Faulenbach**, Vorsitzender der Expertenkommission der brandenburgischen Gedenkstätten, Dozent an der Ruhr-Universität Essen;
- **Romani Rose**, Vorsitzender des Zentralrates der Sinti und Roma (angefragt).

Abgebaut - Verpackt -Vergessen.